



Gemeinde Rödelsee
An den Kirchen 2
97348 Rödelsee

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Fa. Intraprofil, Fröhstockheim

Teil G: Begründung

Status: Satzungsbeschluss

Index 3-0-0, Version 18.10.2022

Bebauungsplan LA01

Index 3-0-0 vom 18.10.2022

rö ingenieure gmbh

Moltkestraße 7
97082 Würzburg

Tel. +49 931 497378-0
info@roe-ingenieure.de
www.roe-ingenieure.de

Begründung

Inhaltsverzeichnis	Seite
A. Ziele und Zwecke der Planung	5
B. Räumlicher Geltungsbereich	5
B.1 Lage des Gebietes und Topographie.....	5
B.2 Vorhabenträger	6
B.3 Vorhaben- und Erschließungsplan.....	6
B.4 Durchführungsvertrag	7
C. Planungsrechtliche Voraussetzungen.....	7
D. Bodenordnung	9
E. Beschreibung des zu untersuchenden Gebietes.....	9
E.1 Baugrund	9
E.2 Bauliche Nutzung	9
E.3 Bestehende Infrastruktur.....	9
G. Geplante bauliche Nutzung	10
G.1 Art der Bebauung	10
G.2 Maß der Bebauung.....	10
G.3 Bauweise	10
G.4 Vollgeschosse	10
G.5 Dachform, Dachneigung, Dachgestaltung.....	11
G.6 Höheneinstellung der Gebäude, Bezugspunkt	11
G.7 Fassadengestaltung	12
G.8 Geländeänderungen.....	12
G.9 Aufschüttungen und Abtragungen zur Herstellung des Straßenkörpers	12
G.10 Unzulässige Anlagen.....	12
G.11 Einfriedungen	12
G.12 Bepflanzung / Begrünung	13
G.13 Niederschlagswasser	14
G.14 Photovoltaik und Sonnenkollektoren	14

Begründung

G.15 Wasserhaltung.....	14
G.16 Oberboden.....	14
G.17 Betriebsnutzung.....	15
H. Erschließung	15
H.1 Versorgungsleitungen	15
H.1.1 Kanalisation	15
H.1.2 Wasserversorgung.....	15
H.1.3 Stromversorgung und Beleuchtung	16
H.2 Straßen und Wege.....	16
H.3 Müllentsorgung	16
H.4 Feuerwehr.....	17
H.5 Geothermie	17
H.6 Werbeanlagen	17
I. Finanzielle Auswirkungen	17
J. Grünordnung und Ausgleichsflächen.....	17
J.1 Grünordnung	17
J.3 Ausgleichsflächen, Flächenbilanz	18
K. Emissionen und Immissionen	18
L. Artenschutzrechtliche Prüfung.....	19
L.1 Artenschutzrechtliche Situation im Planungsgebiet	19
L.2 Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung	19
L.3 Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen.....	19
M. Hinweise.....	19
M.1 Bodendenkmalpflege.....	19
M.2 Altlasten.....	20

Begründung

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Umweltbericht
Anlage 2	Vorhabens- und Erschließungsplan (Kaiser + Juritza + Partner)
Anlage 3	Grünordnung mit Ermittlung des Ausgleichbedarfs (Kaiser + Juritza + Partner)
Anlage 4	Spezieller artenschutzrechtlicher Fachbeitrag (Ingenieurbüro Mayer)
Anlage 5	Schalltechnisches Gutachten (Ingenieurbüro IBAS)

Veränderungsnachweis

Index	Datum	Name	Änderung
1-0-0	21.04.2022	kp	Vorentwurf
2-0-0	23.08.2022	kp	Abwägung und Billigung Entwurf
3-0-0	18.10.2022	Kp	Abwägung und Billigung Satzungsbeschluss

Verfahrensablauf

21.04.2022	Aufstellungsbeschluss des Gemeinderates
21.04.2021	Erstellen Vorentwurf und Umweltbericht
29.04.2022	Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses
13.05.2022 bis 20.06.2022	Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB
23.08.2022	Abwägung der Stellungnahmen in der Gemeinderatssitzung
31.08.2022	Entwurf, Annahme und Auslegungsbeschluss
12.09.2022 bis 12.10.2022	Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB und öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB
18.10.2022	Abwägung der Stellungnahmen in der Gemeinderatssitzung
18.10.2022	Satzungsbeschluss des Gemeinderates
___.___.2022	Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses

Begründung

A. Ziele und Zwecke der Planung

Die Gemeinde Rödelsee liegt im östlichen Bereich des Mittelzentrums Kitzingen und des Oberzentrums Würzburg. Der Geltungsbereich liegt im Gewerbegebiet Fröhstockheim, westlich in der Gemarkung der Gemeinde Rödelsee. Die Entfernung zum Mittelzentrum Kitzingen beträgt ca. 2,2 km.

Die Anbindung an die überregionalen Verkehrs- und Entwicklungsachsen, Bundesautobahn BAB 7 Fulda – Feuchtwangen ist ca. 15 km (Ausfahrt 104; Marktbreit über die Staatsstraße St2271) bzw. ca. 10 km (Ausfahrt 103; Kitzingen über die Bundesstraße B8) entfernt. Die Bundesautobahn BAB 3 Frankfurt – Nürnberg ist über die Staatsstraße St2271 in ca. 10 km (Ausfahrt 74; Kitzingen/Schwarzach) erreichbar. Über die Autobahn BAB 3 ist die BAB 81 Richtung Stuttgart, die BAB 73 Richtung Bamberg und die BAB 9 Richtung Berlin und München erreichbar. Die BAB 71 Richtung Erfurt, die BAB 70 Richtung Bamberg und die BAB 6 Richtung Heilbronn und Nürnberg sind über die BAB 7 erreichbar.

Die Ausweisung des Gewerbegebietes dient zur Erweiterung der Lagerflächen der Firma IntraProfil Bausysteme GmbH. Eine Erhöhung der Lagerkapazitäten der Firma IntraProfil ist aufgrund der Wettbewerbsfähigkeit dringend erforderlich.

Die Ausweisung des Gewerbegebietes ermöglicht die Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen. Außerdem stärkt sie die Attraktivität der Kommune als Wohnstandort.

Mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes soll die rechtliche Grundlage für die geordnete Bebauung des gesamten Gebietes geschaffen werden.

B. Räumlicher Geltungsbereich

Der Aufstellungsbeschluss für den vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Fa. Intraprofil, Fröhstockheim“ wurde in der Gemeinderatssitzung am 21.04.2022 gefasst.

Der Aufstellungsbeschluss wurde ortsüblich am 29.04.2022 im Amtsblatt veröffentlicht.

B.1 Lage des Gebietes und Topographie

Der Geltungsbereich grenzt südlich an den rechtskräftigen Bebauungsplan „Gewerbegebiet Fröhstockheim“ und erweitert die bestehende GE-Fläche.

Der Geltungsbereich liegt ca. 700 m Luftlinie westlich vom Ortsteil Fröhstockheim entfernt. Die Entfernung zum Ortsteil Hoheim (Stadt Kitzingen) beträgt ca. 600 m Luftlinie.

Im Norden wird der Geltungsbereich durch die bestehende Bebauung des Gewerbegebietes begrenzt. Im Osten und Süden grenzt der Geltungsbereich an die bestehenden Wirtschaftswege (Fl. Nr. 309/2, 308). Im Osten wird das Gebiet zusätzlich durch eine Waldfläche auf dem Grundstück 307 abgegrenzt. Im Westen grenzt der Geltungsbereich an eine bestehende Ackerfläche.

Der festgesetzte Geltungsbereich umfasst folgende Flurstücke der Gemarkung Rödelsee: 310, 310/1, 310/2.

Begründung

Das Grundstück 310/1 wird derzeit bereits als Lagerfläche der Fa. IntraProfil genutzt (Bauantrag vom 07.08.2017; Genehmigung vom 13.12.2017, AZ 61-6024-BA-435-2017). Die nördliche Verkehrsfläche des Grundstückes wird derzeit als Zufahrt zur Lagerfläche genutzt.

Das Grundstück 310 wird derzeit als Ackerfläche genutzt.

Auf dem Grundstück 310/2 ist derzeit eine Schotterfläche als Wendefläche angelegt.

Das bestehende Gelände auf dem Grundstück 310 fällt von Süden nach Norden mit ca. 10%.

Südlich des Geltungsbereiches grenzt ein Vogelschutzgebiet (Schutzgebiete des Naturschutzes) an. Das Vogelschutzgebiet ist als „Südliches Steigerwaldvorland“ (DE6227471.12) mit einer Fläche von ca. 5.467 ha kartiert. Die betroffene Teilfläche misst eine Fläche von ca. 86 ha.

Die Gesamtfläche des Geltungsbereiches beträgt ca. 2,8 ha und gliedert sich in folgende Flächenanteile auf:

	[ha]	[%]
Zufahrtsstraße	0,039	1,4 %
Grünflächen	0,757	26,8 %
GE-Fläche (Lagerfläche)	1,914	67,9 %
Regenrückhaltebecken	0,110	3,9 %
Umgriff Geltungsbereich	2,820	100 %

Im Süden der südlichen Lagerfläche soll zunächst ein Pultdach mit Solarmodulen entstehen.

B.2 Vorhabenträger

Der Vorhabenträger (Investor) der geplanten Einzelhandelsbaumaßnahme ist die Firma IntraProfil GmbH, Am Wald 7, 97348 Rödelsee, Tel. 09323 / 87480.

B.3 Vorhaben- und Erschließungsplan

Auf der Flurnummer 310 wird durch die Fa. IntraProfil eine Freilagerfläche errichtet.

Die Fa. IntraProfil produziert Trockenbauprofile. Um die Produktionskapazität zu erhöhen, benötigt es ein gutes Lagerwirtschaftskonzept, das eine große Kapazität zur Einlagerung der Trockenbauprofile vorsieht. Um dieses Konzept zu realisieren plant die Fa. IntraProfil eine Erweiterung einer asphaltierten Lagerfläche in südlicher Richtung.

Die asphaltierte Lagerfläche hat eine Größe von ca. 10.700m² und wird gleichermaßen genutzt wie die bereits bestehende Freilagerfläche auf der Flurnummer 310/1.

Dies bedeutet im Einzelnen, dass das Lager während der Produktionszeiten der Fa. IntraProfil mittels Elektrogabelstapler mit Fertigprodukten bestückt wird. Hierzu werden die Grundstücke 309 und 310/2, die sich im Besitz der Gemeinde befinden, soweit es nötig ist

Begründung

asphaltiert. Mit der Gemeinde Rödelsee wird zum Befahren der Freilagerfläche (Fl.Nr. 310) ein Wegerecht vereinbart.

Der Transport des Fertigproduktes vom Lager zum Kunden findet dann mittels 40t LKW statt. Diese werden zum An- und Abfahren der Produkte ebenfalls die Wege über die Flurnummern 310/1, 3010/2 und 309 nutzen. Es ist mit einer täglichen zusätzlichen Verladekapazität von bis zu 6 LKW auszugehen. Der Schwerverkehr wird durch das Vorhaben nur geringfügig erhöht. Derzeit fahren pro Tag ca. 20 40t LKWs die Fa. Intraprofil an. Es ist davon auszugehen, dass nach Errichtung der südlichen Lagerfläche ca. 26 40t LKWs die Fa. Intraprofil über die Kreisstraße KT13 anfahren. Die LKWs werden von 6-18Uhr beladen.

Auf dem südlichen Rand der Asphaltfläche wird ein Pultdach mit PV-Anlage errichtet. Dieses wird eine Größe von 13m in Nordrichtung und 154m in Ost- Westrichtung haben und einen Großteil des zum Produzieren benötigten Strombedarfs decken.

Der Vorhaben- und Erschließungsplan wird als Anlage 2 der Begründung Bestandteil des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

B.4 Durchführungsvertrag

Zwischen dem vorgenannten Vorhabenträger und der Gemeinde Rödelsee wurde am 01.09.2022 ein Durchführungsvertrag für die Erweiterung der Lagerflächen geschlossen.

Die Gemeinde Rödelsee macht sich die Aufstellung des Bebauungsplanes des Vorhabenträgers zu eigen.

C. Planungsrechtliche Voraussetzungen

In der 3. Änderung des Flächennutzungsplans von Rödelsee, die am 29.11.2013 wirksam wurde, ist für die Fläche des Geltungsbereichs ein GE-Gebiet festgesetzt.

Am 22.02.2019 ist die 4. Änderung des Flächennutzungsplans in Kraft getreten.

Die 5. Änderung des Flächennutzungsplanes ist am 29.04.2022 mit der Veröffentlichung im örtlichen Mitteilungsblatt der Gemeinde Rödelsee in Kraft getreten

Die 4. und 5. Änderung beinhalten keine neuen Änderungen im Planungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Fa. Intraprofil, Fröhstockheim“, daher wird auf die 3. Änderung des Flächennutzungsplan Bezug genommen.

Die Planung entwickelt sich aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan.

Begründung

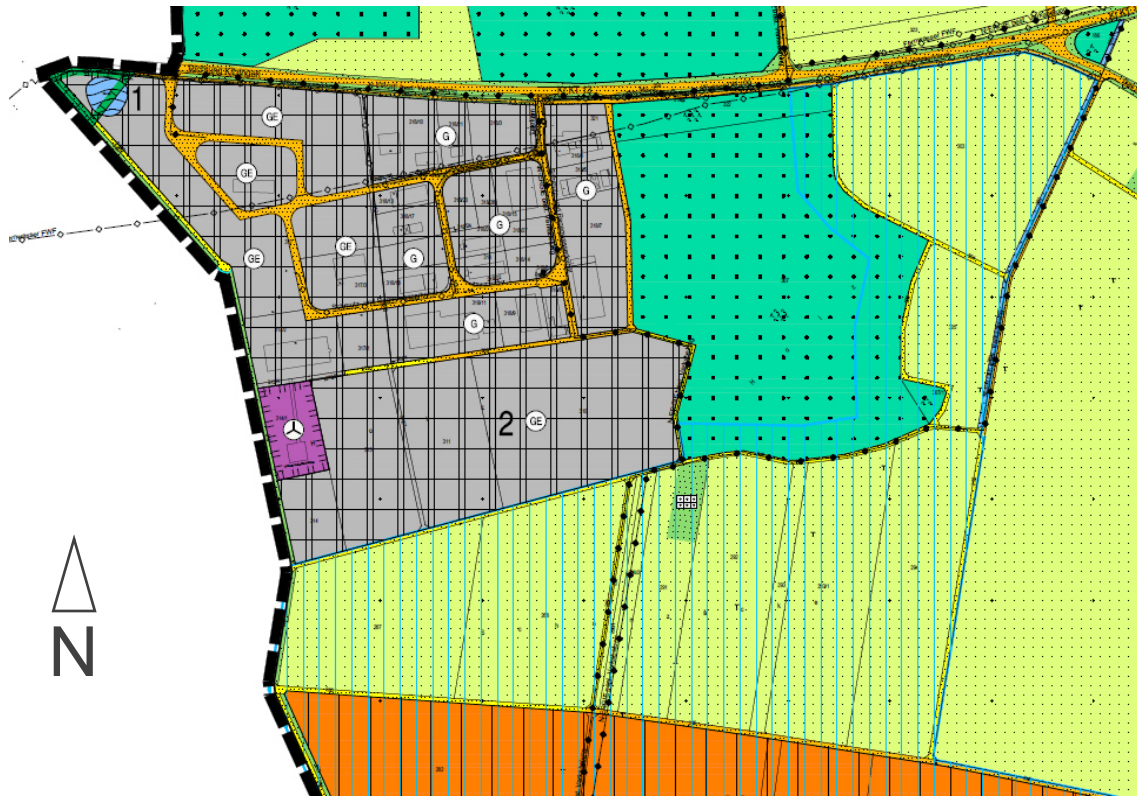


Abb. 1: Auszug 3. Änderung des Flächennutzungsplans (in Kraft getreten am 29.11.2013)

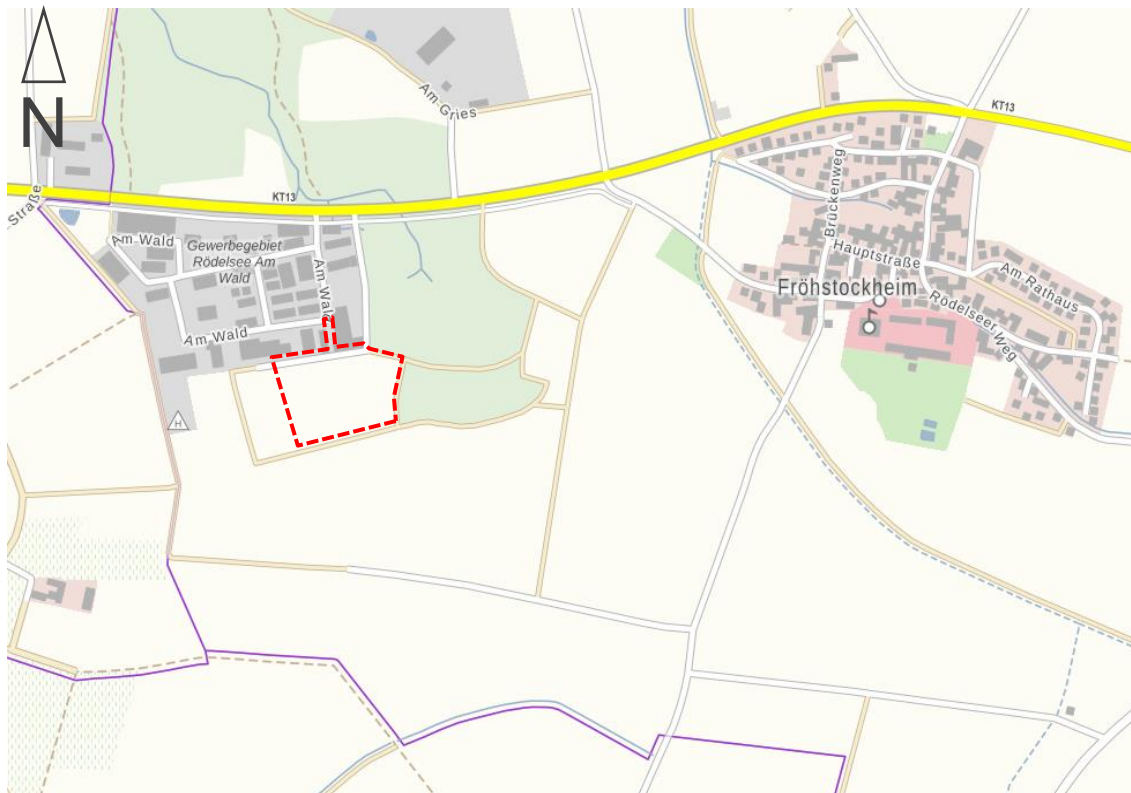


Abb. 2: Amtliche Karte Gemeinde Rödelsee, Quelle: Bayerische Vermessungsverwaltung
----- Geltungsbereich Vorhabenbezogener Bebauungsplan

Der Vorhaben- und Erschließungsplan wird gemäß BauGB § 12 als Anlage 2 der Begründung Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

Begründung

D. Bodenordnung

Die Grundstücke mit der Fl.Nr. 310 und 310/2 befinden sich im Eigentum der Firma IntraProfil (Investor).

Das Grundstück Fl.Nr. 310/2 befindet sich im Eigentum der Gemeinde. Über die Nutzung des Grundstückes besteht zwischen der Gemeinde Rödelsee und dem Investor eine Vereinbarung vom 31.08.2022.

Die GE-Fläche wird nicht parzelliert und bleibt als ein zusammenhängendes Grundstück bestehen.

E. Beschreibung des zu untersuchenden Gebietes

E.1 Baugrund

Ein Baugrundgutachten wird im Rahmen der Erschließungsplanung erstellt.

E.2 Bauliche Nutzung

Im nördlichen Bereich des Geltungsbereiches befindet sich bereits eine Lagerfläche der Fa. IntraProfil, die auch weiterhin genutzt werden soll.

Im südlichen Bereich wird die Fläche derzeit als landwirtschaftliche Fläche genutzt.

E.3 Bestehende Infrastruktur

Für die bereits bestehende Lagerfläche im Norden des Geltungsbereiches ist bereits ein Anschluss an den Regenwasserkanal vorhanden. Das anfallende Regenwasser wird über Sinkkästen gesammelt und dem nördlichen Retentionsbecken im Geltungsbereich zugeführt. Der Ablauf des Retentionsbeckens wird gedrosselt (10,4 l/s) in den Regenwasserkanal in der Straße „Am Wald“ angeschlossen. Im südlichen Teil des Geltungsbereiches ist keine bestehende Infrastruktur vorhanden. Der Anschluss der neu zu erstellenden Kanalisation ist an das bestehende Retentionsbecken im nördlichen Teil vorgesehen. Das anfallende Regenwasser wird über das bestehende Retentionsbecken in den Regenwasserkanal geleitet.

Ein Schmutzwasserkanal und eine Trinkwasserleitung wird im südlichen Bereich des Geltungsbereiches nicht benötigt und ist auch nicht vorgesehen.

Südlich des Geltungsbereiches verläuft unterirdisch eine 20 kV-Kabeltrasse des Energieversorgers N-Ergie mit einem Schutzstreifen von je 1,00 m zur Leitungsachse. Der Schutzstreifen ist von jeglicher Be- und Überbauung, Überschüttung und Bepflanzung mit Bäumen, Büschen o.ä. freizuhalten.

Erdarbeiten im Bereich des Schutzstreifens über eine Tiefe von 0,30 m bzw. Geländeänderungen dürfen ohne vorherige Zustimmung der N-Ergie Netz GmbH nicht ausgeführt werden.

Der Bestand, Betrieb, die Entstörung und der Unterhalt der Kabeltrasse müssen jederzeit sichergestellt bleiben.

Begründung

Im Geltungsbereich verläuft nördlich eine Stromleitung des Energieversorgers N-Ergie.

G. Geplante bauliche Nutzung

Das Erschließungsgebiet liegt am südlichen Rand des Gewerbegebietes Fröhstockheim.

Eine Teilfläche ist derzeit eine landwirtschaftlich, eine weitere Teilfläche wird bereits als Lagerfläche genutzt.

Durch die Erschließung des Lagerplatzes soll die Lagerkapazität der Fa. IntraProfil verbessert werden.

Die mit der Versiegelung der Flächen einhergehenden Einflüsse auf Natur und Umwelt sollen durch die Ausweisung von Randeingrünung, der Verwendung geeigneter ökologischer Elemente, der Anlage eines Regenrückhaltebeckens sowie der Anlage von Solaranlagen so gering wie möglich gehalten werden.

G.1 Art der Bebauung

Innerhalb des Geltungsbereichs wird eine Nutzung festgesetzt.

Im Geltungsbereich wird die Fläche als Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO festgesetzt. Der unter § 8 Abs. 2 BauNVO, Punkt 3 (Tankstellen), sowie die Punkte 1-3 unter § 8 Abs 3 genannten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen sind unzulässig.

G.2 Maß der Bebauung

Unter Berücksichtigung von § 17 BauNVO, sowie § 19 und § 20 der BauNVO wird im Gewerbegebiet eine zulässige Geschossflächenzahl (GFZ) von 1,0, sowie eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,5 festgesetzt. Die Grünflächenanzahl (GÜZ) ist, analog zum angrenzenden Bebauungsplan „Gewerbegebiet Fröhstockheim“, mit 0,3 festgesetzt.

Eine offene Bauweise ist zugelassen.

In den GE-Flächen ist eine abweichende Bauweise nach § 22 Abs 4 BauNVO zugelassen. Gebäude dürfen auch mit einer Länge von über 50,00 m errichtet werden.

G.3 Bauweise

Die maximale zulässige Traufhöhe beträgt maximal 9,00m. Die Maximale Gebäudehöhe beträgt 12,00m. Beide Werte sind auf den jeweiligen Bezugspunkt in der Mitte der Fläche bezogen.

G.4 Vollgeschosse

Es sind zwei Vollgeschosse zugelassen.

Begründung

G.5 Dachform, Dachneigung, Dachgestaltung

Zugelassene Dachformen sind Flach- und Pultdächer, sowie flachgeneigte Dächer. Für Pultdächer beträgt die Dachneigung 14° - 30°. Für flachgeneigte Dächer beträgt die Mindestdachneigung 4°.

Die Dachflächen der Haupt- und Nebengebäude sind mit Dachziegeln oder Betondachsteinen in roten (naturrot, rotbraun), sowie dunkelgrauen Farbtönen zu gestalten. Andere Farbtöne sind unzulässig. Flachgeneigte Dächer sind als Foliendach und Metaldach zulässig.

Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien sind nur dachparallel ohne Aufständering dgl. sowie nur in rechteckigen Feldern ohne Abtreppungen zulässig.

Bei Nebengebäuden, Garagen und Carports sind Flachdächer als Foliendach (begrünt) zulässig.

G.6 Höheneinstellung der Gebäude, Bezugspunkt

Grundsätzlich ist bei der Höheneinstellung der Gebäude vom natürlichen Gelände, bei Abgrabungen vom festgesetzten Gelände auszugehen.

Die Gebäude sind bis zu einer Höhe von 9,00 m zulässig.

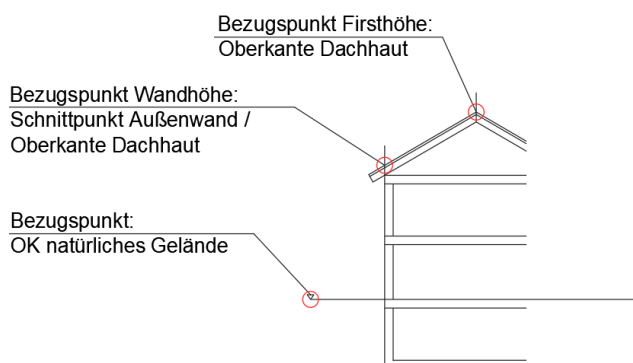
Als oberer Abschluss des Gebäudes gilt der höchste Punkt der Gebäudeanlage.

Anlagen zur Entlüftung oder Abgasableitung, sowie sonstige technische Einrichtungen, die über die Dachhaut hinausragen, bleiben unberücksichtigt.

Die maximal zulässige Bauhöhe für Gebäude und Nebenanlagen beträgt von der Traufe 9,00 m, Gebäudehöhe 12,00 m über OK natürliches Gelände bis zur Außenkante der Dachhaut bzw. der Oberkante der Attika.

Die mittig festgesetzten Bezugspunkte in den beiden Gewerbegebietsflächen geben die Bezugshöhe zur Höheneinstellung der Gebäude an diesem Punkt vor.

Bezugspunkt für die Bauhöhe im Gewerbegebiet ist der topographische Punkt in der Mitte der Gewerbegebietsfläche mit einer Höhe von 232,00 m ü. NN für die nördliche und 240,20 m ü. NN für die südliche Fläche.



Begründung

G.7 Fassadengestaltung

Für die Farbgebung sind gedeckte Farbtöne d.h. keine rein weißen bzw. primären Farbtöne zu verwenden. Grelle fernwirkende Farben sind unzulässig.

Eine teilweise Begrünung von Fassadenflächen wird empfohlen.

Die Gebäude sind spätestens 2 Jahre nach Bezugsfertigkeit entsprechend der Baubeschreibung bzw. der Baugenehmigung zu verputzen oder zu verkleiden.

G.8 Geländeänderungen

Die natürliche Geländeoberfläche der Grundstücke / des Grundstücks ist grundsätzlich zu erhalten.

Zwischen Gebäude und der öffentlichen Verkehrsfläche sind Auffüllungen nur bis maximal Oberkante Straße zulässig.

Der Anschluss an das vorhandene natürliche Gelände der Nachbargrundstücke ist niveaugleich zu gestalten.

Die Terrassierung des Geländes, Aufschüttungen und Abgrabungen sind nur zur Einstellung des Gebäudes und Lagerflächen bis max. 4,50 m zulässig.

G.9 Aufschüttungen und Abtragungen zur Herstellung des Straßenkörpers

Böschungen und Stützmauern, die zum Ausgleich der Höhenunterschiede zwischen der öffentlichen Verkehrsfläche und dem Grundstück erforderlich sind, dürfen auf dem Grundstück angelegt werden.

G.10 Unzulässige Anlagen

Unzulässig sind:

- Blechgaragen und provisorische Gebäude
- Fassaden: äußere Verwendung von glänzenden oder geprägten Kunststoff-, Leicht- oder Metallbaustoffen
- Böschungen steiler als 1 : 1,5
- Sockel als Einfriedung
- Grundstückszufahrten und -zugänge im Bereich der öffentlichen Parkplätze sowie der öffentlichen Grünflächen und der oberirdischen Teile der Versorgungseinrichtungen
- Kies- und Steingärten mit einem Bepflanzungsanteil (Pflanzendecke) < 70%
- unbeschichtete Metalldacheindeckungen wie z.B. Kupfer, Zink, Blei

G.11 Einfriedungen

Zulässig sind:

- ohne Einzäunung
- Holzzäune

Begründung

- Metallzäune (ausgenommen Stacheldraht)
- Maschendrahtzäune als Abgrenzung zu öffentlichen Flächen ausschließlich mit einem Abstand von 0,50 m zur Grundstücksgrenze in Verbindung mit einem Heckenpflanzstreifen aus heimischen Gehölzen zwischen Straßenrand und Zaunanlage

Die Höhe beträgt max. 2,00 m zur öffentlichen Verkehrsfläche, max. 2,00 m zu den übrigen Grenzen.

Einfriedungen entlang von öffentlichen Grünflächen, landwirtschaftlichen Flächen und Wirtschaftswegen sind um 0,50 m von der Grundstücksgrenze zurückzusetzen.

G.12 Bepflanzung / Begrünung

Sämtliche Pflanzungen sind vom jeweiligen Nutznießer ordnungsgemäß im Bewuchs zu fördern, zu pflegen. Die Pflanzmaßnahmen sind im Baugesuch darzustellen.

Die Grünordnung (Anlage 3) mit den Pflanzgeboten ist zu beachten.

Grünstreifen und Randbegrünungen sind von jeglicher sonstigen Nutzung freizuhalten.

Die Randbegrünung eignet sich zur Anlage von Steinhaufen oder Trockenmauern. Weiterhin kann eine Unter- und Vorpflanzung der Hecke mit heimischen Blütenstauden und heimischen Bodendeckern erfolgen oder eine Blumenwiese zwischen Rasen und Hecke angelegt werden.

Die grünordnerischen Festsetzungen dienen der zielgerichteten Begrünung des Baugebiets. Diese soll unter Beachtung naturschutzfachlicher Erfordernisse die Lebensqualität im Planungsbereich erhöhen, das Landschaftsbild schützen, sowie das Kleinklima verbessern.

Die Verwendung von gebietsheimischen (autochthonen) Gehölzen und Ansaaten dient der optimalen Standort- und Klimaanpassung der Pflanzen an die regionalen Bedingungen sowie einem hohen Nutzen für die heimische Fauna, die an gebietsheimische Pflanzen besonders angepasst ist.

Die Anpflanzungen sind innerhalb von 2 Jahren nach Bezugsfertigkeit zu vollziehen und nachzuweisen.

Sämtliche Pflanzungen sind vom jeweiligen Nutznießer fachgerecht zu pflegen, zu entwickeln und zu erhalten. Die Pflanzmaßnahmen sind im Baugesuch darzustellen.

Dargestellte Standorte für Baum-Neupflanzungen sind in Bezug auf ihre Lage unverbindlich.

Die grünordnerischen Festsetzungen mit den Pflanzgeboten sind zu beachten.

Randbegrünungen sind von jeglicher, sonstiger Nutzung freizuhalten.

Die Bekämpfung von Neophyten und Giftpflanzen hat in Absprache mit der unteren Naturschutzbehörde zu erfolgen.

Begründung

G.13 Niederschlagswasser

Niederschlagswasser von versiegelten Flächen wird in Retentionsbecken gesammelt und gedrosselt der Kanalisation zugeführt.

Innerhalb des Geltungsbereiches wird angeregt, anfallendes Dachflächenwasser in Regenauffangbehältern zu sammeln und zu nutzen. Die Größe des Behälters nach dem Arbeitsblatt DWA A117 zu bemessen. Das Arbeitsblatt DWA A 102 ist zu beachten.

Für stärkere Regenfälle muss ein Notüberlauf in das Regenrückhaltebecken vorgesehen werden.

Bei der Planung der Versickerungsanlagen sind die Anforderungen und Vorgaben des DWA Merkblattes M 153 "Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser" zu beachten.

Falls eine Drainageleitung verlegt wird, darf diese nur in den geplanten Regenwasserkanal eingeleitet werden. Das Einleiten von Hang- und Schichtenwasser in den Schmutzwasserkanal ist verboten.

Private Park- und Stellplätze, Grundstückszufahrten sowie Fußgängerwege sind wasserdurchlässig zu gestalten (z. B. humus- oder rasenverfugtes Pflaster). Es gilt die gemeindliche Entwässerungssatzung.

Für Versickerungseinrichtungen ist die Niederschlagsfreistellungsverordnung (NWFreiV) vom 01. Januar 2000 mit Änderung vom 01.10.2008 zu beachten.

G.14 Photovoltaik und Sonnenkollektoren

Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien sind dachparallel in rechteckigen Feldern, ohne Aufständigung dgl. zulässig.

First und Traufe sind freizuhalten.

G.15 Wasserhaltung

Das Gebäude ist vor anfallendem Schichten- und Hangwasser zu schützen. Um eine Gefährdung des Gebäudes durch breitflächigen Oberflächenabfluss bei Starkniederschlägen aufgrund der hängigen Lage des Baugebietes zu vermeiden, sollten Bauwerksöffnungen, wie Fenster und Türen mind. 0,30 m über der Geländeoberkante liegen.

G.16 Oberboden

Das Abschieben des Oberbodens ist nur außerhalb der Brutzeit der Feldvögel (Brutzeit = Anfang April bis Mitte Juli) durchzuführen. Werden Baugrundstücke brach liegengelassen, dürfen diese nur außerhalb der Brutzeit gemäht oder gemulcht werden.

Nicht benötigter Mutterboden ist vorrangig zur Bodenverbesserung von landwirtschaftlich genutzten Grundstücken in der Gemarkung zur Verfügung zu stellen (§ 202 BauGB, DIN 18915, DIN 19731). Die Auffüllungshöhe ist auf 20 cm zu begrenzen.

Begründung

G.17 Betriebsnutzung

Die Verladung von max. 6 LKWs je Tag und je Lagerfläche darf nur zwischen 6 – 18 Uhr mit Elektrogabelstaplern erfolgen. Änderungen zur Anzahl der LKW in der Tagzeit sind grundsätzlich möglich, soweit ein schalltechnischer Nachweis der Nichtverschlechterung bzw. Einhaltung der Zielwerte erbracht wird.

H. Erschließung

H.1 Versorgungsleitungen

H.1.1 Kanalisation

Die Entwässerung des Gewerbegebietes soll im Trennsystem erfolgen. Berechnungs- und Bemessungsgrundlagen sind gemäß den einschlägigen Arbeits- und Merkblättern der DWA sowie den anerkannten Regeln der Technik zu wählen.

In dem Gewerbegebiet entstehen Lagerflächen ohne sanitäre Anlagen. Es ist kein Anschluss an den Schmutzwasserkanal vorgesehen. Der nächstgelegene Schmutzwasserkanal befindet sich in der Straße „Am Wald“.

Das anfallende Oberflächenwasser wird auf den Lagerflächen über Sinkkästen und Einlaufrinnen gesammelt. Das Niederschlagswasser der südlichen Lagerfläche wird in ein neu zu errichtendes Retentionsbecken zugeführt. Aus dem Retentionsbecken wird das gesammelte Oberflächenwasser gedrosselt (10,5 l/s) in ein weiteres, bereits vorhandenes, Retentionsbecken geleitet.

In dem vorhandenen Retentionsbecken werden das Oberflächenwasser der nördlichen Lagerfläche und der Drosselabfluss des neu zu errichtenden Retentionsbeckens zusammengeführt und gedrosselt (22 l/s) in den Regenwasserkanal in der Straße „Am Wald“ eingeleitet. Der Drosselabfluss des Retentionsbeckens wird von 10,4 l/s auf 22 l/s erhöht.

Falls eine private Drainageleitung verlegt wird, darf diese nicht in den Schmutzwasserkanal eingeleitet werden. Das Einleiten von Hang- und Schichtenwasser in den Schmutzwasserkanal ist ebenfalls verboten.

Es gilt die gemeindliche Entwässerungssatzung.

H.1.2 Wasserversorgung

Ein Trinkwasseranschluss ist für die Lagerfläche nicht vorgesehen.

Sollte im späteren Verlauf eine Trinkwasserversorgung entstehen, kann das gesamte Gebiet an die gemeindeeigene Wasserversorgungsanlage angeschlossen werden, die dann im Geltungsbereich erweitert wird.

Bei der Planung und Ausführung der Wasserversorgungsanlagen sind die Richtlinien und Arbeitsblätter des DVGW zu beachten. Der Löschwasserbedarf beträgt 48 m³/h für 2 h.

Bei der Auswahl der Hydrantenart ist ein Verhältnis von 2/3 Unterflurhydranten zu 1/3 Überflurhydranten zu berücksichtigen.

Begründung

Bauanträge für solche Vorhaben, die die einschlägigen Brandschutzanforderungen der BayBO nicht erfüllen oder bei denen von Brandschutzanforderungen abgewichen werden soll und Anträge die Gebäude besonderer Art und Nutzung oder für besondere Personengruppen betreffen sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens vorzulegen.

Sofern im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Gebäude errichtet werden, bei denen der Fußboden eines Geschosses, in dem Aufenthaltsräume möglich sind, mehr als 7 m über der natürlichen oder festgelegten Geländeoberfläche liegt, ist der zweite Flucht- und Rettungsweg durch bauliche Maßnahmen zu sichern.

H.1.3 Stromversorgung und Beleuchtung

Die Gemeinde Rödelsee wird mit elektrischer Energie der N-Ergie AG, Nürnberg versorgt. Am Rande des Geltungsbereiches, auf dem Wirtschaftsweg Fl.Nr. 309/2 und 308, sowie innerhalb des Geltungsbereiches, Fl.Nr. 310/1, ist eine Stromleitung der N-Ergie AG vorhanden.

Zur Versorgung des Gebietes werden neue Leitungen verlegt.

Die Beleuchtung wird im Zuge der Erschließungsplanung geplant. Bei der Wahl der Leuchtmittel werden vorzugsweise insektenfreundliche Leuchtmittel ausgewählt.

H.2 Straßen und Wege

Die geplanten Lagerflächen sind teilweise neu herzustellen. In dem nördlichen GE-Gebiet ist bereits eine Lagerfläche hergestellt.

Für die Andienung der Lagerfläche von der Kreisstraße KT13 aus wird die Erschließungsstraße „Am Wald“ genutzt. LKWs können die südliche Lagerfläche erreichen, indem sie von der Kreisstraße kommend die Erschließungsstraße „Am Wald“ benutzen und die nördliche Lagerfläche Richtung Wirtschaftsweg im Osten überfahren.

Die Lagerfläche wird über den östlichen Wirtschaftsweg angebunden. Für die Erschließung über den Wirtschaftsweg liegt eine Vereinbarung zwischen der Gemeinde Rödelsee und dem Investor vor.

Der Wirtschaftsweg wird im Zuge der Erschließung von dem Investor ausgebaut.

Sämtliche Wege und Flächen im Geltungsbereich werden private Flächen, so dass der Unterhalt der Flächen durch den Investor durchgeführt wird.

H.3 Müllentsorgung

Die Abfallentsorgung wird durch die kommunale Abfallwirtschaft des Landkreises Kitzingen sichergestellt. Die Wendeanlagen sind auf dem Grundstück nicht erforderlich. Die Abfälle werden an die Straße „Am Wald“ gebracht.

Begründung

H.4 Feuerwehr

Die Ausrüstung und Ausbildung der Feuerwehr ist, soweit erforderlich, entsprechend der Erweiterung des bebauten Gebietes zu ergänzen. Der zuständige Kreisbrandrat wird im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung um eine Stellungnahme gebeten. Die Feuerwehren der Ortsteile Rödelsee und Fröhstockheim sind erst kürzlich mit neuen Feuerwehrfahrzeugen ausgestattet worden.

H.5 Geothermie

Geothermie ist grundsätzlich zugelassen.

Eine wasserrechtliche Erlaubnis dafür muss vom Grundstückseigentümer rechtzeitig beantragt werden.

H.6 Werbeanlagen

Werbeanlagen sind bis 9,0 m zulässig, dürfen die Gesamthöhe der Gebäude jedoch nicht überragen.

Die Anlagen sind so zu installieren, dass Blendwirkungen für die Verkehrsteilnehmer auf der Kreisstraße KT 13 ausgeschlossen werden können.

I. Finanzielle Auswirkungen

Die Kosten der Erschließung trägt im vollen Umfang der Auftraggeber als Initiator und Vorhabensträger der Maßnahme. Dieses ist mittels eines städtebaulichen Vertrages zwischen der Gemeinde Rödelsee und dem Vorhabensträger geregelt.

Somit entfällt die sonst im Rahmen des Bebauungsplanes übliche Kostenermittlung.

J. Grünordnung und Ausgleichsflächen

Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen der FGSV, Ausgabe 2013 zu beachten.

J.1 Grünordnung

Angaben hierzu werden in einer gesonderten Grünordnung des Fachbüros Kaiser + Juritza, Würzburg gemacht. Die Grünordnung wird als Anlage 3 der Begründung Bestandteil des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

Begründung

J.3 Ausgleichsflächen, Flächenbilanz

§ 1a BauGB (vgl. auch § 18 BNatSchG) sieht für die Bauleitplanung die Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung vor, wenn auf Grund dieser Verfahren nachfolgend Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten sind.

Nach der gesetzlichen Definition im Bundesnaturschutzgesetz sind Eingriffe solche Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich oder nachteilig beeinträchtigen können. Vermeidbare Beeinträchtigungen sind zu unterlassen.

Dabei ist zu prüfen, ob das Planungsziel mit einem geringeren Eingriff in Natur und Landschaft – quantitativ, qualitativ oder an anderen Standorten im Plangebiet – erreicht werden kann. Das gemeindliche Planungsziel als solches kann durch das Vermeidungsgebot nicht in Frage gestellt werden. Die Gemeinden sind gehalten, Möglichkeiten der Vermeidung zu ermitteln und in die Abwägung einzustellen. Unvermeidbare Beeinträchtigungen sind auszugleichen, soweit es zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege erforderlich ist. Der Ausgleich zielt auf eine Kompensation des Eingriffs, im Wesentlichen durch eine ökologische Aufwertung.

Angaben hierzu werden in einer gesonderten Ausgleichsflächenermittlung des Fachbüros Kaiser + Juritz, Würzburg gemacht. Die Ermittlung der Ausgleichsflächen wird als Anlage 3 der Begründung Bestandteil des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

K. Emissionen und Immissionen

Von dem nördlich des Plangebietes liegenden Gewerbegebiet sind nutzungsübliche Geräuschemissionen zu erwarten und hinzunehmen.

Von der ca. 240 m nördlich des Planungsbereichs vorbeiführenden Kreisstraße KT13 ist bzgl. der Verkehrsbelastung von Verkehrslärm auszugehen.

Die amtliche Verkehrsbelastung DTV (62279709) beträgt:

DTV 2010 (62279709)
- 4.528 Kfz/24h
- 219 Kfz/24h SV

DTV 2015 (62279709)
- 4.264 Kfz/24h
- 283 Kfz/24h SV

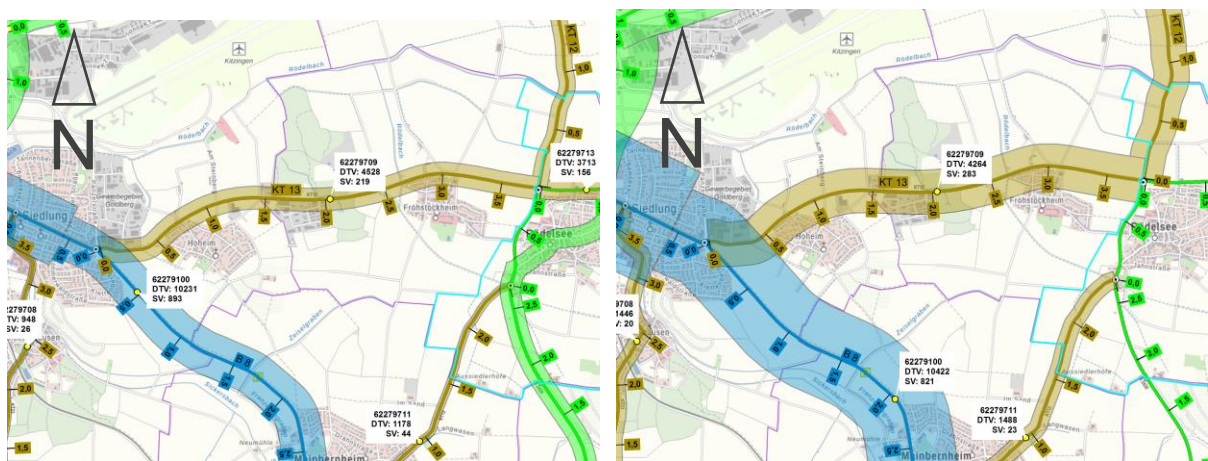


Abb. 3 & 4: Ausschnitt Verkehrsmengenkarte 2010 & 2015, Bayerische Straßenbauverwaltung (Stand 22.04.2022)

Begründung

Es sind voraussichtlich keine Immissionsschutzmaßnahmen erforderlich.

Es ist ein schalltechnisches Gutachten für das Plangebiet beauftragt worden, das die Lärmauswirkungen auf den Lagerflächen auf die nächstgelegenen Wohngebiete untersucht. Die Unterlagen werden als Anlage 5 der Begründung Bestandteil des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

Zusammenfassung Ergebnis (Auszug Gutachten vom 12.08.2022): *Eine schalltechnische Beurteilung des konkreten Planvorhabens hat gezeigt, dass sich der geplante Betrieb der Lagerflächen im Plangebiet verträglich in die schalltechnische Situation am Standort einfügt. Die Immissionspegelanteile der zu erwartenden Geräuschemissionen aus dem Plangebiet liegt um mindestens 10 dB unter den Orientierungswerten der DIN 18005. Diese können somit als irrelevant betrachtet werden. Darüber hinaus liegen die maßgeblichen Immissionsorte in Anlehnung an die TA Lärm nicht mehr im Einwirkungsbereich der zu betrachtenden Anlage.*

Von benachbarten landwirtschaftlichen Nutzflächen sind Lärm-, Staub- und Geruchsemissionen auch zu unüblichen Zeiten zu erwarten. Diese sind ortsüblich und hinzunehmen.

L. Artenschutzrechtliche Prüfung

L.1 Artenschutzrechtliche Situation im Planungsgebiet

Ein spezieller artenschutzrechtlicher Fachbeitrag wurde erstellt und wird als Anlage 4 der Begründung Bestandteil des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

L.2 Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung

Details können der Anlage 4 entnommen werden.

L.3 Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen

Details können der Anlage 4 entnommen werden.

M. Hinweise

M.1 Bodendenkmalpflege

Im Gemeindebereich von Rödelsee ist das Vorkommen von Bodendenkmälern (Art. 1 Abs. 4 BayDSchG) nachgewiesen. Art, Ausdehnung, Zustand oder Bedeutung dieser Denkmäler ist in der Regel nicht erforscht.

Im Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes sind keine Denkmäler bekannt.

Begründung

Gemäß Art. 8 Abs. 1 Denkmalschutzgesetz sind auftretende Funde von Bodendenkmälern unverzüglich dem Bay. Landesamt für Denkmalpflege - Außenstelle Würzburg oder der Unteren Denkmalschutzbehörde zu melden und die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort unverändert zu belassen (Art. 8, Abs. 2 BayDSchG).

M.2 Altlasten

Sollten im Planbereich Altlasten oder schädliche Bodenveränderungen angetroffen werden, sind diese nach Bodenschutzrecht hinsichtlich des Wirkungspfadef Boden – Gewässer in Abstimmung mit Landratsamt und Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg durch einen zugelassenen Sachverständigen nach § 18 BBodSchG zu untersuchen, zu bewerten und ggf. zu sanieren.

aufgestellt:

Würzburg, 18.10.2022

.....
Burkhard Klein
1. Bürgermeister
Gemeinde Rödelsee

.....
Steffen Röschert Dipl.-Ing. (FH)
Architekt, Stadtplaner, Beratender Ingenieur
rö ingenieure gmbh

Begründung

Anlage 1

Umweltbericht vom 18.10.2022



Gemeinde Rödelsee
An den Kirchen 2
97348 Rödelsee

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Fa. Intraprofil, Fröhstockheim

Anlage 1: Umweltbericht gemäß § 2 Abs. 4 BauGB

Status: Satzungsbeschluss
Index 3-0-0, Version 18.10.2022

Bebauungsplan LA01
Index 3-0-0 vom 18.10.2022

rö ingenieure gmbh

Moltkestraße 7
97082 Würzburg

Telefon +49 931 497378-0
info@roe-ingenieure.de
www.roe-ingenieure.de

Umweltbericht

Veränderungsnachweis

Index	Datum	Name	Änderung
1-0-0	21.04.2022	kp	Vorentwurf
2-0-0	23.08.2022	kp	Entwurf
3-0-0	18.10.2022	kp	Satzungsbeschluss

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	3
1.1. Inhalt und Ziele	3
1.2. Ziele des Umweltschutzes gemäß Fachgesetzen und Fachpläne	3
1.3. Grundlagen der Umweltprüfung	4
1.4. Beschreibung der verwendeten Methodik	4
2. Bestandsaufnahme und Bewertung der Umweltauswirkungen einschließlich Prognose bei Durchführung der Planung	4
2.1. Ökologische Auswirkungen	5
2.2. Bestandsbilder	5
2.3. Schutzgüter	6
2.3.1. Schutzgut Klima / Lufthygiene	6
2.3.2. Schutzgut Boden	7
2.3.3. Schutzgut Grund- und Oberflächenwasser	7
2.3.4. Schutzgut Tiere und Pflanzen (Biodiversität)	8
2.3.5. Schutzgut Landschaft	9
2.3.6. Schutzgut Mensch	10
2.3.7. Schutzgut Kultur- und Sachgüter	12
2.4. Wechselwirkung zwischen den Schutzgütern	12
3. Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung	12
4. Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen	13
5. Alternative Planungsmöglichkeiten	13
6. Beschreibung der verwendeten Methodik und Hinweise auf Schwierigkeiten und Kenntnislücken	13
7. Überwachung der Umweltauswirkungen (Monitoring)	14
8. Zusammenfassung	14

Umweltbericht

1. Einleitung

Die Änderung des Baugesetzbuches vom 20.07.2004 (EAG Bau v. 24.06 2004; BGBL I, S.1359) setzt die europarechtlichen Vorgaben zur Umweltprüfung im Bereich der Bauleitplanung um. Im Zuge dieser Überarbeitung wurde auch das städtische Bauleitplanverfahren bezüglich der Berücksichtigung der Umweltbelange neu strukturiert und für alle Bauleitpläne ist grundsätzlich eine Umweltprüfung erforderlich.

Der Umweltbericht ist das zentrale Dokument der Umweltprüfung, das die Grundlage für die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Einbindung der Behörden und Träger sonstiger öffentlicher Belange bildet und so eine sachgerechte Abwägung der Umweltbelange durch die Kommune ermöglicht. Die Umweltprüfung ist mit dem Umweltbericht in das Bauleitplanverfahren eingebunden. Der Untersuchungsumfang und der Detaillierungsgrad bezüglich der verschiedenen Schutzgüter, auch ihre Wechselwirkungen untereinander, ist unter Abstimmung mit den Fachbehörden und Trägern sonstiger öffentlicher Belange festzulegen.

Die Grundlage für den Inhalt des Umweltberichtes ist die Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB. Der Umweltbericht stellt im Wesentlichen den Bestand und die möglichen Umweltauswirkungen durch den Bau und den Betrieb der geplanten Vorhaben dar. Bei der Bewertung der Auswirkungen müssen die Möglichkeiten der Vermeidung, Verringerung und des Ausgleichs durch entsprechende Maßnahmen aufgezeigt werden. Hierzu ist auch die potenzielle Entwicklung des Gebietes ohne Planung zu bewerten und mögliche Planungsalternativen zu klären. Der Umweltbericht ist am Ende nochmals allgemeinverständlich zusammenzufassen.

Der Umweltbericht ist Teil der Begründung des Bauleitplanverfahrens.

1.1. Inhalt und Ziele

Die Gemeinde Rödelsee hat die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Fa. Intraprofil Fröhstockheim“ beschlossen.

Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan zielt auf die dringend notwendige Erweiterung der bestehenden Gewerbefläche der Firma Intraprofil ab. Umfang und Art der Planung sind in der Begründung zum Bebauungsplan und der Vorhaben- und Betriebsbeschreibung ersichtlich. Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

Der Geltungsbereich umfasst die Grundstücke Fl.-Nr. 310, 310/1, 310/2 in der Gemarkung Rödelsee.

1.2. Ziele des Umweltschutzes gemäß Fachgesetzen und Fachpläne

Hierzu finden die einschlägigen Regelungen der Bauleitplanung wie

- Baugesetzbuch
- Naturschutzgesetze
- Immissionsschutzgesetze
- Abfall- und Wassergesetze
- Bundes-Bodenschutzgesetz

ihre Anwendung.

Umweltbericht

Die naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Fa. Intraprofil, Fröhstockheim“ werden in der Ermittlung der naturschutzrechtlichen Ausgleichsfläche (Anlage 3) unter Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung festgesetzt.

Es wird eine umfangreiche Grünordnung festgesetzt (Anlage 3).

1.3. Grundlagen der Umweltprüfung

Die Umweltprüfung erfolgt durch die Gemeinde Rödelsee. Es wird auf die zu erwartenden Auswirkungen der Planung auf Natur und Umwelt sowie die umliegende Bebauungsstruktur eingegangen. Die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen wie z.B. das Baugesetzbuch und die Naturschutzgesetzgebung wurden entsprechend berücksichtigt.

Das Planungsvorhaben folgt den Zielstellungen des Landesentwicklungsprogrammes Bayern sowie des Regionalplanes 2 – Region Würzburg. Im Regionalplan, Region (2) Würzburg, sind für das konkrete Plangebiet keine Aussagen getroffen.

Arten- und Biotopschutzprogramm

Im Arten- und Biotopschutzprogramm (ABSP) werden für das Gemeindegebiet mehrere Zielstellungen formuliert:

- Neuschaffung von mageren Ranken und Rainen, Magerwiesen, Wald- und Heckensäumen
- Entwicklung der übrigen Bachtäler zu naturnahen Lebensräumen und Vernetzungsstrukturen
- ggf. Wiederherstellung eines naturnahen Gewässerbettes, Förderung des naturnahen Uferbewuchses entlang der Fließgewässer und begradigter Bachabschnitte

Im Plangebiet befinden sich keine Streuobstbestände oder andere Biotopflächen.

Südlich des Geltungsbereiches grenzt ein Vogelschutzgebiet (Schutzgebiete des Naturschutzes) an. Das Vogelschutzgebiet ist als „Südliches Steigerwaldvorland“ (DE6227471.12) mit einer Fläche von ca. 5.467 m² kartiert.

1.4. Beschreibung der verwendeten Methodik

Die Beurteilung der Umweltauswirkungen erfolgt verbal argumentativ. Es werden drei Wertigkeiten unterschieden: geringe, mittlere und hohe Erheblichkeit. Die Erheblichkeit nicht ausgleichbarer Auswirkungen wird grundsätzlich hoch eingestuft.

2. Bestandsaufnahme und Bewertung der Umweltauswirkungen einschließlich Prognose bei Durchführung der Planung

Es folgt die Aufzählung der betroffenen Schutzgüter mit verbal-argumentativer Darstellung. Dabei werden drei Stufen unterschieden: geringe, mittlere und hohe Erheblichkeit.

Umweltbericht

2.1. Ökologische Auswirkungen

Die ökologischen Auswirkungen des Projektes lassen sich in baubedingte, anlagebedingte und betriebsbedingte Wirkungen und Folgewirkungen unterscheiden.

Baubedingte Wirkungen:

Zu den baubedingten Wirkungen zählen jene Veränderungen und Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes, des Landschaftsbildes und der örtlichen Wirkungszusammenhänge, die durch und während der eigentlichen Bauarbeiten verursacht werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass beim geplanten Bauvorhaben keine gravierenden baubedingten Wirkungen über die anlagebedingte Flächeninanspruchnahme räumlich hinausgehen.

Baubedingte Wirkungen bestehen durch die Gefahr von Schadstoffeinträgen (z.B. Betriebs- und Schmierstoffe von Baumaschinen).

Anlagebedingte Wirkungen:

Anlagebedingte Wirkungen werden durch die Anlage der Gebäude und die Verkehrsflächen verursacht. Sie wirken sich durch Flächeninanspruchnahme und Versiegelung mit dem dadurch bedingten Funktionsverlust von Potentialen aus.

Eine weitere anlagebedingte Wirkung des Bauvorhabens ist die langfristige Umwandlung von Teilflächen von landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen in private Grünflächen.

Betriebsbedingte Wirkungen:

Als betriebsbedingte Wirkungen werden Veränderungen definiert, die durch Betrieb und Unterhaltung des Wohn- und Mischgebietes ausgelöst werden. Zu den betriebsbedingten Auswirkungen zählen Lärm- und Schadstoffemissionen durch Fahrzeuge.

2.2. Bestandsbilder

Nachfolgend sind Bestandsbilder der landwirtschaftlichen Flächen (Stand April 2022) dargestellt.



Abb. 1: Bestand: bestehende nördliche Lagerfläche



Abb. 2: Bestand: Blick von Südost nach Nordwest über Erweiterungsfläche

Umweltbericht



Abb. 3: Bestand: bestehender Wirtschaftsweg westlich des Geltungsbereiches



Abb. 4: Bestand: Blick von Norden nach Süden über das Grundstück Fl.Nr. 310/2

2.3. Schutzgüter

Es folgt die Aufzählung der betroffenen Schutzgüter mit verbal-argumentativer Darstellung. Dabei werden drei Stufen unterschieden: geringe, mittlere und hohe Erheblichkeit.

2.3.1. Schutzgut Klima / Lufthygiene

Bestand und Vorbelastungen

Die vorhandene Ackerfläche wirkt als Kaltluftentstehungsgebiet. Die Geländeneigung begünstigt in geringem Maße die flächige Ausbreitung.

Auswirkungen

Durch Versiegelungen für Lager und Verkehrsflächen kann es zu einer Beeinträchtigung der klimatischen Funktionen des Planungsgebietes kommen. Richtung Süden, Westen und Osten wird eine Randeingrünung mit einer Breite von 10m festgesetzt. Die angestrebte Randeingrünung soll ein differenziertes Mikroklima schaffen, welches für differenzierte Temperaturabstufungen und Verhinderung des Luftabflusses sorgen wird. Aufgrund der Vorbelastung und in Bezug auf den Anteil von ca. 28% an Grünflächen im Geltungsbereich werden keine erheblichen Beeinträchtigungen für das örtliche Klima festgestellt.

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich

Die Festsetzungen des Grünordnungsplanes, sowie die Gehölzpflanzungen am Rand und innerhalb des Planungsgebietes wirken sich eingriffsmindernd in Bezug auf Klima und Lufthygiene des Planungsgebietes aus. Die Gehölze filtern Luftschadstoffe aus, tragen zur Luftbefeuchtung sowie -kühlung bei und vermindern eine Aufheizung des Gebietes.

Ergebnis

Die o. g. Festsetzungen des Grünordnungsplanes wirken sich eingriffsmindernd aus. Es kann ein Defizit in Bezug auf die klimatische Funktion erhalten bleiben, das aufgrund der

Umweltbericht

festgeschriebenen Maßnahmen auf der geringen Grünfläche zur Vermeidung als gering beurteilt werden kann.

2.3.2. Schutzgut Boden

Bestand und Vorbelastungen

starke Hanglage von Süd nach Nord; der Baugrund, sowie die Versickerungsfähigkeit wurden bisher nicht genauer untersucht.

Derzeit werden die Flächen intensiv landwirtschaftlich bewirtschaftet, daher ist bei zeitweise vegetationsfreien Böden von starker Erosion auszugehen.

Auswirkungen

Durch die zugelassene Lagerfläche werden die Flächen verändert und dauerhaft versiegelt; es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Erdmassen zwischengelagert werden.

Durch den Betrieb auf der Lagerfläche entstehen keine nennenswerten betriebsbedingten Belastungen des Bodens. Das Oberflächenwasser wird gesammelt gedrosselt in den Regenwasserkanal eingeleitet.

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich

Die festgesetzte Grundflächenzahl GRZ ist begrenzt auf 0,50. Die Grundflächenzahl wird durch Ausgleichsmaßnahmen nach der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung im Zuge des Erschließungsfortschritts kompensiert.

Maßnahmen zur Vermeidung betreffen die Aufrechterhaltung der Ausgleichsfunktion des Bodens im Wasserhaushalt durch Minimierung des Flächenverbrauches. Es wird festgesetzt, dass Park- und Stellplätze, Grundstückszufahrten sowie Fußgängerwege wasserdurchlässig zu gestalten sind.

Nicht benötigter Mutterboden ist vorrangig zur Bodenverbesserung von landwirtschaftlich genutzten Grundstücken in der Gemarkung zur Verfügung zu stellen (§ 202 BauGB, DIN 18915, DIN 19731). Die Auffüllungshöhe ist auf 20 cm zu begrenzen.

Ergebnis

Es sind Auswirkungen mittlerer Erheblichkeit zu erwarten.

2.3.3. Schutzgut Grund- und Oberflächenwasser

Bestand und Vorbelastungen

In dem überplanten Gebiet befindet sich kein Wasserlauf. Das Gebiet liegt nicht in einem Wasserschutzgebiet.

Die Grundwasserverhältnisse wurden nicht untersucht. Im Zuge der Erschließungsplanung wird ein Baugrundgutachten erstellt.

Umweltbericht

Das Tagwasser wird über Wirtschaftswege und vorhandene Gräben am östlichen Rand des Geltungsbereiches abgeführt.

Auswirkungen

Durch Versiegelungen und Ableitung von Oberflächenwasser ist eine Verringerung der Grundwasserneubildungsfunktion durch die Baumaßnahmen zu erwarten. Aufgrund der Wertigkeit der Bestandssituation ist eine mittlere Beeinträchtigung abzuleiten. Erhebliche Beeinträchtigungen der Grundwasserqualität ergeben sich nach aktuellem Wissensstand nicht.

Der Versiegelungsgrad ist durch die Grundflächenzahl begrenzt.

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich

Maßnahmen zur Vermeidung haben die Aufrechterhaltung des natürlichen Wasserkreislaufs zum Ziel.

Es wird festgesetzt, dass Park- und Stellplätze, Grundstückszufahrten sowie Fußgängerwege wasserdurchlässig zu gestalten sind.

Es wird angeregt, dass das anfallende Niederschlagswasser von Dachflächen nach den entsprechenden Regeln der Technik innerhalb des Baugrundstückes mittels einer Zisterne zu sammeln und zu nutzen ist.

Anfallendes Niederschlagswasser von Lagerflächen wird in Sinkkästen gesammelt und über Retentionsbecken gedrosselt dem Kanal zugeführt.

Ergebnis

Durch Festsetzungen und Empfehlungen können die Eingriffe in den Wasserhaushalt zum Teil reduziert werden. Aufgrund der mittleren Bedeutung des Bestandes wird der Eingriff für die Grundwasserbildung als gering beurteilt. Kompensationsmaßnahmen sind für dieses Schutzgut somit nicht erforderlich.

2.3.4. Schutzgut Tiere und Pflanzen (Biodiversität)

Bestand und Vorbelastungen

Die Fläche wird derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzt. Es ist keine Rand- oder Zwischenbegrünung (Bäume, Heckenstreifen o.ä.) vorhanden.

Natura 2000 Gebiete und FFH-Gebiete werden nicht berührt. Altlasten sind keine bekannt.

Südlich des Geltungsbereiches grenzt ein Vogelschutzgebiet (Schutzgebiete des Naturschutzes) an. Das Vogelschutzgebiet ist als „Südliches Steigerwaldvorland“ (DE6227471.12) mit einer Fläche von ca. 5.467 m² kartiert.

Im Geltungsbereich sind keine Biotope kartiert.

Umweltbericht

Auswirkungen

Im Hinblick auf Tiere und Pflanzen kommt es überwiegend zu einer mittleren bis geringen Beeinträchtigung durch Überbauung.

Auf der Grundlage des aktuellen Informationsstandes sind erhebliche Beeinträchtigungen streng geschützter Arten, der biologischen Vielfalt sowie von überörtlich bedeutenden Wanderungskorridoren von Tierarten nicht festzustellen.

Dem speziellen artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (Anlage 4 zum Bebauungsplan) können entsprechende Details sowie die vorgesehenen Festsetzungen entnommen werden.

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich

Die vorgesehenen grünordnerischen Festsetzungen sehen landschaftliche Gehölzpflanzungen am südlichen und westlichen Außenrand des Geltungsbereiches sowie eine zwei- bis dreireihige Heckenbepflanzung vor. Hierdurch entstehen andere Lebensräume höherer Wertigkeit.

Dem speziellen artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (Anlage 4 zum Bebauungsplan) können entsprechende Details sowie die vorgesehenen Festsetzungen entnommen werden.

Ergebnis

Es sind Auswirkungen geringer Erheblichkeit zu erwarten, die entsprechend kompensiert werden.

2.3.5. Schutzgut Landschaft

Bestand und Vorbelastungen

Das Landschaftsbild wird durch eine relativ ausgeräumte, weitgehend strukturarme landwirtschaftliche Ackerflur bestimmt und weist derzeit keine landschaftsprägenden Strukturen auf.

Gegenüber dem Wirtschaftsweg im Osten erstreckt sich ein Waldgebiet. Westlich und südlich des Geltungsbereiches sind weitere Ackerlandflächen vorhanden. Nördlich des Geltungsbereiches befindet sich das Gewerbegebiet Fröhstockheim.

Auswirkungen

Das östlich verlaufende Waldgebiet, sowie der östliche und südliche Wirtschaftsweg sind eine natürliche Einfassung und Abgrenzung des Gebietes. Durch die leichte Hanglage Richtung Norden, die Abgrenzung durch das Waldgebiet und die Wirtschaftswege sowie die bestehende Bebauung im Norden werden die neuen Gebäude nicht weithin sichtbar werden.

Durch die unmittelbar angrenzende Bebauung im Gewerbegebiet, wird die Beeinträchtigung nicht als erheblich beurteilt.

Umweltbericht

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich

Zur landschaftlichen Einbindung des Geländes sind im Bebauungsplan am Rand des Geltungsbereiches Pflanzungen vorgesehen. Die Festsetzungen zur maximalen Firsthöhe tragen ebenfalls dazu bei, die Beeinträchtigungen zu minimieren bzw. zu relativieren.

Ergebnis

Aufgrund des Umfangs der grünordnerischen Maßnahmen (Randeingrünung) verbleiben keine erheblichen Eingriffe in das Schutzgut.

2.3.6. Schutzgut Mensch

- Verkehrslärm

Bestand und Vorbelastungen

Das überplante Gebiet liegt in 240 m Entfernung zur Kreisstraße KT13. Die amtliche Verkehrszählung an der Zählstelle 62279709 aus dem Jahr 2015 hat eine Verkehrsbelastung von DTV = 4.264 Kfz/24h festgestellt. Der Schwerverkehr wird mit 283 Kfz/24h festgestellt.

Der Geltungs- und Änderungsbereichs liegt im sog. „Sektor II“ des beschränkten Bauschutzbereichs des Flughafens Kitzingen I gemäß §§ 17, 13 LuftVG.

Auswirkungen

Mit Bau- und Betriebsbedingten Lärmbelastungen ist tagsüber zu rechnen. Der Verkehr an der Staatsstraße durch die Ausweitung der Lagerfläche wird zunehmen.

Der Fluglärm wird durch die zusätzliche Lagerfläche voraussichtlich nicht zunehmen.

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich

Aufgrund der geringen Lärmauswirkungen des Gebietes und der geringen Erhöhung von Verkehrszahlen auf der Kreisstraße KT13 wird davon ausgegangen, dass die keine Lärmschutzmaßnahmen erforderlich sind, zumal die bereits bestehenden Gebäude des Gewerbegebietes eine Abschirmwirkung haben. Die Flächen im Geltungsbereich dienen als Lagerflächen.

Es sind keine baulichen Maßnahmen vorgesehen.

Ergebnis

Erhebliche Beeinträchtigungen des Menschen durch Verkehrslärm werden auf Planungsebene des Bebauungsplanes nicht festgestellt.

Umweltbericht

- Anlagen- und Gewerbelärm

Bestand und Vorbelastungen

Nördlich des Geltungsbereichs befindet sich das Gewerbegebiet Fröhstockheim mit produzierendem Gewerbebetrieben.

Auswirkungen

Von den bestehenden Gewerbebetrieben sind Lärmeinwirkungen zu erwarten. Die Flächen im Geltungsbereich dienen als Lagerflächen.

Das Erfordernis eines Schallschutzgutachtens wurde von Trägern öffentlicher Belange gefordert. Ein Gutachten wurde entsprechend beauftragt. Ergebnis (Auszug Gutachten vom 12.08.2022): *Eine schalltechnische Beurteilung des konkreten Planvorhabens hat gezeigt, dass sich der geplante Betrieb der Lagerflächen im Plangebiet verträglich in die schalltechnische Situation am Standort einfügt. Die Immissionspegelanteile der zu erwartenden Geräuschemissionen aus dem Plangebiet liegt um mindestens 10 dB unter den Orientierungswerten der DIN 18005. Diese können somit als irrelevant betrachtet werden. Darüber hinaus liegen die maßgeblichen Immissionsorte in Anlehnung an die TA Lärm nicht mehr im Einwirkungsbereich der zu betrachtenden Anlage.*

Es sind keine baulichen Maßnahmen vorgesehen.

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich

Die geplanten Lagerflächen haben einen Abstand von ca. 30m, bzw. ca. 100m Abstand zur nächsten Gewerbefläche.

Es sind keine baulichen Maßnahmen vorgesehen.

Ergebnis

Erhebliche Beeinträchtigungen des Menschen durch Anlagen- oder Gewerbelärm werden auf Planungsebene des Bebauungsplanes nicht festgestellt.

- Lärm von Fluggeräten

Bestand und Vorbelastungen

Nördlich des Geltungsbereiches befindet sich in ca. 1,7km der Flugplatz Kitzingen. Westlich des Geltungsbereiches befindet sich in ca. 250m ein Landeplatz für Helikopter.

Auswirkungen

Zwischen dem Flugplatz Kitzingen befindet sich ein Waldgebiet, das die Lärmeinwirkungen des Flugplatzbetriebes abschirmt. Der Flugplatz ist ein zivil betriebener Sonderlandeplatz des örtlichen Luftsportclubs, weshalb von einer geringen Aktivität während Werktagen ausgegangen werden kann.

Der Landeplatz für Helikopter ist ein privater Landeplatz und wird selten genutzt.

Umweltbericht

Es sind daher keine Maßnahmen vorgesehen.

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich

Es sind keine baulichen Maßnahmen vorgesehen.

Ergebnis

Die Beeinträchtigung wird als gering bewertet.

2.3.7. Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Im Planungsgebiet sind keine Kulturdenkmäler verzeichnet.

Für Bodeneingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7.1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde von der Gemeinde zu beantragen ist.

2.4. Wechselwirkung zwischen den Schutzgütern

Wechselwirkungen bzw. sich gegenseitig steigernde nachteilige Umweltauswirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern innerhalb des Geltungsbereiches sind nicht zu erwarten.

Mit der geplanten Flächenversiegelung und Geländeänderungen im Zuge der Erschließung entstehen nachhaltig negative Auswirkungen auf die Bodenfunktionen (Lebensraumpotenzial, Boden- /Wasserhaushalt) in Wechselwirkung mit dem Schutzgut Wasser (Retentionsfähigkeit, Schadstofffilter und Wasserspeicher).

Der Verlust der landwirtschaftlich genutzten Flächen wirkt sich nachteilig auf das Landschaftsbild Fläche aus.

Es sind derzeit keine Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern erkennbar, die zu weiteren erheblichen Beeinträchtigungen führen.

3. Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung würden die überplanten Flächen weiterhin intensiv landwirtschaftlich bewirtschaftet werden und gegebenenfalls der Unterboden allmählich durch die landwirtschaftlichen Maschinen verdichtet werden.

Es würden weitere Nebenwirkungen wie ungünstiger Stoffeintrag in Oberflächengewässer durch die Tagwasserableitung und Erosion bei zeitweise vegetationsfreien Böden entstehen.

Es würde keine Grünanlage angelegt und keine Bäume gepflanzt werden.

Umweltbericht

Die Defizite bei der benötigten Lagerfläche würden bestehen bleiben.

4. Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Es sind keine Biotope im Geltungsbereich kartiert.

Durch die vorgesehenen grünordnerischen Festsetzungen sowie die Festsetzungen zur wasserdurchlässigen Gestaltung von Park- und Stellplätze, Grundstückszufahrten sowie Fußgängerwegen werden die Auswirkungen für die Umwelt verträglich gestaltet und Grundwasserneubildung ermöglicht. Dies wird ebenso durch die großzügig gestalteten Grünflächen unterstützt.

5. Alternative Planungsmöglichkeiten

Ein alternativer Standort für die Erweiterung der Lagerfläche wurde geprüft, kann aber in der Nähe der Fa. Intraprofil nicht realisiert werden. Eine Lagerfläche ist bereits umgesetzt und soll nun erweitert werden. Der Geltungsbereich fügt sich gut an das vorhandene Gewerbegebiet an und weist nur geringe nachteilige Auswirkungen auf die Schutzgüter aus.

Alternative Standorte wurden geprüft, waren aber nicht verfügbar.

6. Beschreibung der verwendeten Methodik und Hinweise auf Schwierigkeiten und Kenntnislücken

Für die Beurteilung der Eingriffsregelung wurde der Bayerische Leitfaden zur Umweltprüfung in der Bauleitplanung verwendet.

Für die Bearbeitung wurde eine Spezielle Artenschutzrechtliche Prüfung, sowie eine Verträglichkeitsabschätzung vergeben.

Es wurden der BayernAtlas sowie die Topografische Karte verwendet.

Die im Rahmen des Verfahrens evtl. zur Verfügung gestellten Informationen und Hinweise von beteiligten Behörden zum Datenbestand bzw. zu den voraussichtlichen zu erwartenden Auswirkungen auf die Umwelt werden soweit erforderlich in die Untersuchungen der betroffenen Umweltbelange einbezogen.

Der Betrachtungsraum für die Beurteilung der Umweltauswirkungen orientiert sich an der Art und Intensität der Wirkfaktoren sowie an den betroffenen Raumeinheiten der Schutzgüter.

Detaillierte Untersuchungen der relevanten Umweltfaktoren liegen nicht vor, daher sind Kenntnislücken vorhanden.

Umweltbericht

7. Überwachung der Umweltauswirkungen (Monitoring)

Die Überwachung ist keine kontinuierliche Umweltbeobachtung. Vielmehr geht es darum, frühzeitig aus der Durchführung resultierende erhebliche, unvorhergesehene Folgen zu erkennen.

Indirekte Überwachung ist durchaus sinnvoll, ebenso sind fernerkundliche Überwachungsmethoden in Verbindung mit Begehungen und Befragungen sinnvolle Beobachtungsinstrumente.

Für die Überwachung ist die zuständige Fachabteilung der Verwaltungsgemeinschaft zuständig. Die Überwachung ist in den ersten beiden Jahren nach der Inkraftsetzung einmal im Jahr durchzuführen.

Zu überwachen sind folgende Bereiche des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit seinen Kompensationsmaßnahmen:

- sind die festgesetzten Anpflanzungs- und Eingrünungsmaßnahmen durchgeführt
- wird die festgesetzte Nutzung eingehalten / sind die Grünflächen von weiteren Nutzungen freigehalten
- werden die Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen eingehalten
- gab es unerwartete Konflikte zwischen der festgesetzten Nutzung und benachbarten Nutzungen (z.B. Lärm- oder Geruchsbelästigungen)

Die Kontrolle der Einhaltung der Festsetzungen für den privaten Bereich erfolgt im Rahmen der hoheitlichen Aufgaben der Gemeinde Rödelsee.

8. Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzustellen, dass unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zum Ausgleich keine erheblichen Umweltauswirkungen durch das Vorhaben verbleiben.

Die geplante Lagerfläche, die den dringenden Erweiterungsbedarf der Fa. Intraprofil decken soll, wurde im direkten Anschluss an das vorhandene Gewerbegebiet gewählt.

Es sind keine wertvollen Lebensräume von der Planung betroffen.

Die Auswirkungen auf die Umwelt werden durch die entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen kompensiert. Die Grünordnung mit Pflanzgebot sichert die Begrünung des Gebietes.

Ein Monitoring ist in den ersten beiden Jahren nach der Inkraftsetzung einmal im Jahr durchzuführen.

Umweltbericht

Aufgestellt
Würzburg, 18.10.2022

.....
Burkhard Klein
1. Bürgermeister
Gemeinde Rödelsee

.....
Steffen Röscher Dipl.-Ing. (FH)
Architekt, Stadtplaner, Beratender Ingenieur
rö ingenieure gmbh

Begründung

Anlage 2

Vorhabens- und Erschließungsplan vom 18.10.2022

Retentionsbecken Bestand

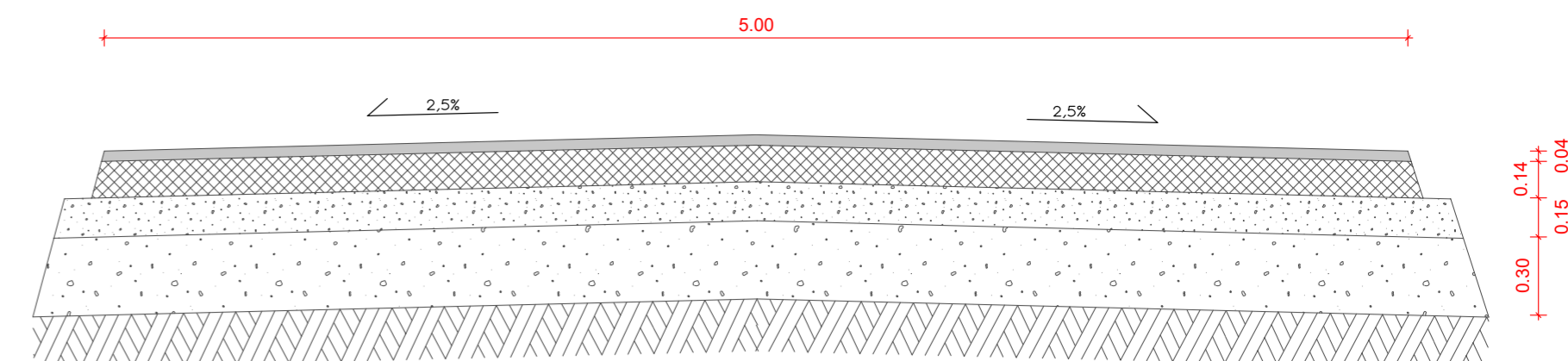
in Erdbauweise

Länge: ca. 37 m, Breite: ca. 11 m, Tiefe: 0,9 m
 $V_{ges} = 225 \text{ m}^3$, Wisp = 230,26 m ü. NN
 Zulauf über Kastenrinnen, Rohrleitung DN 400
 Drosselabfluss mit Wirbelventil = 10,4 l/s
 (Erhöhung durch Wirbelventil auf 22 l/s)
 Einleitung in RW-Kanal in der Straße "Am Wald"
 Damscharte (Notüberlauf)
 Böschungsneigungen 1:1,5 bis 1:4

Retentionsbecken Planung

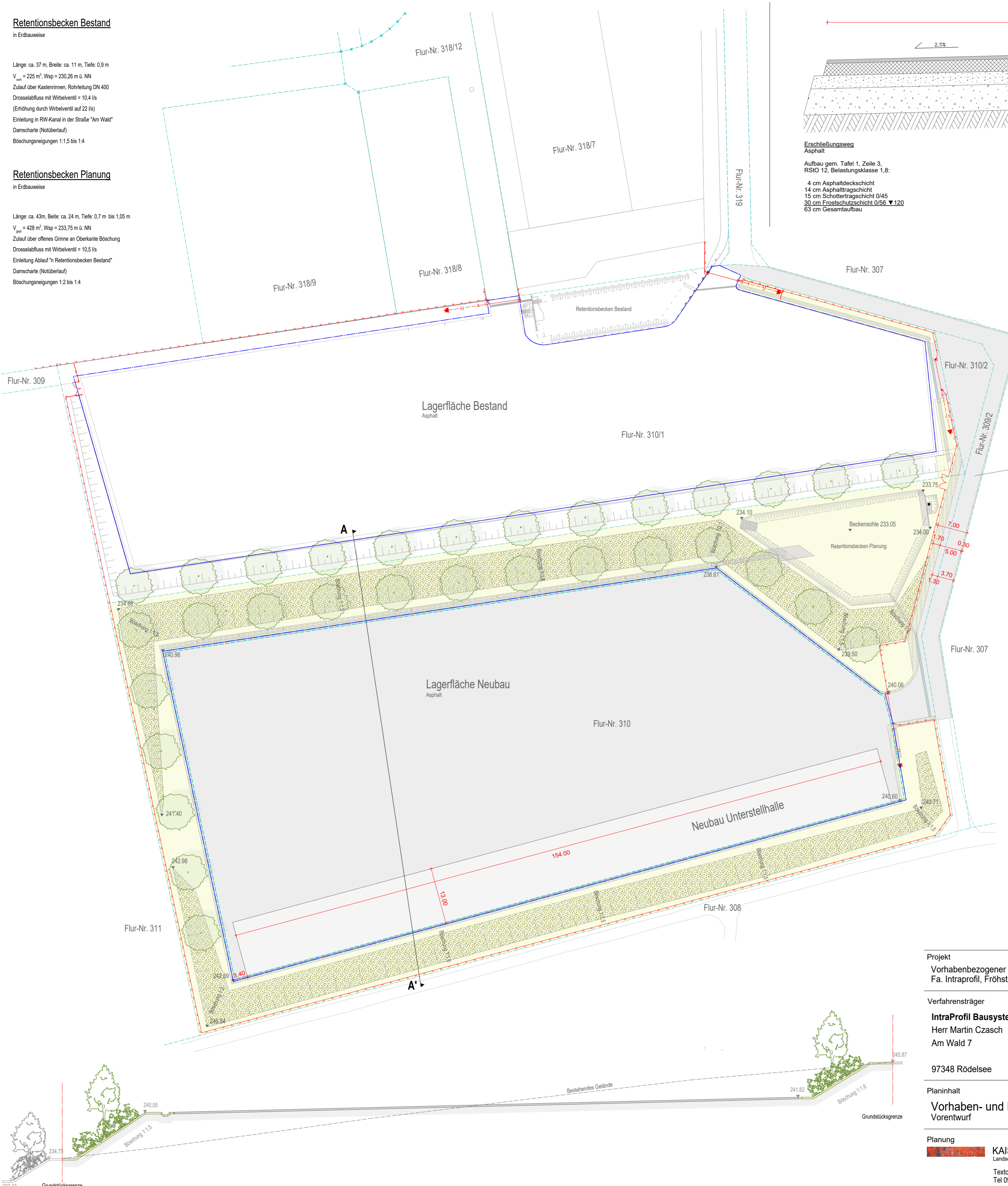
in Erdbauweise

Länge: ca. 43 m, Breite: ca. 24 m, Tiefe: 0,7 m bis 1,05 m
 $V_{ges} = 428 \text{ m}^3$, Wisp = 233,75 m ü. NN
 Zulauf über offenes Grinne an Oberkante Böschung
 Drosselabfluss mit Wirbelventil = 10,5 l/s
 Einleitung Ablauf "in Retentionsbecken Bestand"
 Damscharte (Notüberlauf)
 Böschungsneigungen 1:2 bis 1:4



Erschließungsweg
 Asphalt
 Aufbau gem. Tafel 1, Zeile 3,
 RStO 12, Belastungsklasse 1,8:
 4 cm Asphaltdeckschicht
 14 cm Asphalttragschicht
 15 cm Schottertragschicht 0/45
 30 cm Frostschutzschicht 0/56 ▼120
 63 cm Gesamtaufbau

Regelschnitt Ausbau Wirtschaftsweg M 1:25



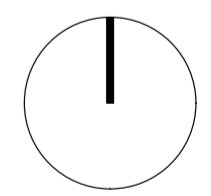
Ausbau Wirtschaftsweg
 Asphalt

Lagerfläche Bestand
 Asphalt

Lagerfläche Neubau
 Asphalt

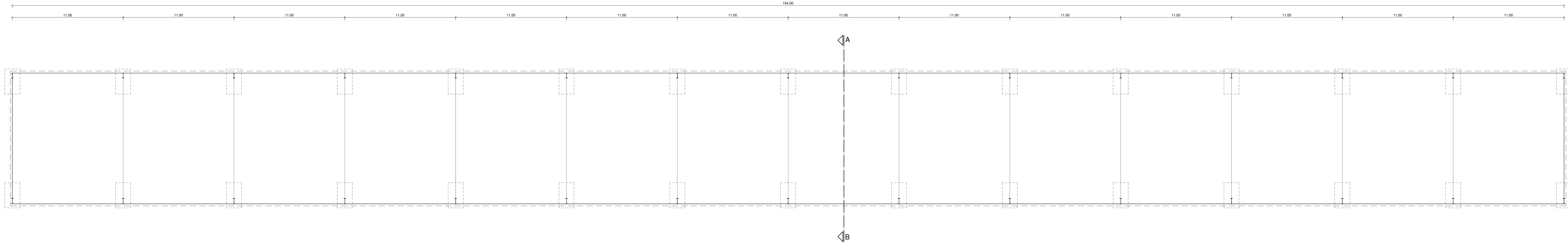
Neubau Unterstellhalle

Beckenschle 233.05
 Retentionsbecken Planung



Projekt	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Fa. Intraprofil, Fröhstockheim	Maßstab	1 : 500
Verfahrensträger	IntraProfil Bausysteme GmbH Herr Martin Czasch Am Wald 7	Projektnummer	2119
	97348 Rödelsee	Datum	21.04.2022
Planinhalt	Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 2) Vorentwurf	Bearbeiter	DM
Planung	KAISER + JURITZA + PARTNER Landschaftsarchitekten PartGmbH Textorstraße 14 97070 Würzburg Tel 0931/9913540 info@kaiser-juritz.de www.kaiser-juritz.de	Änderung	1. Red. Überarbeitung 23.08.2022 2. Red. Überarbeitung 18.10.2022

Schnitt AA' M 1:250



2			
1			

Index Datum geÄ. Änderungen / Ergänzungen
 Diese Zeichnung ist geistiges Eigentum des Planfertigers und urheberrechtlich geschützt. Die Vervielfältigung und Weiterleitung an Dritte darf nur mit ausdrücklicher Genehmigung der F. Gillig + Keller GmbH erfolgen. Bei Mißachtung sind rechtliche Schritte vorbehalten!
 Alle Maße sind am Bau zu prüfen!

BAUVORHABEN **Neubau einer Unterstellhalle**
 97348 Rödelsee

BAUHERR **IntraProfil Bausysteme GmbH**
 Am Wald 7
 97348 Rödelsee
 Unterschrift:

FÜR DIE PLANUNG **Gillig + Keller GmbH**
 Am Brunnlein 1
 97215 Uffenheim
 Unterschrift:

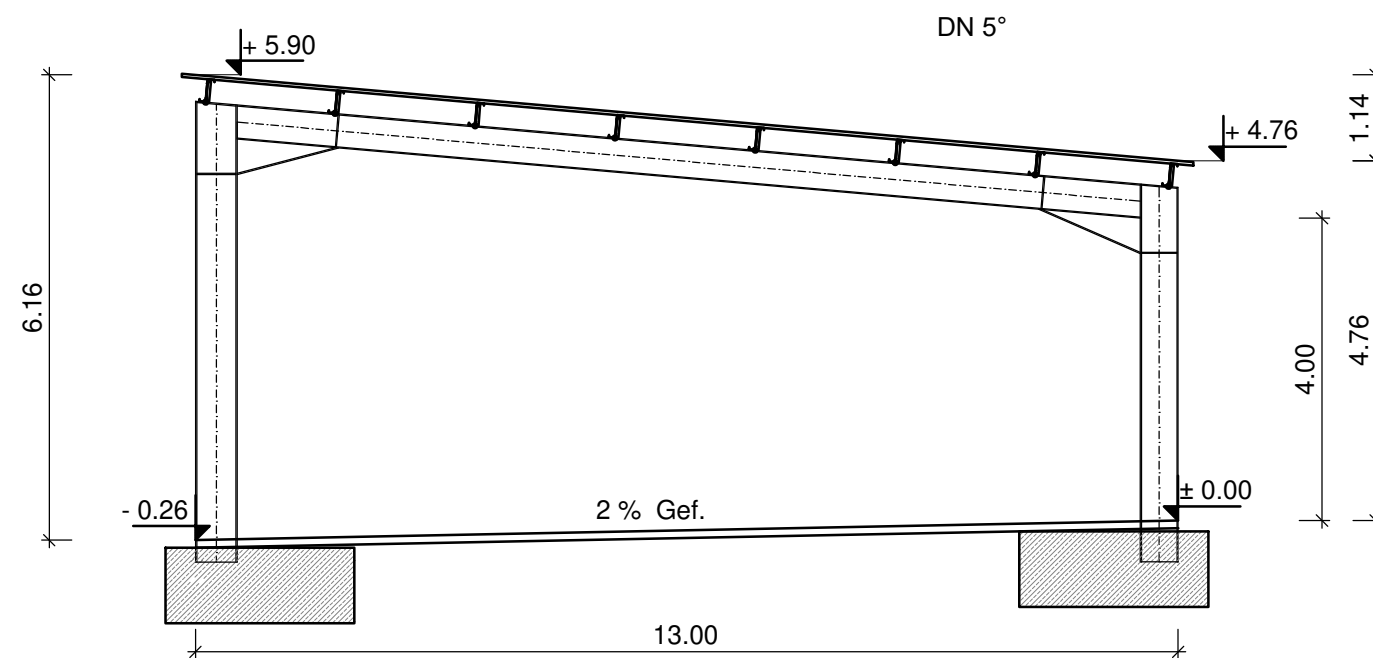
BEZEICHNUNG **Grundriss**

Maßstab: 1:100
 Gezeichnet: Mittenmayer
 Datum: 04.03.2022
 Auftrags-Nr: R22C014

G+K
GILLIG + KELLER
 Ingenieurbüro - Fertigbau
 www.gilligundkeller.de

Gillig + Keller GmbH
 Am Brunnlein 1
 D-97215 Uffenheim
 Tel.: 09842 / 9828 - 0
 Fax: 09842 / 9828 - 82
 info@gilligundkeller.de

Blatt Nr: **1**



2			
1	22.03.2022		Gefälle eingezeichnet
Index	Datum	geä.	Änderungen / Ergänzungen

Diese Zeichnung ist geistiges Eigentum des Planfertigers und urheberrechtlich geschützt. Die Vervielfältigung und Weiterleitung an Dritte darf nur mit ausdrücklicher Genehmigung der F. Gillig + Keller GmbH erfolgen. Bei Mißachtung sind rechtliche Schritte vorbehalten!
Alle Maße sind am Bau zu prüfen!

BAUVORHABEN	Neubau einer Unterstellhalle		
	97348 Rödelsee		
BAUHERR	IntraProfil Bausysteme GmbH		
	Am Wald 7 97348 Rödelsee		
			Unterschrift:
FÜR DIE PLANUNG	Gillig + Keller GmbH		
	Am Brunnlein 1 97215 Uffenheim		
			Unterschrift:
BEZEICHNUNG	SCHNITT A - B		
Maßstab:	1:100		Blatt Nr:
Gezeichnet:	Mittenmayer		
Datum:	04.03.2022		
Auftrags-Nr:	R22C014		
		Gillig + Keller GmbH Am Brunnlein 1 D-97215 Uffenheim Tel.: 09842 / 9828 - 0 Fax: 09842 / 9828 - 82 info@gilligundkeller.de	2

Begründung

Anlage 3

Grünordnung mit Ermittlung des Ausgleichbedarfs vom 18.10.2022



GRÜNORDNUNG

1. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelungen

Eingriffe in Natur und Landschaft sind gemäß § 14ff BNatSchG auszugleichen. Die geplante Einzelhandelsbaumaßnahme des Vorhabenträgers IntraProfil GmbH stellt einen solchen Eingriff dar.

Zur generellen Information erfolgt die nachfolgende Erhebung, Bewertung und Flächenbilanz und ist Grundlage für grünordnerische Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans. Die Bewertung erfolgt gemäß der Bayerische Kompensationsverordnung (BayKompV):

1.1. Darstellung der Bestandssituation

Die Bauflächen liegen innerhalb des Geltungsbereiches und die Erschließungsstraße außerhalb des Geltungsbereiches wie folgt:

	Biotop - und Nutzungstyp (Rundung)	m ²	Anteil ca.	Wertpunkte für Schutzgut / Biotop (BayKompV)	Wertigkeit des Geltungsbereiches (Fläche x WP)
Innerhalb des Geltungsbereiches					
1	A11 Acker	26917	93,38 %	2	53834
2	V332 Bankett, Gras	292	1,01 %	3	876
3	V332 Gras, Weg	305	1,06 %	3	915
4	V31 Betonweg	465	1,61 %	0	0
5	V32 landw. Weg, geschottert	223	0,77 %	1	223
Außerhalb des Geltungsbereiches					
6	V32 landw. Weg, geschottert	612	2,13 %	1	612
7	V31 Betonweg	12	0,04%	0	0
SUMME		28826	100,0%		564 60

Der flächenmäßig größte Anteil des Gebietes (mit ca. 93%) ist bzgl. der Eingriffsregelung den Ackerflächen mit den Wertpunkten von 2 zuzuordnen. Die restlichen Flächen mit Banketten, Gras- und Betonwegen sind mit Wertpunkten zwischen 0 und 3 zu bewerten.

1.2. Einstufung der geplanten Nutzung – Ermittlung der Beeinträchtigung und des Kompensationsbedarfs gem. BayKompV

Die Bauflächen liegen innerhalb des Geltungsbereiches wie folgt:

Ausgangszustand			Wirkung		Kompensationsbedarf (WP)
Biotop - und Nutzungstyp	WP	Beeinträchtigung	B faktor/ Intensität	beeinträchtigte Fläche / m ²	
Acker	2	Überbauung	1	18713	37426
Bankett, Gras	3	Überbauung	1	292	876
Gras, Weg	3	Überbauung	1	305	915
landw. Weg, geschottert	1	Überbauung	1	834	834
Summe					40051

Kompensationsbedarf =

Wertpunkte (Ausgangszustand) x Beeinträchtigungsfaktor x beeinträchtigte Gesamtfläche

1.3. Ermittlung des Kompensationsumfangs gem. BayKompV

Ausgangszustand A-Fläche		Prognosezustand 25 J.		Tats. Kompensation		
Biotop - und Nutzungstyp	WP (A)	Biotop - und Nutzungstyp	WP (25)	Sp.5	Sp. 6	erforderlicher Komp.umfang (Sp 5 x Sp 6)
Acker	2	Anpflanzung B116	7	5	3627	
Acker	2	Rasen/Brache G215	7	5	4743	23715
Betonweg	0	Anpflanzung B116	7	7	300	2100
						43950

Ergebnis:

Mit dem Umfang der geplanten Begrünungsmaßnahmen kann der Eingriff in die Natur und Landschaft vollumfänglich innerhalb des Geltungsbereiches des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ausgeglichen werden. Die Flächengröße der Begrünung ist mit 8670 m² angegeben. Neben Baum-, Strauch- und extensiv genutzten Grünflächen befinden sich auf dieser Fläche auch spezielle Habitate für die Zauneidechse.

Die Retentionsbecken sind in die Kompensationsflächen mit eingerechnet

Darstellung der Planung mit Überlagerung der Eingriffe (geplante Gebäude rot schraffiert)

2. Erläuterung und Begründung der grünordnerischen Maßnahmen

Folgende Ziele werden durch entsprechende Festsetzungen in den Bebauungsplan übernommen:

- Pflanzgebote (Neupflanzungen als Ersatz)

Mit den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen zur Grünordnung werden die geplanten Maßnahmen entsprechend der Planzeichenverordnung dargestellt und rechtsverbindlich festgesetzt. Diese

Maßnahmen begründen sich im Regelfall nach dem Gebot der Vermeidung und Minimierung eines Eingriffs. Die Festsetzungen erfolgen gem. § 9 Abs. 1, Nr. 25 a) + b) und Satz 1a) BauGB.

2.1. Pflanzgebote für Bäume und Sträucher

2.1.1 Pflanzgebote für private Grundstücksflächen (ohne Standortbindung)

Pflanzgebot 1 - für Laubbäume mit ungefähre Standortbindung

Pro 2700 m² privater Grundstücksfläche sind mindestens 3 standortgerechter Laubbäume (I. oder II. Wuchsordnung) der Auswahlliste A und B zu pflanzen. Entlang der südlichen Grenze des Geltungsbereiches sind keine Baumpflanzungen erlaubt.

Pflanzgebot 2 - für Baum- und Buschgruppen

Als Randeingrünung privater Grundstücke sind naturnahe Laubholzbestände anzulegen. Die im Grünordnungsplan festgesetzten Flächen sind im Sinne der schematischen Planeinzeichnung und gemäß den textlichen Festsetzungen als naturnahe Laubholzbestände dauerhaft zu entwickeln. Pro 1,25 - 1,5 m² Pflanzfläche ist ein heimischer Strauch oder Heister zu pflanzen. Das Pflanzschema ist im Halbsversatz auszuführen.

Pflanzgebot 3 – natürlicher Waldrand

Entlang der östlichen Grenze des Geltungsbereiches ist mit der Bepflanzung ein natürlicher Waldrand mit vielfältigen Strukturen zu imitieren. Die im Grünordnungsplan festgesetzten Flächen sind im Sinne der schematischen Planeinzeichnung und gemäß den textlichen Festsetzungen als naturnahe Laubholzbestände dauerhaft zu entwickeln. Die Pflanzungen (Pflanzdichte 1 Pflanze pro 2 m²) sind zusätzlich mit Totholzstrukturen aus Baumstämmen und Starkästen, Lesesteinen und freien Stellen ohne Bepflanzung und ohne Einsaat zu ergänzen. Die Fläche darf nicht mit Rindenmulche o.ä. bedeckt werden. Eine Ansiedlung von Gräsern und Stauden sowie eine Heublumenansaat aus benachbarten (Waldrand-)Flächen wird empfohlen. Der aufgebrachte Boden soll möglichst kein nährstoffreicher Oberboden sein.

2.1.2 Pflanzqualitäten für Pflanzgebote

Bäume sind als Hochstamm, 3xv, 18/20cm Stammumfang zu pflanzen.

Die Baum- und Pflanzgruben sind gemäß FLL Vorschriften (Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau) mit einem durchwurzelbaren Raum von mindestens 12,00 m² herzustellen. Mindestens 6,00 m² sind vollständig von Versiegelung freizuhalten und zu begrünen, die übrigen Flächen sind dauerhaft wasserdurchlässig (z. B. Rasenfugenpflaster) und unter Anwendung eines fachgerechten verdichtungs-fähigen Baumsubstrates herzustellen. Der Stammbereich ist bei Gefährdung durch geeignete Maßnahmen zu sichern. Offene Baumscheiben sind vor dem Überfahren zu schützen.

Für anzupflanzende Bäume sind standortgerechte Laubbäume (siehe Artenliste) in_zuvor angegeben Qualitäten zu verwenden, Artenauswahl gemäß Listen A-C.

Bei der Randeingrünung sind folgende Pflanzqualitäten zu verwenden:
Sträucher: leichte Sträucher, 1xv, Höhe 70 – 90 cm
Heister: Heister I. Ordnung, 2xv, Höhe 150 – 200 cm

Bei sämtlichen Angaben zu Pflanzqualitäten handelt es sich um Mindestangaben.

3. Hinweise zur Pflanzenverwendung

Vorschlag zu den textlichen Festsetzungen: Grünordnung – Pflanzenlisten für Neupflanzungen und Nachpflanzungen im Bereich der Pflanzbindung

Vorschlagsliste für Verwendung von Pflanzenarten, alternativ möglich sind vergleichbare Arten und Sorten, insb. auch sog. "Klimaarten", standortgerechte klimatolerante Laubbaumarten, bevorzugt heimisch* bzw. geeignete Arten gemäß der Empfehlung der sog. „GALK- Liste“ für geeignete „Stadt-bäume“ („Straßenbaumliste Stadtbäume“ der „Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz“). (*H =einheimische Arten).

Liste A - Großkronige Bäume	Liste B - Mittelkronige Bäume
Acer platanoides, Spitzahorn (H) Acer pseudoplatanus, Bergahorn in Sorten (H) Prunus avium, Vogelkirsche (H) Quercus petraea, Trauben -Eiche (H) Tilia cordata, Winterlinde (H) Tilia platyphyllos, Sommerlinde (H) Tilia tomentosa, Silberlinde	Acer campestre, Feldahorn (H) Carpinus betulus, Hainbuche (H) Prunus padus, Echte Traubenkirsche (H) Sobus aria, Mehlbeere (H) Sorbus torminalis, Elsbeere (H)
Liste C - Gehölze, Sträucher	
Cornus mas, Kornelkirsche (H) Cornus sanguinea, Blutroter Hartriegel (H) Ligustrum vulgare, Liguster (H) Lonicera xylosteum, Heckenkirsche (H) Prunus spinosa, Schlehdorn/ Schwarzd.(H) Rosen in Arten und Sorten	Wildrosen, Strauchrosen in Arten und Sorten Rosa canina, Hundsrose (H) Viburnum lantana, Wolliger Schneeball (H) Viburnum opulus, Wasser -Schneeball (H)

Projekt	Maßstab
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Fa. Intraprofil, Fröhstockheim	1 : 1000
Verfahrensträger	Projektnummer
IntraProfil Bausysteme GmbH Herr Martin Czasch Am Wald 7	2119
97348 Rödelsee	Datum
	21.04.2022
Planinhalt	Bearbeiter
Grünordnungsplan (Anlage 3) Vorentwurf	DM
Planung	Änderung
 KAISER + JURITZA + PARTNER Landschaftsarchitekten PartGmbH Textorstraße 14 97070 Würzburg Tel 0931/9913540 info@kaiser-juritz.de www.kaiser-juritz.de	1. Red. Überarbeitung 23.08.2022 2. Red. Überarbeitung 18.10.2022

Begründung

Anlage 4

Spezieller artenschutzrechtlicher Fachbeitrag vom 11.08.2022

Gemeinde Rödelsee



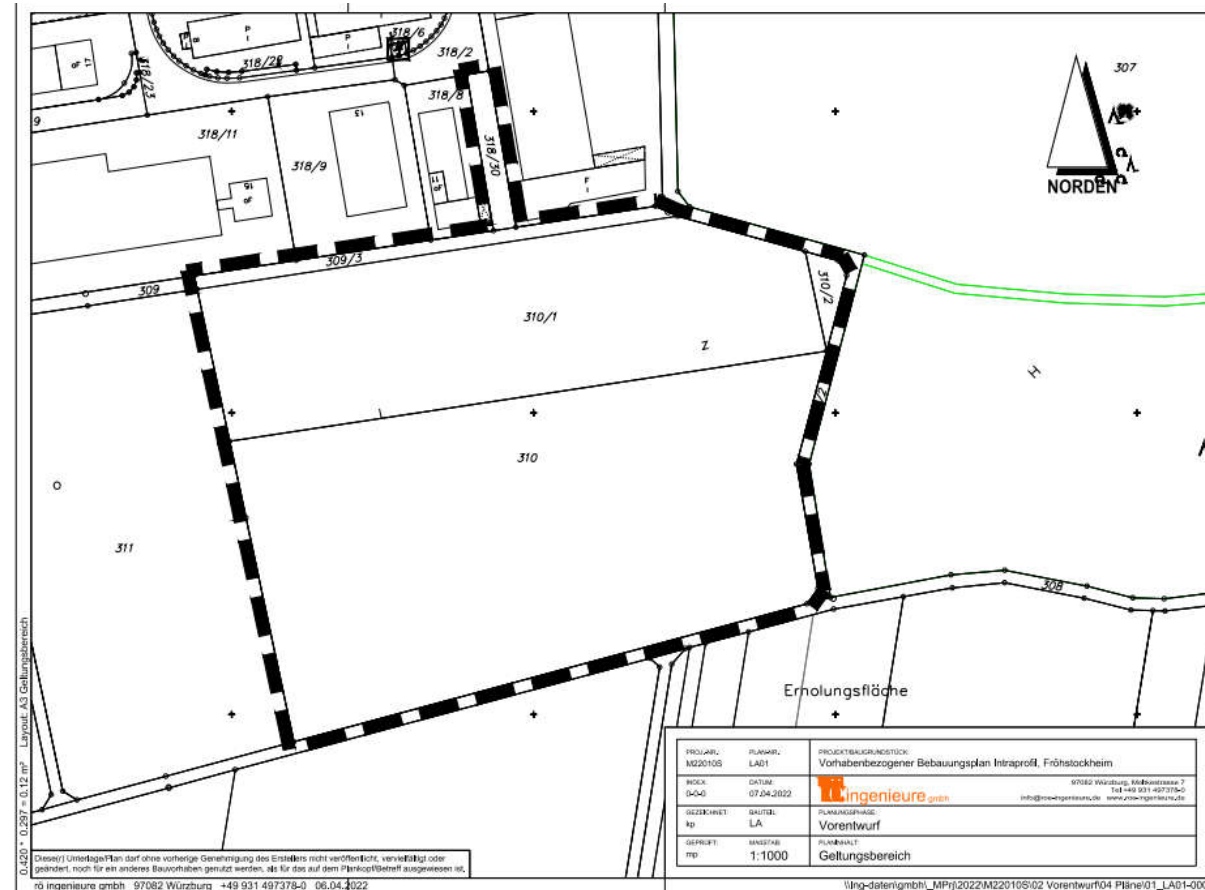
Ortsteil Fröhstockheim
Vorhabenbezogener Bebauungsplan
im GE Fröhstockheim
Firma InfraProfil GmbH

Spezieller artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
(saP-Vorprüfung)

Inhalt	Seite
1. Aufgabenstellung	3
2. Datengrundlagen	4
3. Methodisches Vorgehen	5
4. Beschreibung des Bestandes	6
5. Wirkungen des Vorhabens	13
6. Vorbelastungen	13
7. Betroffenheit von besonders und streng geschützten Arten	14
7.1 Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie	15
7.2 Europäische Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutz-Richtlinie	19
7.3 Weitere streng geschützte Arten (Bundesartenschutzverordnung - BArtSchV)	20
8. Maßnahmen zur Vermeidung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität	22
8.1 Maßnahmen zur Vermeidung	22
8.2 Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität	25
9. Zusammenfassung	26

1. Aufgabenstellung

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes weist die Gemeinde Rödelsee im Ortsteil Fröhstockheim ein ca. 2,80 ha großes Gewerbegebiet aus.



Lageplan Plangebiet (Planausschnitt ohne Maßstab)
(Quelle: Röscher Ingenieure)

Am 18.12.2007 sind die im Hinblick auf den Artenschutz relevanten Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes zur Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 10. Januar 2006 in der Rechtssache C-98/03 in Kraft getreten. Gemäß § 44 BNatSchG ist es verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Weiter ist verboten, wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten dürfen nicht aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört werden. Wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen dürfen nicht aus der Natur entnommen werden sowie sie oder ihre Standorte dürfen nicht beschädigt oder zerstört werden.

Die Unterlagen sollen der Naturschutzbehörde als Grundlage zur Prüfung des speziellen Artenschutzrechts (saP) nach § 44 BNatSchG dienen. Dabei werden die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (alle europäischen Vogelarten, Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie), die durch das Vorhaben erfüllt werden können, ermittelt und dargestellt. Des Weiteren werden die nicht gemeinschaftsrechtlich, aber gemäß nationalem Naturschutzrecht streng geschützten Arten geprüft.

Die Unterlagen umfassen die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) in einer textlichen Ausarbeitung, jedoch ohne die Aufbereitung von Formblättern für die einzelnen betroffenen Arten. Hierfür sind nach derzeitiger Einschätzung keine eigenen Erhebungen notwendig, sondern eine Auswertung der vorhandenen Daten, insbesondere der bereits vorliegenden Artenschutzkartierung und der vorhandenen Verbreitungsatlanen, ist ausreichend.

2. Datengrundlagen

Als Datengrundlagen wurden herangezogen:

- Artenschutzkartierung
- Offenland-Biotopkartierung Bayern
- Arten- und Biotopschutzprogramm Landkreis Kitzingen
- eigene Geländebegehung
- Begehungen durch Büro für Artenschutzgutachten

3. Methodisches Vorgehen

Durch eine projektspezifische Abschichtung des zu prüfenden Artenspektrums brauchen die Arten einer saP nicht unterzogen werden, für die eine verbotstatbeständige Betroffenheit durch das jeweilige Projekt mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann (Relevanzschwelle).

In einem ersten Schritt einer Vorprüfung können dazu die Arten „abgeschichtet“ werden, die aufgrund vorliegender Daten (projektbezogen nach der Bestandserfassung zum Bebauungsplan) als zunächst nicht relevant für die weiteren Prüfschritte identifiziert werden können. Die Abschichtung erfolgt nach den Kriterien gemäß den Hinweisen der Obersten Baubehörde:

1. die Art ist im Groß-Naturraum entsprechend den Roten Listen Bayerns ausgestorben oder verschollen (RL 0) oder kommt nicht vor
2. der Wirkraum liegt außerhalb des bekannten Verbreitungsgebiets der Art in Bayern
3. der erforderliche Lebensraum / Standort der Art kommt im Wirkraum des Vorhabens nicht vor (so genannte Gastvögel wurden nicht berücksichtigt)
4. die Wirkungs-Empfindlichkeit der Art ist vorhabensspezifisch so gering, dass mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass keine Verbotstatbestände ausgelöst werden können (euryöke, weitverbreitete, ungefährdete Arten bzw. geringe Wirkungsintensität).

Mit „Betroffenheit“ ist im Folgenden eine „verbotstatbeständige Betroffenheit der jeweiligen Arten bzw. Artengruppe entsprechend der einschlägigen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände“ gemeint.

In einem zweiten Schritt ist für die im ersten Schritt nicht abgeschichteten Arten durch Bestandsaufnahmen bzw. durch Potenzialanalyse die einzelartenbezogene Bestandssituation im Untersuchungsraum zu erheben. Auf Basis dieser Untersuchungen können dann die Arten identifiziert werden, die vom Vorhaben tatsächlich betroffen sind (sein können). Hierzu werden die erhobenen bzw. modellierten Lebensstätten der jeweiligen lokalen Vorkommen der Arten mit der Reichweite der jeweiligen Vorhabenswirkungen überlagert. Auf Grund der Ergebnisse der Bestandsaufnahme als zweitem Prüfschritt sind die Ergebnisse der in der Relevanzprüfung (erster Prüfschritt) vorgenommenen Abschichtung nochmals auf Plausibilität zu überprüfen.

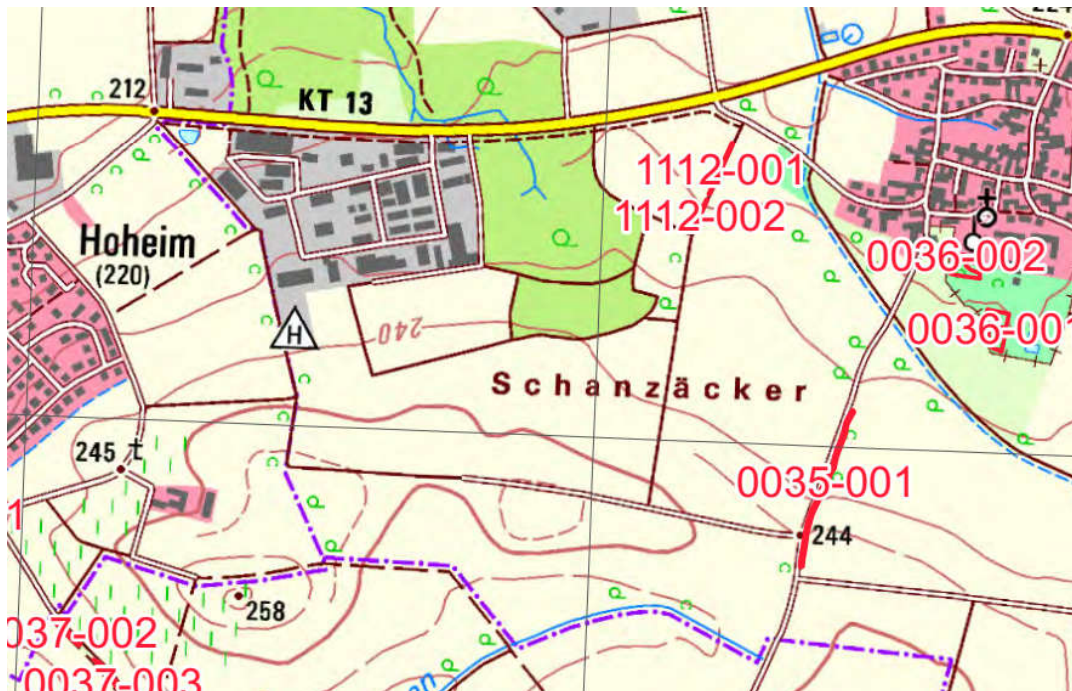
Nach der Vorprüfung verbleiben die durch das Vorhaben betroffenen Arten, die der Abstimmung mit den Naturschutzbehörden und der weiteren saP zugrunde zu legen sind.

4. Beschreibung des Bestandes

Das Plangebiet liegt am Südrand des Gewerbegebietes Rödelsee „Am Wald“, wird als Gewerbegebiet ausgewiesen und umfasst eine Fläche von ca. 2,80 ha. Die Planung entwickelt sich aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan. Das Plangebiet liegt auf der Höhe zwischen ca. 230 m und 245 m ü. NN. und das Gelände fällt in nördliche Richtung hin ab. Das Plangebiet grenzt südlich an bestehende Gewerbeflächen an und ist durch bestehende Lager- und Wegflächen sowie Ackerflächen geprägt. Östlich des Plangebietes befinden sich Waldflächen, westlich und südlich des Plangebietes befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen (Ackerflächen). An das Plangebiet grenzt südlich und östlich das SPA-Gebiet 6227-471 „Südliches Steigerwaldvorland“ (EU-Vogelschutzgebiet) an.

a) Biotopkartierung

Im Plangebiet befinden sich keine kartierten Flächen der amtlichen Biotopkartierung.



Planausschnitt ohne Maßstab (Quelle: LfU 2022)

Östlich des Plangebietes befindet sich das kartierte Biotop 6227-1112 „Schilfröhrichtsäume westlich von Fröhstockheim“ (2 Teilflächen, Fläche: 0,04 ha).

b) Artenschutzkartierung

Gemäß einer aktuellen Datenabfrage beim Landesamt für Umweltschutz befinden sich im Plangebiet der Eintrag 6227-2301:

TK25 6227	OBN 2301	K P	ERFG 70	UTM-RW 587740	UTM-HW 5509152
---------------------	--------------------	---------------	-------------------	-------------------------	--------------------------

Landkreis(e): Kitzingen
 (Haupt-)Lebensraumtyp: Ackerland
 Lagebeschreibung: Schanzäcker-Äcker NW
 Merkmale: Weitere Lebensraumtypen/Ausstattung: Ackerland
 Nutzung: Acker
 Gefährdung: Nutzungsintensivierung / zu int. Nutzung
 Landschaftselemente in der Umgebung des Fundorts: Ackerland; Laubwald; Fabrik
 Vorläufige Objektnr.:

ARTNAME	RB	RD	ANZ	STA	NS	NM	VZ	DATUM	SI
Feldlerche Alauda arvensis	3	3	2	B	AD	R		25.04.2016	SDS
Feldlerche Alauda arvensis	3	3	2	B	DETER.: AD	Rücker Achim R		18.05.2016	SDS
Feldlerche Alauda arvensis	3	3	2	B	DETER.: AD	Rücker Achim R		10.06.2016	SDS
Schafstelze Motacilla flava	*	*	1	A	DETER.: AD	Rücker Achim R		10.06.2016	SDS



Planausschnitt ohne Maßstab (Quelle: LfU 2022)

Weitere zum Plangebiet nächstliegende Einträge sind:

TK25 6227	OBN 0554	K P	ERFG	UTM-RW 587987	UTM-HW 5509169				
Landkreis(e): Kitzingen (Haupt-)Lebensraumtyp: Waldrand Lagebeschreibung: WALDRAND O HOHEIM Merkmale: Vorläufige Objektnr.:									
ARTNAME	RB	RD	ANZ	STA	NS	NM	VZ	DATUM	SI
Ortolan Emberiza hortulana	1	3	2	C	AD DETER.:	S Holynski Otto		1999	SDS
TK25 6227	OBN 0560	K F	ERFG	UTM-RW 587889	UTM-HW 5508959				
Landkreis(e): Kitzingen (Haupt-)Lebensraumtyp: Ackerland Lagebeschreibung: ACKERLAND O HOHEIM Merkmale: Vorläufige Objektnr.:									
ARTNAME	RB	RD	ANZ	STA	NS	NM	VZ	DATUM	SI
Schafstelze Motacilla flava	*	*	4	C	AD DETER.:	S Holynski Otto		1999	SDS
TK25 6227	OBN 1539	K P	ERFG 50	UTM-RW 587450	UTM-HW 5509107				
Landkreis(e): Kitzingen (Haupt-)Lebensraumtyp: Hecke Lagebeschreibung: Schanzäcker-Hecke NW Merkmale: Weitere Lebensraumtypen/Ausstattung: Ackerland; Hecken, naturnah; Baumreihe Nutzung: Einzelstammnutzung; Acker Gefährdung: Abholzung Landschaftselemente in der Umgebung des Fundorts: Ackerland; Fabrik Vorläufige Objektnr.: 2531									
ARTNAME	RB	RD	ANZ	STA	NS	NM	VZ	DATUM	SI
Dorngrasmücke Sylvia communis	V	*	1	B	AD DETER.:	R Rücker Achim		25.04.2016	SDS
Dorngrasmücke Sylvia communis	V	*	1	B	AD DETER.:	R Rücker Achim		18.05.2016	SDS
Nachtigall Luscinia megarhynchos	*	*	1	B	AD DETER.:	R Rücker Achim		25.04.2016	SDS
Nachtigall Luscinia megarhynchos	*	*	1	B	AD DETER.:	R Rücker Achim		10.06.2016	SDS
Ortolan Emberiza hortulana	1	3	1	B	AD DETER.:	SR Lanz Ulrich		2003	SDS

TK25 6227	OBN 1540	K P	ERFG	UTM-RW 587419	UTM-HW 5509228
---------------------	--------------------	---------------	------	-------------------------	--------------------------

Landkreis(e): Kitzingen
 (Haupt-)Lebensraumtyp: Ackerland
 Lagebeschreibung: 1200m östlich von Etwashausen Siedlung
 Merkmale:
 Vorläufige Objektnr.: 2532

ARTNAME	RB	RD	ANZ	STA	NS	NM	VZ	DATUM	SI
Ortolan Emberiza hortulana	1	3	1	B	AD	SR		2003	SDS
					DETER.: Lanz Ulrich				

TK25 6227	OBN 1541	K P	ERFG	UTM-RW 587402	UTM-HW 5509313
---------------------	--------------------	---------------	------	-------------------------	--------------------------

Landkreis(e): Kitzingen
 (Haupt-)Lebensraumtyp: Ackerland
 Lagebeschreibung: 1100m östlich von Etwashausen Siedlung
 Merkmale:
 Vorläufige Objektnr.: 2533

ARTNAME	RB	RD	ANZ	STA	NS	NM	VZ	DATUM	SI
Ortolan Emberiza hortulana	1	3	1	B	AD	SR		2003	SDS
					DETER.: Lanz Ulrich				

TK25 6227	OBN 2299	K P	ERFG 50	UTM-RW 587955	UTM-HW 5509206
---------------------	--------------------	---------------	-------------------	-------------------------	--------------------------

Landkreis(e): Kitzingen
 (Haupt-)Lebensraumtyp: Laubwald
 Lagebeschreibung: Schanzäcker-Wald N
 Merkmale: Weitere Lebensraumtypen/Ausstattung: Laubwald
 Nutzung: Hochwald/Altersklassenwald; Mittelwald
 Gefährdung: Gehölzumbau; Abholzung; nicht standortheimische Gehölze
 Landschaftselemente in der Umgebung des Fundorts: Ackerland; Mischwald
 Vorläufige Objektnr.:

ARTNAME	RB	RD	ANZ	STA	NS	NM	VZ	DATUM	SI
Nachtigall Luscinia megarhynchos	*	*	1	B	AD	R		18.05.2016	SDS
					DETER.: Rücker Achim				
Nachtigall Luscinia megarhynchos	*	*	1	B	AD	R		10.06.2016	SDS
					DETER.: Rücker Achim				
Pirol Oriolus oriolus	V	V	1	A	AD	R		10.06.2016	SDS
					DETER.: Rücker Achim				

TK25 6227	OBN 2300	K P	ERFG 100	UTM-RW 587961	UTM-HW 5509029
---------------------	--------------------	---------------	--------------------	-------------------------	--------------------------

Landkreis(e): Kitzingen
(Haupt-)Lebensraumtyp: Ackerland
Lagebeschreibung: Schanzäcker Äcker
Merkmale: Weitere Lebensraumtypen/Ausstattung: Ackerland
 Nutzung: Acker
 Gefährdung: Nutzungsintensivierung / zu int. Nutzung
 Landschaftselemente in der Umgebung des Fundorts: Ackerland; Laubwald
Vorläufige Objektnr.:

ARTNAME	RB	RD	ANZ	STA	NS	NM	VZ	DATUM	SI
Feldlerche Alauda arvensis	3	3	2	B	AD	R		18.05.2016	SDS
Feldlerche Alauda arvensis	3	3	2	B	DETER.: AD	Rücker Achim R		10.06.2016	SDS

TK25 6227	OBN 2303	K P	ERFG 30	UTM-RW 587416	UTM-HW 5508876
---------------------	--------------------	---------------	-------------------	-------------------------	--------------------------

Landkreis(e): Kitzingen
(Haupt-)Lebensraumtyp: Ackerland
Lagebeschreibung: Weinbergsteige-Äcker
Merkmale: Weitere Lebensraumtypen/Ausstattung: Ackerland
 Nutzung: Acker
 Gefährdung: Nutzungsintensivierung / zu int. Nutzung
 Landschaftselemente in der Umgebung des Fundorts: Ackerland; Weinbauflächen;
 Hecke
Vorläufige Objektnr.:

ARTNAME	RB	RD	ANZ	STA	NS	NM	VZ	DATUM	SI
Feldlerche Alauda arvensis	3	3	1	B	AD	R		25.04.2016	SDS
Feldlerche Alauda arvensis	3	3	1	B	DETER.: AD	Rücker Achim R		18.05.2016	SDS

TK25 6227	OBN 2304	K P	ERFG 150	UTM-RW 587813	UTM-HW 5508839
--------------	-------------	--------	-------------	------------------	-------------------

Landkreis(e): Kitzingen
(Haupt-)Lebensraumtyp: Ackerland
Lagebeschreibung: Schanzäcker-Äcker SW (Ziegenmesser Berg)
Merkmale: Weitere Lebensraumtypen/Ausstattung: Ackerland
 Nutzung: Acker
 Gefährdung: Nutzungsintensivierung / zu int. Nutzung
 Landschaftselemente in der Umgebung des Fundorts: Ackerland
Vorläufige Objektnr.:

ARTNAME	RB	RD	ANZ	STA	NS	NM	VZ	DATUM	SI
Feldlerche Alauda arvensis	3	3	1	B	AD	R		25.04.2016	SDS
Feldlerche Alauda arvensis	3	3	2	B	AD DETER.:	R Rücker Achim		18.05.2016	SDS
Feldlerche Alauda arvensis	3	3	1	B	AD DETER.:	R Rücker Achim		18.05.2016	SDS
Schafstelze Motacilla flava	*	*	1	B	AD DETER.:	R Rücker Achim		25.04.2016	SDS
Schafstelze Motacilla flava	*	*	1	B	AD DETER.:	R Rücker Achim		10.06.2016	SDS

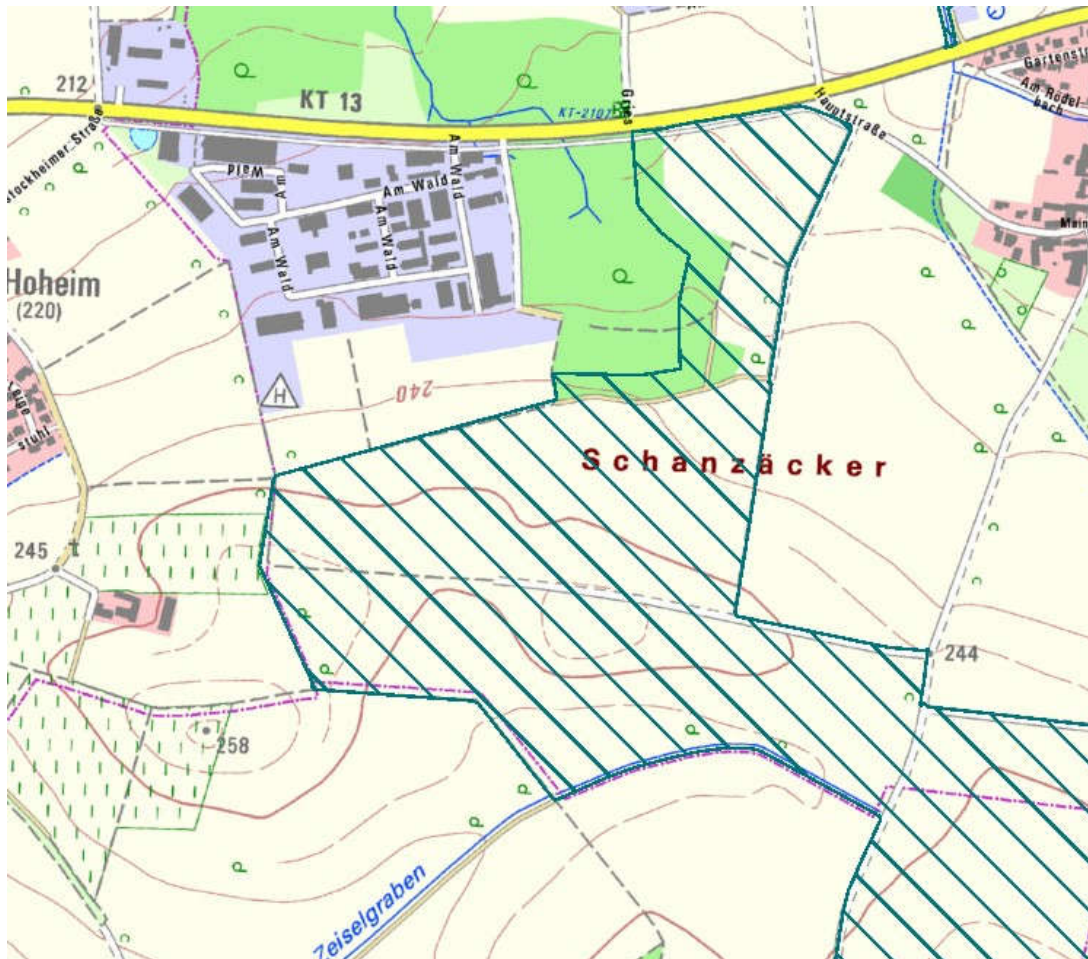
TK25 6227	OBN 2305	K P	ERFG 200	UTM-RW 588265	UTM-HW 5508997
--------------	-------------	--------	-------------	------------------	-------------------

Landkreis(e): Kitzingen
(Haupt-)Lebensraumtyp: Ackerland
Lagebeschreibung: Schanzäcker-Äcker O
Merkmale: Weitere Lebensraumtypen/Ausstattung: Ackerland
 Nutzung: Acker
 Gefährdung: Nutzungsintensivierung / zu int. Nutzung
 Landschaftselemente in der Umgebung des Fundorts: Ackerland; Hecke
Vorläufige Objektnr.:

ARTNAME	RB	RD	ANZ	STA	NS	NM	VZ	DATUM	SI
Feldlerche Alauda arvensis	3	3	3	B	AD	R		25.04.2016	SDS
Feldlerche Alauda arvensis	3	3	1	B	AD DETER.:	R Rücker Achim		18.05.2016	SDS
Feldlerche Alauda arvensis	3	3	3	B	AD DETER.:	R Rücker Achim		10.06.2016	SDS
Schafstelze Motacilla flava	*	*	1	B	AD DETER.:	R Rücker Achim		25.04.2016	SDS
Schafstelze Motacilla flava	*	*	1	B	AD DETER.:	R Rücker Achim		10.06.2016	SDS

c) SPA-Gebiet

Das Plangebiet liegt nördlich und westlich von Flächen des SPA-Gebietes 6227-471 „Südliches Steigerwaldvorland“ (EU-Vogelschutzgebiet) an.



Planausschnitt ohne Maßstab (Quelle: Bayernatlas 2022)

Das EU-Vogelschutzgebiet ist insgesamt 5.467 ha groß.
Die betroffene Teilfläche 6227-471.12 umfasst eine Fläche von ca. 86,50 ha.

Zum SPA-Gebiet 6227-471 „Südliches Steigerwaldvorland“ wird eine
Verträglichkeitsabschätzung durchgeführt.

5. Wirkungen des Vorhabens

Nachfolgend werden die Wirkfaktoren ausgeführt, die in der Regel Beeinträchtigungen und Störungen der nach Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und europäischer FFH-Richtlinie streng und besonders geschützter Tier- und Pflanzenarten verursachen können.

Baubedingte Wirkungen

- Flächeninanspruchnahme

Aufgrund der Baumaßnahmen werden Flächen temporär für Baueinrichtung und Lagerung der Baumaterialien benötigt.

- Bodenumlagerung und Verdichtung

Baubedingt sind z.T. gravierende Eingriffe in den Boden notwendig. Insbesondere durch die schweren Baufahrzeuge (Materialtransport, Erdarbeiten) kommt es zu Bodenbeeinträchtigungen durch Verdichtung oder Umlagerung.

- Baubedingte stoffliche Emissionen

Hier sind im Wesentlichen die Emissionen der Baufahrzeuge (z.B. Abgase, ggf. Kraft- und Schmierstoffe) sowie die baubedingten Staubemissionen zu nennen. Diese führen aber in der Regel nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen.

Anlage- und betriebsbedingte Wirkungen

- Flächeninanspruchnahme

Auswirkungen auf das Schutzgut „Arten und Lebensräume“ bestehen durch den Verlust von Lebensraumflächen (Ackerflächen).

- Versiegelung

Durch die Vorhaben werden anlagebedingt Grundflächen versiegelt. Die Intensität der Versiegelung ist verschieden. Neben vollständiger Versiegelung treten in der Regel auch Teilversiegelungen z.B. durch gepflasterte / geschotterte Wege auf. Durch das Vorhaben entsteht ein Verlust der natürlichen Bodenfunktionen durch Flächenversiegelung verbunden mit einer Reduzierung der Grundwasserneubildung im Bereich der versiegelten Flächen.

- Betriebsbedingte Emissionen

Hier sind im Wesentlichen die Emissionen (z.B. Abgase, ggf. Kraft- und Schmierstoffe) durch Lieferverkehr u.ä. zu nennen. Diese führen aber in der Regel nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen.

6. Vorbelastungen

Folgende Vorbelastungen sind im Eingriffsbereich gegeben:

- bestehende Nutzungsintensitäten (Ackernutzung)
- benachbarte Gewerbeflächen

7. Betroffenheit von besonders und streng geschützten Arten

Grundlage der Potenzialabschätzung und Eingriffsbeurteilung sind Auswertungen einschlägiger Datengrundlagen (z.B. Biotopkartierung, Artenschutzkartierung, Arten- und Biotopschutzprogramm) sowie eigene Begehungen.

Aus § 44 Abs.1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ergeben sich für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe sowie für nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässige Vorhaben im Geltungsbereich von Bebauungsplänen, während der Planaufstellung nach § 33 BauGB und im Innenbereich nach § 34 BauGB bezüglich Tier- und Pflanzenarten nach Anhang IV der FFH-RL und Europäische Vogelarten folgende Verbote:

Schädigungsverbot

- Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten/ Standorten wild lebender Pflanzen und damit verbundene vermeidbare Verletzung oder Tötung von wild lebenden Tieren oder ihrer Entwicklungsformen bzw. Beschädigung oder Zerstörung von Exemplaren wild lebender Pflanzen oder ihrer Entwicklungsformen

Ein Verstoß liegt nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten bzw. Standorte im räumlichen Zusammenhang gewahrt wird.

Tötungs- und Verletzungsverbot

- Signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos für Exemplare, der durch den Eingriff oder das Vorhaben betroffenen Arten

Die Verletzung oder Tötung von Tieren und die Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen, die mit der Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten verbunden sind, werden im Schädigungsverbot behandelt.

Störungsverbot

- Erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten

Ein Verstoß liegt nicht vor, wenn die Störung zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population führt.

Arten, für die eine verbotstatbeständige Betroffenheit durch das Vorhaben mit hinreichender Sicherheit aufgrund der Lebensraumausstattung oder der allgemeinen Verbreitung der Arten ausgeschlossen werden kann, brauchen nicht der saP unterzogen zu werden und werden hier nicht weiter berücksichtigt.

7.1 Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

Bezüglich der Tierarten nach Anhang IV a) FFH-RL ergibt sich aus § 44 Abs.1 Nrn. 1 bis 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe folgende Verbote:

a) Säugetiere

Feldhamster

Das Plangebiet liegt gemäß Aussage der unteren Naturschutzbehörde (telefonische Vorabstimmung mit Herrn Lang am 08.04.2022) außerhalb des Verbreitungsgebietes des Feldhamsters, sodass keine Veranlassung zur weiteren Überprüfung dieser Tierart besteht.

Fledermäuse

Durch das Planvorhaben sind im Eingriffsbereich ausschließlich intensiv bewirtschaftete Ackerflächen betroffen. Die überplante Fläche kommt als Nahrungshabitat für verschiedene Arten in Frage, die in der Region nachgewiesen sind. Da sich im Eingriffsgebiet keine Gehölze befinden, welche potenzielle Fledermaushabitate darstellen könnten, kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass keine Verbotstatbestände ausgelöst werden können.

Prognose des Schädigungsverbots nach § 44 Abs. 1 Nr. 3, 4 und 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG:

Da im Plangebiet keine Gehölzstrukturen vorhanden sind, welche potenzielle Fledermaushabitate darstellen könnten, können Schädigungen ausgeschlossen werden.

Prognose des Tötungs- und Verletzungsverbots nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 5 S. 1, 5 BNatSchG:

Ein erhöhtes Tötungsrisiko z.B. durch Kollisionen während der Baumaßnahmen ist nicht zu erwarten.

Prognose des Störungsverbots nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. Abs. 5 S. 1, 5 BNatSchG:

Störungen potenzieller Quartiere durch tagsüber stattfindenden, bau- und betriebsbedingten Lärm etc. sind auszuschließen, da keine potenziellen Quartiere unmittelbar betroffen sind. Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 sind „jagende Fledermäuse entlang des Waldrandes zu erwarten. Die Tiere können durch Beleuchtung in direkter Nähe zum Waldrand gestört werden. Dies gilt es zu vermeiden.“

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 sind deshalb folgende Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung zu beachten:

M05:

Um eine Bestrahlung von Flugrouten, potenziellen Quartieren oder Jagdgebieten der Fledermäuse zu verhindern sowie die Insektenfauna zu schützen, sind folgende Punkte bezüglich der Geländebeleuchtung zu beachten:

- Der Beleuchtung des Geländes muss eine eindeutige Notwendigkeit zu Grunde liegen. Beleuchtung als Dekoration oder zu Werbezwecken im Außenbereich ist zu unterlassen.
- Die Lichtintensität der geplanten Beleuchtung muss situationsangepasst angemessen sein. Abseits der Stoßzeiten kann die Beleuchtungsintensität oftmals vermindert werden. Im urbanen Raum beträgt die maximale Leuchtdichte für Flächen über 10m² 2-5cd/m².

- Die Beleuchtung muss zielgerichtet gelenkt werden. Die Bestrahlung von Gehölzstrukturen, insbesondere des Waldrandes im Osten, ist zu vermeiden. Die Leuchten sind nach oben abzuschirmen und nach unten auszurichten, damit der Raum horizontal und oberhalb möglichst nicht angestrahlt wird. Die Leuchtenhöhe ist am tatsächlichen Bedarf auszurichten: Anzustreben ist eine möglichst tiefe Anbringung, da diese weniger Streulicht verursacht.
- Die Beleuchtungsdauer muss am tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Dies kann entweder mit Bewegungsmeldern oder mit Hilfe von Zeitschaltuhren erreicht werden. Nächtliche Abschaltungen zwischen 23:00-05:00 Uhr empfehlen sich. Auch eine Teilabschaltung mit Hilfe von Dimmung ist innerhalb der weniger stark genutzten Zeitintervalle ist vorstellbar.
- Um die Blend- und Lockwirkung für andere Organismen zu reduzieren, ist die Lichtfarbe an das Sehspektrum des Menschen anzupassen. Optimal ist hier eine neutral- bis warmweiße Farbtemperatur von 2400 K bis max. 3000 K.

Übrige Säugetiere

Die übrigen streng und besonders geschützten Säugetierarten kommen in der Region nicht vor bzw. für sie gibt es im überplanten Gebiet keine geeigneten Habitate, sodass eine Betroffenheit dieser Arten mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann.

b) Kriechtiere

Zauneidechse

Die wärmeliebende Zauneidechse besiedelt ein breites Biotopspektrum von strukturreichen Flächen (Gebüsch-Offenland-Mosaik) einschließlich Straßen-, Weg- und Uferändern. Geeignete Lebensräume sind wärmebegünstigt, bieten aber gleichzeitig Schutz vor zu hohen Temperaturen. Die Habitate müssen im Jahresverlauf ein Mosaik unterschiedlichster Strukturen aufweisen, um im Jahresverlauf trockene und gut isolierte Winterquartiere, geeignete Eiablageplätze, Möglichkeiten zur Thermoregulation, Vorkommen von Beutetieren und Deckungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Dabei ist häufig eine sehr enge Bindung der Zauneidechse an Sträucher oder Jungbäume festzustellen. Normalerweise Ende Mai bis Anfang Juli legen die Weibchen ihre ca. 5-14 Eier an sonnenexponierten, vegetationsarmen Stellen ab. Dazu graben sie wenige Zentimeter tiefe Erdlöcher oder -gruben. Je nach Sommertemperaturen schlüpfen die Jungtiere nach zwei bis drei Monaten. Das Vorhandensein besonderer Eiablageplätze mit grabbarem Boden bzw. Sand, ist einer der Schlüsselfaktoren für die Habitatqualität. Über die Winterquartiere, in der die Zauneidechsen von September/Okttober bis März/April immerhin den größten Teil ihres Lebens verbringen, ist kaum etwas bekannt. Die Art soll "üblicherweise" innerhalb des Sommerlebensraums überwintern. Die Wahl dieser Quartiere scheint in erster Linie von der Verfügbarkeit frostfreier Hohlräume abzuhängen. Grundsätzlich sind auch offene, sonnenexponierte Böschungen oder Gleisschotter geeignet. Da Zauneidechsen wechselwarme Tiere sind, die auf schnelle Temperaturzufuhr angewiesen ist, um aktiv werden zu können, werden Bereiche mit Ost-, West- oder Südexposition zum Sonnen bevorzugt. Die Tiere ernähren sich im Wesentlichen von bodenlebenden Insekten und Spinnen.

Schlingnatter

Die Art besiedelt ein breites Spektrum wärmebegünstigter, offener bis halboffener, strukturreicher Lebensräume. Entscheidend ist eine hohe Dichte an "Grenzlinienstrukturen", d. h. ein kleinräumiges Mosaik an stark bewachsenen und offenen Stellen sowie Gehölzen bzw. Gehölzrändern, gern auch mit Strukturen wie Totholz, Steinhaufen und Altgrasbeständen. Dort muss ein hohes Angebot an Versteck- und Sonnplätzen, aber auch Winterquartiere und vor allem ausreichend Beutetiere vorhanden sein. Deshalb werden trockene und Wärme speichernde Substrate bevorzugt, beispielsweise Hanglagen mit Halbtrocken- und Trockenrasen, Geröllhalden, felsige Böschungen oder aufgelockerte steinige Waldränder. Die Tiere besiedeln aber auch anthropogene Strukturen, insbesondere Bahndämme, Straßenböschungen, Steinbrüche, Trockenmauern, Hochwasserdämme oder Leitungstrassen, die auch als Wander- und Ausbreitungslinien wichtig sind. Insgesamt gelten Schlingnattern als sehr standorttreu. Mit Aktionsdistanzen von meist deutlich unter 500 Metern sind sie nicht sehr mobil, allerdings können Winterquartiere bis zu 2 km vom üblichen Jahreslebensraum entfernt sein.

Schlingnattern sind wie die meisten Reptilien tagaktiv, vorwiegend bei feucht-warmen Witterungsverhältnissen. Sie können über 10 Jahre alt werden, sind aber erst im 3. oder 4. Jahr geschlechtsreif. Die Paarung erfolgt von April bis Mai; die lebendgebärenden Weibchen setzen Ende Juli bis September durchschnittlich 4-8 Jungtiere ab, pflanzen sich aber nur alle zwei Jahre fort. Die Winterruhe - meist einzeln, in trockenen, frostfreien Erdlöchern oder Felsspalten - dauert je nach Witterungsverlauf von Anfang Oktober bis Anfang November und endet Mitte März bis Anfang Mai.

Zum Vorkommen der Zauneidechse und der Schlingnatter liegen aktuell keinerlei Nachweise vor.

Gemäß Vorgabe der unteren Naturschutzbehörde (telefonische Vorabstimmung mit Herrn Lang am 08.04.2022) wurde eine Überprüfung zum Vorkommen von Reptilien, insbesondere Zauneidechse veranlasst.

Die Überprüfung potenziell vorkommender Reptilienarten erfolgte durch das Büro für Artenschutzgutachten Markus Bachmann, Ansbach sowie ergänzend durch Herrn Simon Mayer, Landschaftsarchitekt.

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 wurden für die Art relevante Strukturen im Bereich des Plangebietes an folgenden Terminen nach Reptilien abgesehen:

13.05.2022, 27.05.2022, 03.06.2022, 14.06.2022

Ergänzend wurden für die Art relevante Strukturen im Bereich des Plangebietes durch Herrn Simon Mayer an folgenden Terminen nach Reptilien abgesehen:

09.06.2022, 23.06.2022

Die Reptilienerfassungen wurden bei geeigneten Wetterbedingungen durchgeführt. Bei den Erfassungsterminen vom Büro für Artenschutzgutachten Markus Bachmann sowie von Herrn Simon Mayer wurden keine Reptilien nachgewiesen.

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 konnte bei den durchgeführten Begehungen kein Vorkommen der Zauneidechse oder der Schlingnatter festgestellt werden. Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 „kommen keine geeigneten Habitatstrukturen“ für nach Anhang IV a) der FFH-Richtlinie geschützte Reptilienarten vor, sodass keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände erfüllt werden.

c) Lurche

Gemäß der Artenschutzkartierung sind keine Einträge zu dieser Artengruppe vorhanden. Im überplanten Gebiet gibt es keine geeigneten Habitate für diese Arten, sodass Vorkommen und Betroffenheiten aller Arten dieser Artengruppe sicher auszuschließen sind.

d) Fische

Für die einzige streng geschützte Fischart gibt es im überplanten Gebiet keine geeigneten Habitate, sodass eine Betroffenheit dieser Art sicher ausgeschlossen werden kann.

e) Libellen

Gemäß der Artenschutzkartierung sind keine Einträge zu dieser Artengruppe vorhanden. Im überplanten Gebiet gibt es keine geeigneten Habitate für diese Arten, sodass Vorkommen und Betroffenheiten aller Arten dieser Artengruppe sicher auszuschließen sind.

f) Käfer

Gemäß der Artenschutzkartierung sind keine Einträge zu dieser Artengruppe vorhanden. Im überplanten Gebiet gibt es keine geeigneten Habitate für diese Arten, sodass Vorkommen und Betroffenheiten aller Arten dieser Artengruppe sicher auszuschließen sind. hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.

g) Tagfalter

Gemäß der Artenschutzkartierung sind keine Einträge zu dieser Artengruppe vorhanden. Im überplanten Gebiet gibt es keine geeigneten Habitate für diese Arten, sodass Vorkommen und Betroffenheiten aller Arten dieser Artengruppe sicher auszuschließen sind.

h) Nachtfalter

Gemäß der Artenschutzkartierung sind keine Einträge zu dieser Artengruppe vorhanden. Im überplanten Gebiet gibt es keine geeigneten Habitate für diese Arten, sodass Vorkommen und Betroffenheiten aller Arten dieser Artengruppe sicher auszuschließen sind.

i) Schnecken

Gemäß der Artenschutzkartierung sind keine Einträge zu dieser Artengruppe vorhanden. Im überplanten Gebiet gibt es keine geeigneten Habitate für diese Arten, sodass Vorkommen und Betroffenheiten aller Arten dieser Artengruppe sicher auszuschließen sind.

j) Muscheln

Durch das Bauvorhaben erfolgt keine Beeinträchtigung von potenziell geeigneten Habitaten für diese Arten, sodass eine Betroffenheit dieser Artengruppe sicher auszuschließen ist.

k) Gefäßpflanzen

Über das Vorkommen von besonders geschützten Gefäßpflanzen liegen keine Nachweise vor. Infolge der vorhandenen Biotopstrukturen kann das Vorkommen von besonders geschützten Gefäßpflanzen mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Gemäß dem derzeitigen Kenntnisstand ist eine Betroffenheit von besonders geschützten Gefäßpflanzen nicht gegeben.

7.2 Europäische Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutz-Richtlinie

Durch das Planvorhaben sind intensiv bewirtschaftete Ackerflächen sowie bestehende Lagerflächen betroffen.

Gemäß Vorgabe der unteren Naturschutzbehörde (telefonische Vorabstimmung mit Herrn Lang am 08.04.2022) wurde eine Überprüfung zum Vorkommen von geschützten Vogelarten veranlasst.

Die Geländebegehungen zur Erfassung der Brutvögel erfolgten am 22.04.2022, 06.05.2022, 13.05.2022, 27.05.2022, 03.06.2022 sowie am 14.06.2022 durch das Büro für Artenschutzgutachten Markus Bachmann, Ansbach.

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 wurden bei den Begehungen zahlreiche Vogelarten nachgewiesen: „Einige sind als saP-relevant und dem Vorhaben gegenüber empfindlich einzustufen. Andere werden als „Allerweltsarten“ eingestuft, bei denen keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände zu erwarten sind. Die Allerweltsarten kommen allesamt aus der Gruppe der Waldrandbewohner und konnten dementsprechend auch nur am Waldrand im Osten des Vorhabensgebiets festgestellt werden.“

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 führt die Ausweisung des Plangebietes zu einem Lebensraumverlust für Feldvögel auf der Fläche und das neu entstehende Baugebiet verursacht Verdrängungseffekte für die Vögel der offenen Feldflur, sodass mit dem Verlust von zwei Feldlerchen-Revieren sowie einem Wiesenschafstelzenrevier zu rechnen ist.

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 sind deshalb für die bodenbrütenden Vogelarten Feldlerche und Schafstelze Maßnahmen zur Vermeidung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahme) zu ergreifen, damit Gefährdungen vermieden oder gemindert werden.

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 erfolgen außerdem Aussagen zu folgenden Vogelarten:

Am Waldrand, außerhalb des Untersuchungsgebiets konnte ein **Pirol** einmalig singend verhört werden. Durch den großen Abstand zum Bauvorhaben ist hier nicht mit Auswirkungen auf die lokale Population zu rechnen.

In dem Garten im Südosten des Bauvorhabens konnte eine **Dorngrasmücke** festgestellt werden. Da dieser Bereich nicht baulich verändert werden soll, ist nicht mit einer Betroffenheit dieser Art zu rechnen.

Die **Nachtigall** konnte im Vorhabensgebiet nicht nachgewiesen werden. Zur Erfassung der Art wurde eine zusätzliche Begehung am Abend durchgeführt. Auch hier konnte die Art nicht festgestellt werden. Es ist durch das Bauvorhaben nicht mit einer Verschlechterung der lokalen Population zu rechnen.

Die gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann festgelegten Maßnahmen sind unter Punkt 8. aufgeführt.

Das Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 ist den saP-Unterlagen als Anlage beigefügt.

7.3 Weitere streng geschützte Arten (Bundesartenschutzverordnung - BArtSchV)

a) Libellen

Über das Vorkommen von streng geschützten Arten liegen keine Nachweise vor. Infolge der vorhandenen Biotopstrukturen kann das Vorkommen von streng geschützten Arten mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Gemäß dem derzeitigen Kenntnisstand ist eine Betroffenheit von streng geschützten Arten nicht gegeben.

b) Heuschrecken

Über das Vorkommen von streng geschützten Arten liegen keine Nachweise vor. Infolge der vorhandenen Biotopstrukturen kann das Vorkommen von streng geschützten Arten mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Gemäß dem derzeitigen Kenntnisstand ist eine Betroffenheit von streng geschützten Arten nicht gegeben.

c) Käfer

Über das Vorkommen von streng geschützten Arten liegen keine Nachweise vor. Infolge der vorhandenen Biotopstrukturen kann das Vorkommen von streng geschützten Arten mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Gemäß dem derzeitigen Kenntnisstand ist eine Betroffenheit von streng geschützten Arten nicht gegeben.

d) Netzflügler

Über das Vorkommen von streng geschützten Arten liegen keine Nachweise vor. Infolge der vorhandenen Biotopstrukturen kann das Vorkommen von streng geschützten Arten mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Gemäß dem derzeitigen Kenntnisstand ist eine Betroffenheit von streng geschützten Arten nicht gegeben.

e) Tagfalter

Über das Vorkommen von streng geschützten Arten liegen keine Nachweise vor. Infolge der vorhandenen Biotopstrukturen kann das Vorkommen von streng geschützten Arten mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Gemäß dem derzeitigen Kenntnisstand ist eine Betroffenheit von streng geschützten Arten nicht gegeben.

f) Nachtfalter

Über das Vorkommen von streng geschützten Arten liegen keine Nachweise vor. Infolge der vorhandenen Biotopstrukturen kann das Vorkommen von streng geschützten Arten mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Gemäß dem derzeitigen Kenntnisstand ist eine Betroffenheit von streng geschützten Arten nicht gegeben.

g) Krebse

Im überplanten Gebiet gibt es keine geeigneten Habitate für diese Arten, sodass Vorkommen und Betroffenheiten aller Arten dieser Artengruppe sicher auszuschließen sind.

h) Spinnen

Über das Vorkommen von streng geschützten Spinnen liegen keine Nachweise vor. Infolge der vorhandenen Biotopstrukturen kann das Vorkommen von streng geschützten Spinnen mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Gemäß dem derzeitigen Kenntnisstand ist eine Betroffenheit von streng geschützten Spinnen nicht gegeben.

i) Muscheln

Im überplanten Gebiet gibt es keine geeigneten Habitate für diese Arten, sodass Vorkommen und Betroffenheiten aller Arten dieser Artengruppe sicher auszuschließen sind.

j) Gefäßpflanzen

Über das Vorkommen von streng geschützten Gefäßpflanzen liegen keine Nachweise vor. Infolge der vorhandenen Biotopstrukturen kann das Vorkommen von streng geschützten Gefäßpflanzen mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Gemäß dem derzeitigen Kenntnisstand ist eine Betroffenheit von streng geschützten Gefäßpflanzen nicht gegeben.

k) Flechten

Über das Vorkommen von streng geschützten Flechten liegen keine Nachweise vor. Infolge der vorhandenen Biotopstrukturen kann das Vorkommen von streng geschützten Flechten mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Gemäß dem derzeitigen Kenntnisstand ist eine Betroffenheit von streng geschützten Flechten nicht gegeben.

8. Maßnahmen zur Vermeidung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität

8.1 Maßnahmen zur Vermeidung

Folgende Vorkehrungen zur Vermeidung werden durchgeführt, um Gefährdungen von Tier- und Pflanzenarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und von Vogelarten zu vermeiden:

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 sind deshalb folgende Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung zu beachten:

Die Ermittlung der Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG erfolgt unter Berücksichtigung folgender Vermeidungsmaßnahmen. Diese sind daher unbedingt einzuhalten:

- **M01:** Gehölzfällungen sind außerhalb der Schutzzeiten für Brutvögel, also im Zeitraum zwischen 1. Oktober bis 28./29. Februar durchzuführen.
- **M02:** In den Monaten April bis Juni ist eine Vergrämung der Bodenbrüter vor und während der Bauphase bei Baustopps zwingend nötig, damit die Vögel den Bereich der Baufläche nicht als Brutrevier besiedeln. Hierfür müssen ca. 2 m hohe Stangen (über Geländeoberfläche) mit daran befestigten Absperrbändern von ca. 1-2 m Länge innerhalb der eingriffsrelevanten Fläche aufgestellt werden. Die Stangen müssen in regelmäßigen Abständen von etwa 25 m aufgestellt werden.

Gemäß Vorgabe der unteren Naturschutzbehörde (Email vom 10.08.2022) müssen die Vergrämungsmaßnahmen bereits ab Mitte März (15.03.) begonnen werden.

- **M03:** Wo nicht zwangsläufig Gehölze zur Umsetzung des Bauvorhabens entfernt werden müssen, muss die momentane Vegetation erhalten bleiben. Zu den zu erhaltenden Gehölzen muss dauerhaft ein 3 m breiter Pufferstreifen eingehalten werden. In diesem Bereich muss ein Altgrasstreifen entwickelt werden. Hierfür muss dieser Bereich einmal jährlich, allerdings frühestens ab 15. Juli gemäht werden. Das Mahdgut ist abzutransportieren.

- **M04:** Wird eine Eingrünung gepflanzt, muss auf die Verwendung heimischer, standortgerechter Sträucher geachtet werden. Fruchtttragende Gehölze sind zu bevorzugen. Als mögliche Straucharten eignen sich hier beerentragende Gehölze, wie zum Beispiel Heckenrose (*Rosa canina*), Roter Holunder (*S. racemosa*), Eingrifflicher (*Crataegus monogyna*) und Zweigriffliger Weißdorn (*C. laevigata*). Hohe Bäume sind als Eingrünung zu vermeiden, da sonst die Meidedistanz für die Bodenbrüter noch weiter erhöht wird.

Gemäß Vorgabe der unteren Naturschutzbehörde (Email vom 10.08.2022) ist in der Pflanzenauswahl der Rote Holunder durch den Schwarzen Holunder (*Sambucus nigra*) zu ersetzen. Es erfolgt außerdem der Hinweis, dass die Vorgabe, dass hohe Bäume als Eingrünung zu vermeiden sind (da sonst die Meidedistanz für die Bodenbrüter noch weiter erhöht wird) nur für die südliche Randeingrünung gilt.

• **M05:** Um eine Bestrahlung von Flugrouten, potenziellen Quartieren oder Jagdgebieten der Fledermäuse zu verhindern sowie die Insektenfauna zu schützen, sind folgende Punkte bezüglich der Geländebeleuchtung zu beachten:

- Der Beleuchtung des Geländes muss eine eindeutige Notwendigkeit zu Grunde liegen. Beleuchtung als Dekoration oder zu Werbezwecken im Außenbereich ist zu unterlassen.
- Die Lichtintensität der geplanten Beleuchtung muss situationsangepasst angemessen sein. Abseits der Stoßzeiten kann die Beleuchtungsintensität oftmals vermindert werden. Im urbanen Raum beträgt die maximale Leuchtdichte für Flächen über 10m² 2-5cd/m².
- Die Beleuchtung muss zielgerichtet gelenkt werden. Die Bestrahlung von Gehölzstrukturen, insbesondere des Waldrandes im Osten, ist zu vermeiden. Die Leuchten sind nach oben abzuschirmen und nach unten auszurichten, damit der Raum horizontal und oberhalb möglichst nicht angestrahlt wird. Die Leuchtenhöhe ist am tatsächlichen Bedarf auszurichten: Anzustreben ist eine möglichst tiefe Anbringung, da diese weniger Streulicht verursacht.
- Die Beleuchtungsdauer muss am tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Dies kann entweder mit Bewegungsmeldern oder mit Hilfe von Zeitschaltuhren erreicht werden. Nächtliche Abschaltungen zwischen 23:00-05:00 Uhr empfehlen sich. Auch eine Teilabschaltung mit Hilfe von Dimmung ist innerhalb der weniger stark genutzten Zeitintervalle ist vorstellbar.
- Um die Blend- und Lockwirkung für andere Organismen zu reduzieren, ist die Lichtfarbe an das Sehspektrum des Menschen anzupassen. Optimal ist hier eine neutral- bis warmweiße Farbtemperatur von 2400 K bis max. 3000 K.

Gemäß Vorgabe der unteren Naturschutzbehörde (Stellungnahme vom 15.06.2022) ist zudem Folgendes zu beachten:

„Zum allgemeinen und besonderen Artenschutz gemäß §§ 39 Abs. 1 und 44 Abs. 1 und 5 BNatSchG:

Zur Vermeidung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG, insb. unmittelbar vor Baubeginn und aus Gründen des allg. Artenschutzes nach § 39 Abs. 1 BNatSchG, ist darauf zu achten, dass die für die Erschließung benötigten Flächen und die neuen Bauflächen nicht brach – ohne Bearbeitung – über lange Zeit liegen bleiben. Solche Dauerbrachen wirken wie Magnete auf die Tierwelt und es besteht die Gefahr, dass durch eine plötzliche Aufnahme der Bautätigkeit, Tiere, wie brütende Vögel und Zauneidechsen etc., durch Baumaschinen umkommen. Wenn im Frühjahr (ab Mitte April) mit der Erschließung begonnen werden soll, ist dafür Sorge zu tragen, dass die für die Bebauung vorgesehenen Flächen bis spätestens Ende März umgebrochen werden. Dann müssen die Flächen im Frühjahr wöchentlich mit einem Grubber oder einem anderen Ackergerät bis zum Baubeginn bearbeitet werden, damit sich keine Brutvögel oder andere Tiere auf diesen Flächen wohl fühlen können.

Werden die Bauflächen nicht sofort erschlossen oder bebaut, können diese das ganze Jahr über brach liegen bleiben oder bis zum Baubeginn ackerbaulich genutzt werden. Dann kann für diese Flächen in den folgenden Jahren analog, wie vorher beschrieben, verfahren werden.

Kann diese Vorgehensweise nicht umgesetzt bzw. eingehalten werden und soll während der Brutzeit (Mitte März bis Mitte Juli) mit dem Bauen begonnen werden, sind während der Brutzeit von Mitte März bis Mitte Juli die vorgesehenen Bauflächen auf Vorkommen von Brutvögeln zu untersuchen. Die Untersuchungsergebnisse sind jeweils der unteren Naturschutzbehörde vorzulegen.“

Gemäß Vorgabe der unteren Naturschutzbehörde (Stellungnahme vom 15.06.2022) ist zur Vermeidung / Minderung von möglichen erheblichen Beeinträchtigungen der im angrenzenden Waldgebiet lebenden Vogelarten Folgendes zu beachten:

Mit der Bepflanzung am östlichen Rand des Baugebietes ist ein natürlicher Waldrand anzulegen mit der Anlage vielfältiger Strukturen wie z.B. Einbau von Totholz als Baumstämme, Starkäste, Lesesteine, freie Stellen ohne Bepflanzung und ohne Einsaat. Die Pflanzdichte sollte ca. 1 Pflanze pro 2 m² Randeingrünung betragen.

Mit der Ausführung dieser Waldrandgestaltung werden Abstandsflächen zwischen den geplanten Gewerbeflächen und dem östlich angrenzenden Waldgebiet geschaffen, sodass die Auswirkungen auf die Lebensgemeinschaften am Westrand des Waldes gemindert und erhebliche Beeinträchtigungen vermieden werden können.

8.2 Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 ist folgende vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität erforderlich:

Anlegen einer Feldvogelfläche (Flächengröße der Maßnahme mind. 1,0 ha)

- **CEF01:** Als Ersatz für die zerstörte Fortpflanzungsstätte der Feldlerche muss an geeigneter Stelle eine 1 ha (pro Brutpaar 0,5 ha) große **Blühfläche/streifen** oder **Ackerbrache** entstehen. Die Fläche kann sich aus mehreren, mindestens 0,2 ha großen Teilflächen zusammensetzen. Ein Wechsel der Fläche ist jährlich möglich, spätestens alle drei Jahre verpflichtend. Die Fläche(n) sind lückig anzusäen, um Rohbodenstellen zu erhalten. Der Einsatz von Pestiziden oder Düngemitteln ist innerhalb der Fläche nicht zulässig. Es darf keine Unkrautbekämpfung (weder chemisch, mechanisch oder thermisch) stattfinden.

- **CEF02:** Alternativ hierzu kann auch an geeigneter Stelle eine 1 ha (0,5 ha pro Brutpaar) große **Wechselbrache** angelegt werden. Die Fläche ist nicht einzusäen und im jährlichen Wechsel jeweils zur Hälfte umzubrechen. Die gesamte Fläche kann im Spätsommer gemäht werden. Das Mahdgut ist zwingend zu entfernen. Weitere Bearbeitungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen. Der Einsatz von Pestiziden oder Düngemitteln ist innerhalb der Fläche nicht zulässig. Es darf keine Unkrautbekämpfung (weder chemisch, mechanisch oder thermisch) stattfinden.

- **CEF03:** Alternativ hierzu kann auch auf geeigneten Flächen im Getreideanbau ein **erweiterter Saatreihenabstand** eingehalten werden. Insgesamt werden 2 ha (1ha pro Brutpaar) benötigt (keine Bildung von Teilflächen > 1 ha möglich). Es ist mit dreifachen Saatreihenabstand, jedoch mit mindestens 30 cm Abstand einzusäen. Der Einsatz von Pestiziden oder Düngemitteln ist innerhalb dieser Fläche nicht zulässig. Es darf keine Unkrautbekämpfung (weder chemisch, mechanisch oder thermisch) stattfinden. Ein jährlicher Wechsel der Fläche ist möglich.)

Für die Umsetzung der CEF-Maßnahmen CEF01 oder CEF02 stellt die Gemeinde Rödelsee die erforderlichen Ausgleichsflächen im Umfang von 1,0 ha auf einer Teilfläche der Fl.Nr. 779, Gemarkung Rödelsee (im südlichen Teil des Grundstücks) zur Verfügung (Katasterfläche: 3,7130 ha).

Gemäß BauGB § 9 Abs. 1 Nr. 20 gilt für die Teilfläche der Fl.Nr. 779, Gemarkung Rödelsee folgende Festsetzung:

Umgrenzung von Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Hinweis:

Auf der Fl.Nr. 779 sind bereits 2,5 ha als Ausgleichsfläche für Feldvögel ausgewiesen (im Nordteil des Grundstücks). Im südlichen Teil des Grundstücks stehen noch ca. 1,2 ha zur Verfügung.

Die erforderlichen Ausgleichsflächen sind vor dem Eingriff funktionsfähig bereitzustellen und umzusetzen.

9. Zusammenfassung

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes weist die Gemeinde Rödelsee im Ortsteil Fröhstockheim ein ca. 2,80 ha großes Gewerbegebiet aus.

Das Plangebiet liegt am Südrand des Gewerbegebietes Rödelsee „Am Wald“, wird als Gewerbegebiet ausgewiesen und umfasst eine Fläche von ca. 2,80 ha.

Die Planung entwickelt sich aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan.

Das Plangebiet liegt auf der Höhe zwischen ca. 230 m und 245 m ü. NN. und das Gelände fällt in nördliche Richtung hin ab. Das Plangebiet grenzt südlich an bestehende Gewerbeflächen an und ist durch bestehende Lager- und Wegflächen sowie Ackerflächen geprägt. Östlich des Plangebietes befinden sich Waldflächen, westlich und südlich des Plangebietes befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen (Ackerflächen).

An das Plangebiet grenzt südlich und östlich das SPA-Gebiet 6227-471 „Südliches Steigerwaldvorland“ (EU-Vogelschutzgebiet) an.

Im Plangebiet befinden sich keine kartierten Flächen der amtlichen Biotopkartierung. Gemäß der Artenschutzkartierung des Landesamtes für Umweltschutz befindet sich im Plangebiet ein Eintrag (Feldlerche, Schafstelze). Im Eingriffsbereich sind Vorbelastungen durch bestehende Nutzungsintensitäten (Ackernutzung) sowie durch benachbarte Gewerbeflächen gegeben.

Durch das Vorhaben entsteht ein Verlust der natürlichen Bodenfunktionen durch Flächenversiegelung verbunden mit einer Reduzierung der Grundwasserneubildung im Bereich der versiegelten Flächen. Hinsichtlich des Schutzgutes „Arten und Lebensräume“ findet infolge der bau- und anlagenbedingten Inanspruchnahme ein Verlust von intensiv bewirtschafteten Ackerflächen statt. Baubedingte Wirkungen bestehen durch die Gefahr von Schadstoffeinträgen (z.B. Betriebs- und Schmierstoffe von Baumaschinen). Zu den betriebsbedingten Auswirkungen zählen die Emissionen durch Lieferverkehr.

Gemäß Vorgabe der unteren Naturschutzbehörde wurde eine Überprüfung zum Vorkommen von Reptilien, insbesondere Zauneidechse veranlasst. Die Überprüfung potenziell vorkommender Reptilienarten erfolgte durch das Büro für Artenschutzgutachten Markus Bachmann, Ansbach sowie ergänzend durch Herrn Simon Mayer, Landschaftsarchitekt. Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 konnte bei den durchgeführten Begehungen kein Vorkommen der Zauneidechse oder der Schlingnatter festgestellt werden. Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 „kommen keine geeigneten Habitatstrukturen“ für nach Anhang IV a) der FFH-Richtlinie geschützte Reptilienarten vor, sodass keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände erfüllt werden.

Gemäß Vorgabe der unteren Naturschutzbehörde wurde eine Überprüfung zum Vorkommen von geschützten Vogelarten veranlasst.

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 führt die Ausweisung des Plangebietes zu einem Lebensraumverlust für Feldvögel auf der Fläche und das neu entstehende Baugebiet verursacht Verdrängungseffekte für die Vögel der offenen Feldflur, sodass mit dem Verlust von zwei Feldlerchen-Revieren sowie einem Wiesenschafstelzenrevier zu rechnen ist.

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 sind deshalb für die bodenbrütenden Vogelarten Feldlerche und Schafstelze Maßnahmen zur Vermeidung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahme) zu ergreifen, damit Gefährdungen vermieden oder gemindert werden.

Die gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann festgelegten Maßnahmen sind unter Punkt 8. aufgeführt. Weiterhin sind gemäß Vorgabe der unteren Naturschutzbehörde zu beachtende Vermeidungsmaßnahmen unter Punkt 8.1 aufgeführt.

Bei Beachtung der festgelegten Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen kann mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden, dass keine Verbotstatbestände ausgelöst werden können.

Das Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 ist den saP-Unterlagen als Anlage beigelegt.

Die Gemeinde Rödelsee stellt die erforderlichen Ausgleichsflächen im Umfang von 1,0 ha auf einer Teilfläche der Fl.Nr. 779, Gemarkung Rödelsee (im südlichen Teil des Grundstücks) zur Verfügung (Katasterfläche: 3,7130 ha).

Gemäß BauGB § 9 Abs. 1 Nr. 20 gilt für die Teilfläche der Fl.Nr. 779, Gemarkung Rödelsee folgende Festsetzung:

Umgrenzung von Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Die erforderlichen Ausgleichsflächen sind vor dem Eingriff funktionsfähig bereitzustellen und umzusetzen.

aufgestellt: 23.08.2022

Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt Simon Mayer
Würzburger Straße 53, 97250 Erlabrunn

A Grundinformation			
Name des Projektes oder Plans	Gemeinde Rödelsee, Ortsteil Fröhstockheim Vorhabenbezogener Bebauungsplan im Gewerbegebiet Fröhstockheim, Firma InfraProfil GmbH		
Natura 2000-Gebiet	Nr. DE 6227-471	Name Südliches Steigerwaldvorland	FFH oder/und SPA SPA
Kurze Beschreibung des Projektes oder Plans	Aufstellung Vorhabenbezogener Bebauungsplan im Gewerbegebiet Fröhstockheim, Firma InfraProfil GmbH Fläche: ca. 2,80 ha		
Vorliegende Unterlagen	<p>- Planung Bebauungsplan: Röschert Ingenieure, Moltkestr. 7, 97082 Würzburg Tel.: 0931 / 497378-0; e-mail: info@roe-ingenieure.de Internet: http://www.roe-ingenieure.de</p> <p>- Anlage 1: Lage Plangebiet zum SPA-Gebiet</p> <p>- Anlage 2: Artenschutzrechtliches Gutachten vom Büro für Artenschutzgutachten Markus Bachmann, Ansbach vom 18.07.2022</p>		
Vorhabensträger (Name, Adresse, Telefon, Fax, E-Mail)	Gemeinde Rödelsee, An den Kirchen 2, 97348 Rödelsee Tel. 09323 / 89952 info@vgem.iphofen.de www.roedelsee.de		
Genehmigungsbehörde	Landratsamt Kitzingen		
Naturschutzbehörde	Untere Naturschutzbehörde im Landratsamt Kitzingen		

NATURA 2000 Bayern - Verträglichkeitsabschätzung / Vorprüfung

Vogelarten des Anhangs I VS-RL gemäß Natura 2000-Verordnung

EU-Code:	Wissenschaftlicher Name:	Deutscher Name:
A321	<i>Ficedula albicollis</i>	Halsbandschnäpper
A246	<i>Lullula arborea</i>	Heidelerche
A379	<i>Emberiza hortulana</i>	Ortolan
A081	<i>Circus aeruginosus</i>	Rohrweihe
A074	<i>Milvus milvus</i>	Rotmilan
A236	<i>Dryocopus martius</i>	Schwarzspecht
A072	<i>Pernis apivorus</i>	Wespenbussard
A084	<i>Circus pygargus</i>	Wiesenweihe

Zugvögel nach Art. 4 (2) VS-RL gemäß Natura 2000-Verordnung

EU-Code:	Wissenschaftlicher Name:	Deutscher Name:
A153	<i>Gallinago gallinago</i>	Bekassine
A309	<i>Sylvia communis</i>	Dorngrasmücke
A746	<i>Emberiza calandra</i>	Grauammer
A142	<i>Vanellus vanellus</i>	Kiebitz
A653	<i>Lanius excubitor</i>	Raubwürger
A210	<i>Streptopelia turtur</i>	Turteltaube
A233	<i>Jynx torquilla</i>	Wendehals
A232	<i>Upupa epops</i>	Wiedehopf
A260	<i>Motacilla flava</i>	Wiesenschafstelze

Größe des Schutzgebiets: 5.467 ha

Naturschutzfachliche Bedeutung:

Naturnahe und artenreiche Eichen-Buchenwälder umgeben von Äckern und Streuobstäckern, ergänzt durch ein Mosaik aus naturnahen Waldsäumen, Gehölzen, Hecken und Einzelbäumen

Verbreitungsschwerpunkt des Ortolans in Bayern sowie von Waldvögeln (vor allem Spechte), bedeutsames Neuntöter-Vorkommen, die Äcker sind darüber hinaus Nahrungs-, die Wälder Bruthabitate des Rotmilans und weiterer Greifvögel

traditionelle noch teilweise sehr kleinteilig bewirtschaftete Kulturlandschaft

Gebietsbezogene Konkretisierungen der Erhaltungsziele:

<p>Erhalt ggf. Wiederherstellung der naturnahen, artenreichen Kiefern-, Misch- und Laubwälder, insbesondere der noch großflächig zusammenhängenden Mittelwälder, umgeben von Äckern und Streuobstäckern, ergänzt durch ein Mosaik aus naturnahen Waldsäumen, Feldgehölzen, Hecken, Einzelbäumen, Streuobstbeständen, mageren, lückigen Offenflächen, Sandmagerrasen, Niedermoor und Streuwiesenresten, Gräben, Nass- und Feuchtgrünland, Röhricht und Stillgewässern in Wald und Offenland mit großflächigen Verlandungsbereichen. Erhalt ggf. Wiederherstellung der weitläufigen Acker-Waldrand-Übergänge. Erhalt ggf. Wiederherstellung der Bachtäler mit begleitenden Gehölzsäumen und Auwald-Abschnitten für eine Vielzahl an Vogelarten. Erhalt ggf. Wiederherstellung von artenreichen Brachen, Säumen, strukturreichen und gestuften Waldrändern.</p>
<p>1. Erhalt ggf. Wiederherstellung der Populationen von Schwarzspecht und Halsbandschnäpper sowie ihrer Lebensräume, insbesondere großflächiger, störungsarmer Buchenwälder und ausreichend unzerschnittener, altholzreicher Laubwälder mit hohem Eichenanteil und naturnaher Struktur und Baumartenzusammensetzung. Erhalt eines ausreichenden Angebots an Höhlen und Biotopbäumen sowie Totholz als Brut- und Nahrungsbäume. Erhalt ggf. Wiederherstellung von mageren inneren und äußeren Waldsäumen sowie offenen Waldstrukturen und Lichtungen als Lebensräume boden- und holzbewohnender Ameisen (Nahrungsgrundlage für den Schwarzspecht) und als Nahrungshabitat von Wespenbussard und Rotmilan.</p>
<p>2. Erhalt ggf. Wiederherstellung der Populationen von Wespenbussard und Rotmilan sowie ihrer Lebensräume, insbesondere großflächiger, störungsarmer, ausreichend unzerschnittener Wald Offenland-Gebiete, auch als Lebensraum für die Turteltaube, mit stärkeren Altholzbeständen, Feldgehölzen, Streuobstwiesen, Einzelbäumen und Baumreihen als Bruthabitate sowie lichten Strukturen und extensiv genutzten Offenlandbereichen mit Hecken, Säumen und Magerwiesen als Nahrungshabitate. Erhalt ggf. Wiederherstellung störungsarmer Räume um die Brutplätze, insbesondere zur Brut- und Aufzuchtzeit (Radius i.d.R. 200 m) und Erhalt der Horstbäume.</p>
<p>3. Erhalt ggf. Wiederherstellung der Populationen von Dorngrasmücke, Raubwürger, Ortolan, Grauammer, Heidelerche, Wiedehopf, Turteltaube und Wendehals sowie ihrer Lebensräume, insbesondere struktur- und insektenreicher, großflächiger und ausreichend unzerschnittener Wald-Offenland-Komplexe mit offenen und halboffenen Lebensräumen, einer weiträumigen Verzahnung mit den Ackergebieten sowie vielfältigen Kleinstrukturen wie Säumen, Brachen, Magerrasen, Streuobstbeständen, wärmeliebenden Gebüsch, kleinen Gehölzen und Einzelbäumen, auch als Singwarten (z. B. für Grauammer, Ortolan).</p>
<p>4. Erhalt ggf. Wiederherstellung der Populationen von Wiesenweihe, Kiebitz und Wiesenschafstelze sowie ihrer Lebensräume, insbesondere offener und weiträumiger Acker und Grünlandflächen, auch als Sekundär-Lebensraum der Rohrweihe. Gewährleistung einer Bewirtschaftungsruhe an Brutplätzen von Wiesen- und Rohrweihe in landwirtschaftlichen Nutzflächen.</p>
<p>5. Erhalt ggf. Wiederherstellung der Populationen von Bekassine und Rohrweihe sowie ihrer Lebensräume, insbesondere Kleingewässer mit ausgeprägten, strukturreichen Verlandungsbereichen und ausreichend großen Schilf- und Altgrasbeständen sowie störungsarmer Feucht- und Nasswiesen mit einem abgestimmten Mahd- und Nutzungsmosaik, um ein gleichmäßig vorhandenes Angebot an niedrigwüchsigen Wiesen und deckungsreichen Nahrungs-, Schlaf- und Rückzugsflächen (Bekassine) und Ansitzwarten (Rohrweihe) zu gewährleisten.</p>

B Durch das Vorhaben <i>betroffene</i> Schutzgüter gemäß Erhaltungsziel/Schutzzweck		
LRT/Arten	Wirkfaktoren (bau-, anlagen-, betriebsbedingt)	Mögliche erhebliche Beeinträchtigungen
A260 Wiesenschafstelze	Verdrängungseffekt infolge der Inanspruchnahme von an das SPA-Gebiet angrenzenden Flächen	können unter Berücksichtigung der durchzuführenden Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden (siehe nachfolgende Begründung)

Begründung:

Das SPA-Gebiet grenzt südlich und östlich an die geplanten Gewerbeflächen an. Durch das Planvorhaben sind intensiv bewirtschaftete Ackerflächen sowie bestehende Lagerflächen betroffen.

Gemäß Vorgabe der unteren Naturschutzbehörde wurde eine Überprüfung zum Vorkommen von geschützten Vogelarten veranlasst.

Die Geländebegehungen zur Erfassung der Brutvögel erfolgten am 22.04.2022, 06.05.2022, 13.05.2022, 27.05.2022, 03.06.2022 sowie am 14.06.2022 durch das Büro für Artenschutzgutachten Markus Bachmann, Ansbach.

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 wurden bei den Begehungen zahlreiche Vogelarten nachgewiesen: „Einige sind als saP-relevant und dem Vorhaben gegenüber empfindlich einzustufen. Andere werden als „Allerweltsarten“ eingestuft, bei denen keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände zu erwarten sind. Die Allerweltsarten kommen allesamt aus der Gruppe der Waldrandbewohner und konnten dementsprechend auch nur am Waldrand im Osten des Vorhabensgebiets festgestellt werden.“

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 führt die Ausweisung des Plangebietes zu einem Lebensraumverlust für Feldvögel auf der Fläche und das neu entstehende Baugebiet verursacht Verdrängungseffekte für die Vögel der offenen Feldflur, sodass mit dem Verlust von zwei Feldlerchen-Revieren sowie einem Wiesenschafstelzenrevier zu rechnen ist.

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 sind deshalb für die bodenbrütenden Vogelarten Feldlerche und Schafstelze Maßnahmen zur Vermeidung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahme) zu ergreifen, damit Gefährdungen vermieden oder gemindert werden.

- Anlegen einer Feldvogelfläche (Flächengröße der Maßnahme mind. 1,0 ha)

NATURA 2000 Bayern - Verträglichkeitsabschätzung / Vorprüfung

Gemäß Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 erfolgen außerdem Aussagen zu folgenden Vogelarten:

- Am Waldrand, außerhalb des Untersuchungsgebiets konnte ein **Pirol** einmalig singend verheard werden. Durch den großen Abstand zum Bauvorhaben ist hier nicht mit Auswirkungen auf die lokale Population zu rechnen.
- In dem Garten im Südosten des Bauvorhabens konnte eine **Dorngrasmücke** festgestellt werden. Da dieser Bereich nicht baulich verändert werden soll, ist nicht mit einer Betroffenheit dieser Art zu rechnen.
- Die **Nachtigall** konnte im Vorhabensgebiet nicht nachgewiesen werden. Zur Erfassung der Art wurde eine zusätzliche Begehung am Abend durchgeführt. Auch hier konnte die Art nicht festgestellt werden. Es ist durch das Bauvorhaben nicht mit einer Verschlechterung der lokalen Population zu rechnen.

Das Gutachten des Büros für Artenschutzgutachten Markus Bachmann vom 18.07.2022 ist den saP-Unterlagen als Anlage beigefügt.

Zusammenfassend können aus folgenden Gründen mögliche erhebliche Beeinträchtigungen des SPA-Gebietes mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden:

- Das Planvorhaben liegt vollständig außerhalb des Schutzgebietes
- im Rahmen der Geländebegehungen zur Erfassung der Avifauna im Jahr 2022 durch das Büro für Artenschutzgutachten Markus Bachmann wurden auf der durch das Vorhaben betroffenen Ackerfläche sowie auf der südlich angrenzenden Teilfläche des SPA-Gebietes keine Vogelarten des Anhangs I VS-RL gemäß Natura 2000-Verordnung nachgewiesen
- infolge der Inanspruchnahme von Ackerflächen außerhalb des Schutzgebietes in der unmittelbaren Lage neben bestehenden Gewerbeflächen kann eine Beeinträchtigung von Zugvögeln mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden
- im Rahmen des Bauleitplanverfahrens werden vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität durchgeführt (Anlegen einer Feldvogelfläche bestehend aus Blühfläche/Blühstreifen und Ackerbrache), wodurch infolge der Durchführung habitatverbessernder Maßnahmen ein Ausgleich der entstehenden Verdrängungseffekte erreicht wird.
Von dieser Fläche profitieren weitere Feldvogelarten sowie potenziell weitere Arten (z.B. Reptilien, Heuschrecken, Schmetterlinge u.a.).
- um die Meidedistanz für Bodenbrüter so gering wie möglich zu halten, wird im Rahmen des Bauleitplanverfahrens am Südrand des Plangebietes eine niedrigwüchsige Eingrünung vorgesehen und es werden keine Bäume gepflanzt
- da das Plangebiet nach Norden hin abfällt und weil im Plangebiet vornehmlich Lagerflächen und keine hohen Gebäude geplant sind, ist die Meidedistanz für Bodenbrüter deutlich verringert (am Südrand des Plangebietes ist eine Böschung geplant, sodass die geplanten Lagerflächen deutlich tiefer als das bestehende Gelände eingestellt sind)

NATURA 2000 Bayern - Verträglichkeitsabschätzung / Vorprüfung

- Gemäß Vorgabe der unteren Naturschutzbehörde (Stellungnahme vom 15.06.2022) ist zur Vermeidung / Minderung von möglichen erheblichen Beeinträchtigungen der im angrenzenden Waldgebiet lebenden Vogelarten Folgendes zu beachten:

Mit der Bepflanzung am östlichen Rand des Baugebietes ist ein natürlicher Waldrand anzulegen mit der Anlage vielfältiger Strukturen wie z.B. Einbau von Totholz als Baumstämme, Starkäste, Lesesteine, freie Stellen ohne Bepflanzung und ohne Einsaat.

Die Pflanzdichte sollte ca. 1 Pflanze pro 2 m² Randeingrünung betragen.

Mit der Ausführung dieser Waldrandgestaltung werden Abstandsflächen zwischen den geplanten Gewerbeflächen und dem östlich angrenzenden Waldgebiet geschaffen, sodass die Auswirkungen auf die Lebensgemeinschaften am Westrand des Waldes gemindert und erhebliche Beeinträchtigungen vermieden werden können.

C Summationswirkung

Ist das geplante Vorhaben im Zusammenwirken mit anderen Projekten oder Plänen geeignet, die für die Erhaltungsziel/Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile des Natura 2000-Gebietes offensichtlich oder möglicherweise erheblich zu beeinträchtigen?

LRT/Arten	Projekt/Plan	Wirkfaktoren (bau-, anlagen-, betriebsbedingt)	Mögliche erhebliche Beeinträchtigungen
potenziell v.a. bodenbrütende Vogelarten	geplantes Wohngebiet „Am Schwanberg“ am Südrand der Ortslage Rödelsee, ca. 300 m zum SPA-Gebiet entfernt	Wohnbebauung	Verdrängungseffekte sind infolge der Lage ca. 300 m vom SPA-Gebiet entfernt mit dazwischenliegenden bestehenden Gebäuden, Sportflächen und Anpflanzungen nicht zu erwarten

D Ergebnis	
Aufgrund der oben durchgeführten FFH-VA sind erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele auszuschließen	
<input checked="" type="checkbox"/> ja	Vorhaben ist mit dem Schutzzweck bzw. den Erhaltungszeilen verträglich
<input type="checkbox"/> nein	FFH-VP erforderlich
<input type="checkbox"/> Im Rahmen der oben durchgeführten FFH-VA konnte keine eindeutige Klärung der Auswirkungen auf die Erhaltungsziele herbeigeführt werden; es verbleiben Zweifel	FFH-VP erforderlich

Die FFH-VA wurde durchgeführt	
am 23.08.2022	von Simon Mayer Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt Würzburger Straße 53 97250 Erlabrunn Mobil 0151-74397348 ib-mayer@outlook.de
Unterschrift	

Die FFH-VA wurde an die uNB zur Eingabe in die VA/VP-Datenbank weitergegeben	
am	von
Unterschrift	

Gemeinde Rödelsee, Ortsteil Fröhstockheim

Vorhabenbezogener Bebauungsplan im GE Fröhstockheim, Firma InfraProfil GmbH

SPA-VA

Anlage 1:

Lage Plangebiet (rot umrandet) zum SPA-Gebiet (braugrün schraffiert)

(Quelle: Röscher Ingenieure, BayernAtlas)



(Planausschnitt ohne Maßstab)

Zusammenfassung der Begehungen in Fröhstockheim

Methodisches Vorgehen

Das relevante Untersuchungsgebiet entspricht dem Wirkraum auf die potenziell vorkommenden Arten. Arten, die zwar im Untersuchungsgebiet vorkommen bzw. vorkommen können, bei denen auf Grundlage der zu erwartenden Projektwirkungen erhebliche Beeinträchtigungen aber ausgeschlossen werden können, bleiben bei den weiteren Prüfschritten unberücksichtigt.

Als Datengrundlagen wurden die unter Kap. 1.2 genannten Quellen genutzt und ausgewertet. Nachweise der **Avifauna** wurden durch Sichtbeobachtungen, mit einem Fernglas (Meopta 10*42 HD) sowie durch Verhören ermittelt. Im Mai wurde zudem eine Kartierung zum nächtlichen Verhören der Nachtigall durchgeführt. Alle Beobachtungen werden auf Karten und Luftbildern notiert und am Ende des Beobachtungszeitraumes ausgewertet. Der Brutstatus wurde nach allgemein gültigen Regeln beurteilt (SÜDBECK et al., 2005).

Tabelle 1: Kartierzeiten und Wetterbedingungen während der Erfassung der Avifauna

Datum	Kartierzeit	Wetter
22.04.2022	07.00 – 08.00	Leicht bewölkt, 10°C, windstill
06.05.2022	07.00 – 08.00	Leicht bewölkt, 11°C, windstill
13.05.2022	06.45 - 07.45	leicht bewölkt, 14°C, leichte Brise
27.05.2022	21:30-22:30	Klar, 15°C, windstill
03.06.2022	07:00-08:00	Hochnebel, 17°C, windstill
14.06.2022	06:30-07:30	Sonnig, 20°C, leichte Brise

Das methodische Vorgehen zur Erfassung der **Reptilien** erfolgte über die Erhebung der Aktivität im Untersuchungsgebiet im Zeitraum Mai und Juni. Für die Datenerhebung sind vier Begehungen bei sonnigem Wetter an ausgewählten Bereichen mit einer Geschwindigkeit von 250 m/h durchgeführt worden. Hierbei wurden für die Art relevante Strukturen gezielt abgesucht. Das Auswahlkriterium ist unter anderem eine lückige Vegetation mit sonnenexponierter Lage. Das Vorhandensein von grabfähigem Material und Versteckmöglichkeiten (zur Reproduktion und zum Wintereinstand) wurden berücksichtigt. Auf das Auslegen künstlicher Versteckmöglichkeiten wurde verzichtet, da diese in einem nicht relevanten Maß von der Zauneidechse besucht werden.

Tabelle 2: Kartierzeiten und Wetterbedingungen während der Erfassung der Reptilien

Datum	Uhrzeit	Wetter
13.05.2022	09.00 – 10.00	Leicht bewölkt
27.05.2022	08:00 – 09:00	Leicht bewölkt
03.06.2022	08:00-09:00	sonnig
14.06.2022	08:00-09:00	sonnig

Bestand und Darlegung der betroffenen Arten

Pflanzenarten nach Anhang IV b) der FFH-Richtlinie

Im Untersuchungsgebiet kommen keine europarechtlich geschützten Pflanzenarten (FFH-Richtlinie Anhang IV b) vor.

Tierarten nach Anhang IV a) der FFH-Richtlinie

Säugetiere

Im Vorhabensgebiet kommen keine geeigneten Habitatstrukturen für nach Anhang IV a) der FFH-Richtlinie geschützten Artengruppen Säugetiere vor. Jagende Fledermäuse sind entlang des Waldrandes zu erwarten. Die Tiere können durch Beleuchtung in direkter Nähe zum Waldrand gestört werden. Dies gilt es zu vermeiden.

Reptilien

Im Untersuchungsgebiet konnte kein Vorkommen der Zauneidechse oder der Schlingnatter festgestellt werden. Es kommen keine geeigneten Habitatstrukturen für nach Anhang IV a) der FFH-Richtlinie geschützte Arten vor. Es werden keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände erfüllt.

Amphibien, Libellen, Käfer, Tagfalter und Weichtiere

Im Untersuchungsgebiet kommen keine geeigneten Habitatstrukturen für nach Anhang IV a) der FFH-Richtlinie geschützten Artengruppen Amphibien, Libellen, Käfer, Tagfalter und Weichtiere vor. Es werden keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände erfüllt.

Europäische Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutz-Richtlinie

Da die Wirkung eines Bauvorhabens meist über das Vorhabensgebiet hinausreicht, wurde das Untersuchungsgebiet, innerhalb welchem Kartierungen stattfanden, leicht größer gefasst. Im Offenland wird ein Puffer von 100m angesetzt, entlang des Waldrandes werden lediglich 25 m Puffer eingeplant.

Im Untersuchungsgebiet wurden zahlreiche Vogelarten nachgewiesen (Tabelle 1). Einige sind als saP-relevant und dem Vorhaben gegenüber empfindlich einzustufen. Andere werden als „Allerweltsarten“ eingestuft, bei denen keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände zu erwarten sind. Die Allerweltsarten kommen allesamt aus der Gruppe der Waldrandbewohner und konnten dementsprechend auch nur am Waldrand im Osten des Vorhabensgebiets festgestellt werden.

Die Lage der Revierzentren der saP-relevanten Arten kann der Abb. 1 entnommen werden.

Im Untersuchungsgebiet konnten verschiedene Bodenbrüter nachgewiesen werden. Im Vorhabensgebiet konnte ein **Feldlerchenbrutpaar** nachgewiesen werden. Ein weiteres Brutpaar befindet sich im weiter gefassten Untersuchungsgebiet. In direkter Nähe zu diesem Feldlerchenbrutpaar konnten zudem ein **Wiesenschafstelzenrevier** festgestellt werden. Da die

geplante Bebauung eine Sichtbarriere darstellt, zu welcher die Tiere Abstand halten, ist vom Verlust beider Brutplätze auszugehen. Dies muss durch CEF-Maßnahmen ausgeglichen werden.

Am Waldrand, außerhalb des Untersuchungsgebiet konnte ein **Pirol** einmalig singend verhört werden. Durch den großen Abstand zum Bauvorhaben sind hier nicht mit Auswirkungen auf die lokale Population zu rechnen.

In dem Garten im Südosten des Bauvorhabens konnte eine **Dorngrasmücke** festgestellt werden. Da dieser Bereich nicht baulich verändert werden soll, ist nicht mit einer Betroffenheit dieser Art zu rechnen.

Die **Nachtigall** konnte im Vorhabensgebiet nicht nachgewiesen werden. Zur Erfassung der Art wurde eine zusätzliche Begehung am Abend durchgeführt. Auch hier konnte die Art nicht festgestellt werden. Es ist durch das Bauvorhaben nicht mit einer Verschlechterung der lokalen Population zu rechnen.

Tabelle 1: Schutzstatus und Gefährdung der im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen saP-relevanten Vogelarten (Legende siehe Abkürzungsverzeichnis am Beginn dieses Gutachtens)

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	RL BY	RL D	Erhaltungszustand Kontinental	saP-relevant + Brutvogel
Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	V	-	günstig	X
Feldlerche	<i>Alauda arvensis</i>	3	3	schlecht	X
Pirol	<i>Oriolus oriolus</i>	V	V	Günstig	*
Wiesenschafstelze	<i>Motacilla flava</i>	-	-	günstig	X

fett streng geschützte Art (§ 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG)

(*) Grundsätzlich saP-relevante Arten, die in der Untersuchung als Brutvogel festgestellt wurden. Deren Brutplatz liegt jedoch so weit vom Vorhabensgebiet entfernt, dass keine Beeinträchtigung eintritt.



Abbildung 1 Revierzentren der nachgewiesenen Vogelarten: Feldlerche (blau), Wiesenschafstelze (grün), Dorngrasmücke (rot), Pirol (lila), sowie das Vorhabensgebiet (rot umrandet) und das größer gefasste Untersuchungsgebiet (blau umrandet)

Maßnahmen

Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung

Die Ermittlung der Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG erfolgt unter Berücksichtigung folgender Vermeidungsmaßnahmen. Diese sind daher unbedingt einzuhalten:

- **M01:** Gehölzfällungen sind außerhalb der Schutzzeiten für Brutvögel, also im Zeitraum zwischen 1. Oktober bis 28./29. Februar durchzuführen.
- **M02:** In den Monaten April bis Juni ist eine Vergrämung der Bodenbrüter vor und während der Bauphase bei Baustopps zwingend nötig, damit die Vögel den Bereich der Baufläche nicht als Brutrevier besiedeln. Hierfür müssen ca. 2 m hohe Stangen (über Geländeoberfläche) mit daran befestigten Absperrbändern von ca. 1-2 m Länge innerhalb der eingriffsrelevanten Fläche aufgestellt werden. Die Stangen müssen in regelmäßigen Abständen von etwa 25 m aufgestellt werden.
- **M03:** Wo nicht zwangsläufig Gehölze zur Umsetzung des Bauvorhabens entfernt werden müssen, muss die momentane Vegetation erhalten bleiben. Zu den zu erhaltenden Gehölzen muss dauerhaft ein 3 m breiter Pufferstreifen eingehalten werden. In diesem Bereich muss ein Altgrasstreifen entwickelt werden. Hierfür muss dieser Bereich einmal jährlich, allerdings frühestens ab 15. Juli gemäht werden. Das Mahdgut ist abzutransportieren.

- **M04:** Wird eine Eingrünung gepflanzt, muss auf die Verwendung heimischer, standortgerechter Sträucher geachtet werden. Fruchttragende Gehölze sind zu bevorzugen. Als mögliche Straucharten eignen sich hier beerentragende Gehölze, wie zum Beispiel Heckenrose (*Rosa canina*), Roter Holunder (*S. racemosa*), Eingrifflicher (*Crataegus monogyna*) und Zweigrifflicher Weißdorn (*C. laevigata*). Hohe Bäume sind als Eingrünung zu vermeiden, da sonst die Meidedistanz für die Bodenbrüter noch weiter erhöht wird.
- **M05:** Um eine Bestrahlung von Flugrouten, potenziellen Quartieren oder Jagdgebieten der Fledermäuse zu verhindern sowie die Insektenfauna zu schützen, sind folgende Punkte bezüglich der Geländebeleuchtung zu beachten:
 - Der Beleuchtung des Geländes muss eine eindeutige Notwendigkeit zu Grunde liegen. Beleuchtung als Dekoration oder zu Werbezwecken im Außenbereich ist zu unterlassen.
 - Die Lichtintensität der geplanten Beleuchtung muss situationsangepasst angemessen sein. Abseits der Stoßzeiten kann die Beleuchtungsintensität oftmals vermindert werden. Im urbanen Raum beträgt die maximale Leuchtdichte für Flächen über 10m² 2-5cd/m².
 - Die Beleuchtung muss zielgerichtet gelenkt werden. Die Bestrahlung von Gehölzstrukturen, insbesondere des Waldrandes im Osten, ist zu vermeiden. Die Leuchten sind nach oben abzuschirmen und nach unten auszurichten, damit der Raum horizontal und oberhalb möglichst nicht angestrahlt wird. Die Leuchtenhöhe ist am tatsächlichen Bedarf auszurichten: Anzustreben ist eine möglichst tiefe Anbringung, da diese weniger Streulicht verursacht.
 - Die Beleuchtungsdauer muss am tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Dies kann entweder mit Bewegungsmeldern oder mit Hilfe von Zeitschaltuhren erreicht werden. Nächtliche Abschaltungen zwischen 23:00-05:00 Uhr empfehlen sich. Auch eine Teilabschaltung mit Hilfe von Dimmung ist innerhalb der weniger stark genutzten Zeitintervalle ist vorstellbar.
 - Um die Blend- und Lockwirkung für andere Organismen zu reduzieren, ist die Lichtfarbe an das Sehspektrum des Menschen anzupassen. Optimal ist hier eine neutral- bis warmweiße Farbtemperatur von 2400 K bis max. 3000 K.

CEF-Maßnahmen

CEF-Maßnahmen sind Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (= vorgezogene Ausgleichs-Maßnahmen) i.S.v. §44 Abs. 5 Satz 2 und 3 BNatSchG.

Sie sollen betroffene Lebensräume und Arten in einen Zustand versetzen, der es den Populationen ermöglicht, einen geplanten Eingriff schadlos zu verkraften. Diese müssen rechtzeitig, also vor Beginn der Baumaßnahmen, umgesetzt werden, um ihre Wirksamkeit bereits vor dem Eingriff zu garantieren.

- **CEF01:** Als Ersatz für die zerstörte Fortpflanzungsstätte der Feldlerche muss an geeigneter Stelle eine 1 ha (pro Brutpaar 0,5 ha) große **Blühfläche/streifen** oder **Ackerbrache** entstehen. Die Fläche kann sich aus mehreren, mindestens 0,2 ha großen Teilflächen zusammensetzen. Ein Wechsel der Fläche ist jährlich möglich, spätestens alle drei Jahre verpflichtend. Die Fläche(n) sind lückig anzusäen, um Rohbodenstellen zu erhalten. Der

Einsatz von Pestiziden oder Düngemitteln ist innerhalb der Fläche nicht zulässig. Es darf keine Unkrautbekämpfung (weder chemisch, mechanisch oder thermisch) stattfinden.

- **CEF02:** Alternativ hierzu kann auch an geeigneter Stelle eine 1 ha (0,5 ha pro Brutpaar) große **Wechselbrache** angelegt werden. Die Fläche ist nicht einzusäen und im jährlichen Wechsel jeweils zur Hälfte umzubrechen. Die gesamte Fläche kann im Spätsommer gemäht werden. Das Mahdgut ist zwingend zu entfernen. Weitere Bearbeitungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen. Der Einsatz von Pestiziden oder Düngemitteln ist innerhalb der Fläche nicht zulässig. Es darf keine Unkrautbekämpfung (weder chemisch, mechanisch oder thermisch) stattfinden.
- **CEF03:** Alternativ hierzu kann auch auf geeigneten Flächen im Getreideanbau ein **erweiterter Saatreihenabstand** eingehalten werden. Insgesamt werden 2 ha (1ha pro Brutpaar) benötigt (keine Bildung von Teilflächen > 1 ha möglich). Es ist mit dreifachen Saatreihenabstand, jedoch mit mindestens 30 cm Abstand einzusäen. Der Einsatz von Pestiziden oder Düngemitteln ist innerhalb dieser Fläche nicht zulässig. Es darf keine Unkrautbekämpfung (weder chemisch, mechanisch oder thermisch) stattfinden. Ein jährlicher Wechsel der Fläche ist möglich.

Ansbach, 18.07.2022

gez. Julia Bogner

Begründung

Anlage 5

Schalltechnisches Gutachten vom 12.08.2022

Intraprofil Bausysteme GmbH
Am Wald 7
97348 RÖDELSEE

Messstelle n. § 29b BImSchG
VMPA-Prüfstelle n. DIN 4109

IBAS Ingenieurgesellschaft mbH
Nibelungenstraße 35
95444 Bayreuth

Telefon 09 21 - 75 74 30
Fax 09 21 - 75 74 34 3
info@ibas-mbh.de

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum

dl/he-22.13394-b01

12.08.2022

VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN FRÖHSTOCKHEIM, GEMEINDE RÖDELSEE

Schallschutztechnische Untersuchungen im Rahmen des Bauleitplanverfahrens

Bericht-Nr.: 22.13394-b01

Auftraggeber: Intraprofil Bausysteme GmbH
Am Wald 7
97348 RÖDELSEE

Bearbeitet von: M. Hofmann
D. Linhardt

Berichtsumfang: Gesamt 22 Seiten, davon
Textteil 18 Seiten
Anlagen 4 Seiten

	Inhaltsübersicht	Seite
1.	Situation und Aufgabenstellung	3
2.	Grundlagen	3
	2.1 Unterlagen und Angaben	3
	2.2 Literatur	4
3.	Bewertungsmaßstäbe	5
	3.1 Schallschutz im Städtebau DIN 18005	5
	3.2 TA Lärm	7
4.	Immissionsorte und Vorbelastung	8
	4.1 Gewerbliche Vorbelastung	8
	4.2 Immissionsorte	9
5.	Bau- und Betriebsbeschreibung	11
6.	Schallemissionen Logistikvorgänge	11
	6.1 Lkw-Fahrgeräusche	12
	6.2 Lkw-Standgeräusche	12
	6.3 Lkw-Rangiergeräusch	12
	6.4 Staplerverkehr	13
7.	Berechnung der Schallimmissionen	13
	7.1 Berechnungsverfahren	13
	7.2 Ergebnisse	14
	7.3 Spitzenpegel	15
8.	Berücksichtigung von Verkehrsgeräuschen auf öffentlichen Verkehrsflächen	16
9.	Qualität der Prognose	17
10.	Zusammenfassung	17

1. Situation und Aufgabenstellung

Die Gemeinde Rödelsee hat den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Firma Intraprofil, Fröhstockheim", aufgestellt. Vorgesehen ist die Ausweisung eines Gewerbegebietes, das zur Erweiterung der Lagerflächen der Firma Intraprofil Bausysteme GmbH dienen soll. Der Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan wurde in der Gemeinderatssitzung am 21.04.2022 gefasst, zwischenzeitlich wurde die frühzeitige Beteiligung durchgeführt. Im Zuge dessen gingen Stellungnahmen ein – u. a. vom Technischen Umweltschutz des Landratsamtes Kitzingen – mit der eine schalltechnische Untersuchung gefordert wird /2.1.8/.

Um Konflikten von der Lärmentwicklung her vorzubeugen, sollen die Schallauswirkungen im Zusammenhang mit vorhabenbezogenem Bebauungsplan (geplanter Lager- und Logistikbetrieb) auf die Umgebung untersucht und beurteilt werden. Dabei sind die zu erwartenden Geräuscheinwirkungen sowohl an den benachbarten Wohngebäuden als auch ggf. an Bürogebäuden im GE-Gebiet zu ermitteln und mit den schalltechnischen Vorgaben am Standort in Verbindung mit der TA Lärm zu vergleichen und in Einklang zu bringen.

Die IBAS Ingenieurgesellschaft wurde mit der Durchführung entsprechender Untersuchungen beauftragt.

2. Grundlagen

2.1 Unterlagen und Angaben

Die nachstehend aufgeführten Unterlagen wurden zur Bearbeitung verwendet:

- 2.1.1 Vorentwurf Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Intraprofil, Fröhstockheim" der Gemeinde Rödelsee vom 07.04.2022, Planzeichnung (M = 1 : 1000), IntraProfil Bausysteme GmbH, per E-Mail vom 02.08.2022;
- 2.1.2 Planunterlagen zum Bau einer Lagerfläche, M = 1 : 200, IntraProfil Bausysteme GmbH, per E-Mail vom 02.08.2022;

- 2.1.3 Angaben zum Betriebsszenario (Betriebsabläufe, Frequentierung des Betriebsgeländes, Be-/Entladevorgängen, ...), IntraProfil Bausysteme GmbH, Telefonat vom 02.08.2022;
- 2.1.4 Bebauungsplan "Gewerbegebiet Fröhstockheim" der Gemeinde Rödelsee vom 21.12.1993, Online-Bezug vom 04.08.2022;
- 2.1.5 Bebauungsplan Fröhstockheim "An der Umgehungsstraße" der Gemeinde Rödelsee vom 28.10.1968, Online-Bezug vom 04.08.2022;
- 2.1.6 Neufassung und 3. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Rödelsee vom 07.10.2013, Online-Bezug vom 04.08.2022;
- 2.1.7 Flächennutzungsplan der der Stadt Kitzingen vom 05.12.2015, Online-Bezug vom 04.08.2022;
- 2.1.8 Stellungnahmen im Rahmen der TÖB-Bauleiteignung, u. a. Technischer Umweltschutz LRA Kitzingen, Sachgebietsleiter Bauen, per E-Mail vom 15.06.2022, erhalten über rö ingenieure GmbH, per E-Mail vom 27.07.2022.

2.2 Literatur

Folgende Normen, Richtlinien und weiterführende Literatur wurden für die Bearbeitung herangezogen.

- 2.2.1 DIN 18005-1, Schallschutz im Städtebau – Teil 1, Mai 1987 und Juli 2002;
- 2.2.2 Sechste AVwV vom 26.08.1998 zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm, GMBI. Nr. 26), zuletzt geändert am 01.06.2017 (BAnz AT 08.06.2017 B5);
- 2.2.3 DIN ISO 9613-2, Dämpfung des Schalls bei der Ausbreitung im Freien – Teil 2: Allgemeines Berechnungsverfahren, Oktober 1999;

- 2.2.4 Parkplatzlärmstudie, Empfehlungen zur Berechnung von Schallemissionen aus Parkplätzen, Autohöfen und Omnibusbahnhöfen sowie von Parkhäusern und Tiefgaragen, 6. überarbeitete Auflage, Bayerisches Landesamt für Umwelt, August 2007;
- 2.2.5 Technischer Bericht zur Untersuchung der Lkw- und Ladegeräusche auf Betriebsgeländen von Frachtzentren Auslieferungslagern und Speditionen, Hessische Landesanstalt für Umwelt, vom 16.05.1995, aktualisiert mit dem Heft 3, Umwelt und Geologie, Lärmschutz in Hessen, Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie, aus dem Jahr 2005;
- 2.2.6 Untersuchung der Geräuschemissionen von dieselbetriebenen Staplern im praktischen Betrieb, Mark Ströhle, Reutlingen, 07.01.2000:

3. **Bewertungsmaßstäbe**

3.1 **Schallschutz im Städtebau DIN 18005**

Gemäß § 1 Abs. 6 Baugesetzbuch sind in der Bauleitplanung unter anderem die Belange des Umweltschutzes zu berücksichtigen. Der Lärmschutz als wichtiger Teil wird für die Praxis durch die DIN 18005, "Schallschutz im Städtebau", /2.2.1/, konkretisiert.

Danach sind in den verschiedenen schutzbedürftigen Nutzungen (z. B. Bauflächen, Baugebieten, sonstigen Flächen) folgende Orientierungswerte für den Beurteilungspegel anzustreben:

- a) Bei reinen Wohngebieten (WR), Wochenendhausgebieten, Ferienhausgebieten

tags	50 dB(A)
nachts	40 bzw. 35 dB(A).

- b) Bei allgemeinen Wohngebieten (WA), Kleinsiedlungsgebieten (WS) und Campingplatzgebieten

tags	55 dB(A)
nachts	45 bzw. 40 dB(A).

- c) Bei Friedhöfen, Kleingartenanlagen und Parkanlagen

tags	55 dB(A)
nachts	55 dB(A).

- d) Bei besonderen Wohngebieten (WB)

tags	60 dB(A)
nachts	45 bzw. 40 dB(A).

- e) Bei Dorfgebieten (MD) und Mischgebieten (MI)

tags	60 dB(A)
nachts	50 bzw. 45 dB(A).

- f) Bei Kerngebieten (MK) und Gewerbegebieten (GE)

tags	65 dB(A)
nachts	55 bzw. 50 dB(A).

- g) Bei sonstigen Sondergebieten, soweit sie schutzbedürftig sind, je nach Nutzungsart

tags	45 bis 65 dB(A)
nachts	35 bis 65 dB(A).

Bei zwei angegebenen Nachtwerten soll der niedrigere für Industrie-, Gewerbe- und Freizeitlärm sowie für Geräusche von vergleichbaren öffentlichen Betrieben gelten.

Nach vorgenannter Norm ist die Einhaltung oder Unterschreitung der Orientierungswerte wünschenswert, um die mit der Eigenart des betreffenden Baugebietes oder der betreffenden Baufläche verbundene Erwartung auf angemessenen Schutz vor Lärmbelastigungen zu erfüllen. Die vorgenannten Werte sind demnach keine Grenzwerte. Von ihnen kann bei Überwiegen anderer Belange als der des Schallschutzes abgewichen werden.

Für Geräuschimmissionen von Anlagen - verkürzt von gewerblichen Anlagen (Gewerbelärm) - sind die Orientierungswerte der DIN 18005 praktisch verbindlich. Sobald die Planungen der Gewerbe-/Industriegebiete realisiert werden, findet das BImSchG und in seiner Folge die aktuell gültige TA Lärm /2.2.2/ Anwendung.

Darin sind Immissionsrichtwerte festgesetzt, die sich mit Ausnahme der Kerngebiete (TA Lärm: 60/45 dB(A)) zahlenmäßig nicht von den Orientierungswerten für Gewerbelärm in der DIN 18005 unterscheiden, diese Immissionsrichtwerte werden aber im Verwaltungsvollzug wie Grenzwerte gehandhabt.

3.2 TA Lärm

Die TA Lärm /2.2.2/ ist in der Bauleitplanung nicht unmittelbar anwendbar. Die in ihr enthaltenen Vorgaben werden aber bei der Beurteilung konkreter Vorhaben im Bebauungsplan relevant.

Die in der TA Lärm enthaltenen Immissionsrichtwerte sind - mit Ausnahme der vorliegend nicht relevanten Kerngebiete - gleichlautend mit den Orientierungswerten der DIN 18005 für gewerbliche Geräusche (vgl. Punkt 3.1) und werden daher an dieser Stelle nicht separat aufgeführt.

Gemäß TA Lärm wird als maßgeblicher Immissionsort derjenige Ort im Einwirkungsbereich der Anlage bezeichnet, an dem eine Überschreitung der Immissionsrichtwerte am ehesten zu erwarten ist. Es ist derjenige Ort, für den die Geräuschbeurteilung nach der TA Lärm vorgenommen wird.

Hinsichtlich der jeweils zugrunde zu legenden Gebietseinstufung wird in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift angeführt, dass zunächst die Festlegungen in den Bebauungsplänen herzuziehen sind.

Gebiete und Einrichtungen, für die keine Festsetzungen bestehen, sind gemäß Ziffer 6.1 TA Lärm entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit zu beurteilen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes soll als Gewerbegebiet (GE) ausgewiesen werden.

4. Immissionsorte und Vorbelastung

4.1 Gewerbliche Vorbelastung

Nördlich des zu betrachtenden Plangebietes befindet sich der Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Frohstökheim", in dem bereits mehrere Gewerbebetriebe (u. a. der Bestandsbetrieb der IntraProfil Bausysteme GmbH) angesiedelt sind. Aufgrund der gewerblichen Tätigkeiten in dem Gebiet ist mit einer schalltechnischen Vorbelastung an den maßgeblichen Immissionsorten zu rechnen.

Aus diesem Grund, wird es als sinnvoll erachtet, in Anlehnung an Ziffer 2.2 TA Lärm /2.2.2/, einen um 10 dB reduzierten Orientierungswert der DIN 18005 für das neue Plangebiet anzustreben. In /2.2.2/ heißt es:

"... 2.2 Einwirkungsbereich einer Anlage

Einwirkungsbereich einer Anlage sind die Flächen, in denen die von der Anlage ausgehenden Geräusche

- a) einen Beurteilungspegel verursachen, der weniger als 10 dB(A) unter dem für diese Fläche maßgebenden Immissionsrichtwert liegt, oder*
- b) Geräuschspitzen verursachen, die den für deren Beurteilung maßgebenden Immissionsrichtwert erreichen. ..."*

Daraus kann entnommen werden, dass bei einer Herabsetzung des Immissionsrichtwertes um 10 dB die betrachteten Immissionsorte nicht mehr im Einwirkungsbereich der Anlage liegen würden. Der gewerblichen Vorbelastung wird in Hinblick auf die Neuplanungen somit ausreichend Rechnung getragen.

4.2 Immissionsorte

Für die schalltechnische Beurteilung der von dem geplanten Gewerbegebiet ausgehenden Geräusche werden die nächstgelegenen Aufpunkte in den verschiedenen Richtungen, bzw. angrenzende Gebietseinstufungen herangezogen. Die Lage der Immissionsorte ist dem Lageplan der Anlage 1 zu entnehmen.

Die nordöstlich des Plangebiet gelegene Wohnbebauung (IO 1) ist gemäß dem rechtskräftigen Bebauungsplan "An der Umgehungsstraße" /2.1.5/ als Allgemeines Wohngebiet (WA) einzustufen.

Die weiter südlich gelegene Wohnbebauung (IO 2) ist im Flächennutzungsplan der Gemeinde Rödelsee /2.1.6/ als gemischte Baufläche (M) gekennzeichnet. Entsprechend wird hier die Schutzwürdigkeit eines Mischgebietes bei der Beurteilung zugrunde gelegt.

Südwestlich des Plangebietes befindet sich ein Landwirtschaftlicher Betrieb, der auch zu Wohnzwecken genutzt wird (IO 3). Gemäß Flächennutzungsplan der Stadt Kitzingen /2.1.7/ befindet sich der Hof in einer Fläche für Landwirtschaft. Hier wird ebenfalls der Schutzanspruch für Mischgebiete herangezogen.

Im Westen des Plangebietes liegt der Ortsteil Hoheim der Stadt Kitzingen. Die hier gelegene Wohnbebauung (IO 4 u. 5) ist gemäß Flächennutzungsplan der Stadt Kitzingen /2.1.7/ als Wohnbaufläche qualifiziert. Es wird der Schutzanspruch für ein Allgemeines Wohngebiet (WA) berücksichtigt.

Direkt nördlich des Plangebietes befinden sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Fröhstockheim" Büronutzungen (IO 6). Gemäß der Ausweisung im Bebauungsplan wird die Schutzwürdigkeit eines Gewerbegebietes (GE) für die Beurteilung zu Grunde gelegt.

Die Immissionsorte und zugehörigen Orientierungswerte gem. DIN 18005 sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Tabelle 1: Immissionsorte, Schutzwürdigkeit und Orientierungswerte nach DIN 18005

Immissionsort	Einstufung / Schutzwürdigkeit	Orientierungswert gem. DIN 18005 /2.2.1/ [dB(A)]	Zielwerte für das Planvorhaben [dB(A)]
		tags / nachts	tags / nachts
IO 1, Fl.-Nr.: 170, Gartenstraße 40, Rödelsee	WA	55 / 40	45 / 30
IO 2, Fl.-Nr.: 3/4, Hauptstraße 2b, Rödelsee	MI	60 / 45	50 / 35
IO 3, Fl.-Nr.: 583, Weinbergsteige 30, Kitzingen	MI	60 / 45	50 / 35
IO 4, Fl.-Nr.: 178, Am Sonnenstuhl 42, Kitzingen	WA	55 / 40	45 / 30
IO 5, Fl.-Nr.: 179, Am Sonnenstuhl 25, Kitzingen	WA	55 / 40	45 / 30
IO 6, Fl.-Nr.: 318/11, Am Wald 15, Rödelsee	GE	65 / 50	55 / 40

Die Lage der Immissionsorte kann dem Lageplan im Anlage 1 entnommen werden.

5. Bau- und Betriebsbeschreibung

Am Standort ist die Errichtung von zwei Lageplätzen zur Lagerung von Trockenbauprofilen mit einer Gesamtfläche von ca. 18.000 m² geplant.

Der Betrieb auf den Lagerflächen beschränkt sich auf die Tagzeit, von 06.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

Gemäß Rücksprache mit dem Betreiber /2.1.3/ werden im Zusammenhang mit den Lagerflächen keine stationären Schallquellen im Freibereich installiert. Die geplante Photovoltaikanlage im Süden des Plangebietes kann als schalltechnisch irrelevant beurteilt werden.

Auf den Lagerflächen sollen Be- und Entladungen von Lkw zum Versand der Trockenbauprofile erfolgen. Pro Tag ist auf jeder der beiden Flächen mit maximal 6 Lkw zu rechnen. Die Be- und Entladung der Lkw erfolgt gem. /2.1.3/ per Elektrostapler und nimmt pro Lkw eine Dauer von ca. 2 h in Anspruch.

6. Schallemissionen Logistikvorgänge

Das Grundstück wird an der Nordseite über die Straße "Am Wald" erschlossen. Die Fahrstrecke der Lkw kann dem Lageplan in Anlage 2 entnommen werden. Pro Tag ist mit insgesamt höchstens 12 Lkw zur An- bzw. Auslieferung zu rechnen. Die Be- und Entladung der Lkw erfolgt per Gabelstapler (siehe Abschnitt 6.4).

6.1 Lkw-Fahrgeräusche

Für den Fahrweg der Lkw wird eine Linienschallquelle berücksichtigt. Auf derartigen Zu- bzw. Abfahrten mit einer typischen Geschwindigkeit von $v \leq 30$ km/h ist nach /2.2.5/ mit einem mittleren längenbezogenen Schallleistungspegel für einen Lkw pro Stunde von

$$L_{WA}' = 63 \text{ dB(A)/m}$$

zu rechnen.

6.2 Lkw-Standgeräusche

Neben den reinen Fahrgeräuschen wird für die Geräusche der Lkw bei Parkbewegungen gemäß der aktuellen Parkplatzlärmstudie /2.2.4/ (und des dort aufgeführten Ausgangsschallleistungspegels und der Zuschläge $K_{PA} = 14$ dB und $K_I = 3$ dB), bezogen auf eine Stunde, ein Schallleistungspegel (für Ankommen/Abfahren) von

$$L_{WA} = 83 \text{ dB(A)}$$

berücksichtigt. Dieser Wert beinhaltet alle Geräuschemissionen, die ein Lkw beim Abbremsen, Anlassen, Anfahren usw. verursacht.

6.3 Lkw-Rangiergeräusch

Für das Rangieren von Lkw ist ein mittlerer Schallleistungspegel gemäß /2.2.5/ anzusetzen, der ca. 5 dB über dem Pegel des Leerlaufgeräusches von 94 dB(A), also bei $L_{WA} = 99$ dB(A), liegt. Pro Rangiervorgang soll mit einer Einwirkzeit von 2 Minuten gerechnet werden. Dies ergibt, bezogen auf eine Stunde und einen Lkw, einen Schallleistungspegel von

$$L_{WA} = 84 \text{ dB(A)}.$$

An den voraussichtlichen Rangierstellen wurden Flächenschallquellen angesetzt.

6.4 Staplerverkehr

Die Be- und Entladung der Lkw erfolgt per Elektro-Gabelstapler. Auf der sicheren Seite liegend wird auf jeder der beiden Lagerflächen von insgesamt 12 Stunden (6 Lkw-Be- und Entladungen á 2 Stunden) Staplerbetrieb während der Tagzeit im Freibereich ausgegangen.

Inklusive des Handlings von Paletten oder sonstigem Transportgut kann für einen Gabelstapler mit einer Hubkraft bis zu 4,5 t gemäß /2.2.6/ ein Schallleistungspegel von

$$L_{WA} = 100 \text{ dB(A)}$$

angesetzt werden.

Die Lage des Staplerarbeitsbereichs kann der Anlage 2 im Anhang entnommen werden.

7. Berechnung der Schallimmissionen

7.1 Berechnungsverfahren

Die Berechnung des Schalldruckpegels an den Immissionsorten erfolgt nach der TA Lärm /2.2.2/ in Verbindung mit der DIN ISO 9613-2 /2.2.3/. IBAS verwendet für Schallausbreitungsberechnungen das anerkannte und qualitätsgesicherte Programm CadnaA¹.

Es werden alle für die Berechnungen relevanten Gegebenheiten (Lage und Form der Schallquellen, Punkt-/Linien- bzw. horizontale Flächenschallquellen, Immissionsorte, reflektierende/abschirmende Gebäudefassaden, usw.) in den Rechner eingegeben. Insgesamt wird somit ein Modell der zu betrachtenden Wirklichkeit dargestellt. Die den Berechnungen zu Grunde gelegte Berechnungskonfiguration kann den Anlagen im Anhang entnommen werden.

¹ Version CadnaA 2022 MR1 (32 Bit); qualitätsgesichert nach DIN 45687:2006-05 (D); Akustik – Software - Erzeugnisse zur Berechnung der Geräuschimmissionen im Freien – Qualitätsanforderungen und Prüfbestimmungen;

In der DIN ISO 9613-2 wird ein auf alle Schallquellen anwendbares, einheitliches Verfahren für die Berechnung der Schallausbreitung, auch über größere Entfernungen, angegeben. Im vorliegenden Fall wird der Wert für die meteorologische Korrektur C_{met} unter Berücksichtigung von $C_0 = 2$ ermittelt. Die berechneten Beurteilungspegel sind somit "Langzeit-Mittelungspegel" L_{AT} (LT).

Den entsprechenden Übersichtsplan mit allen in Ansatz gebrachten Schallquellen zeigt der Lageplan im Anhang. Die EDV-Ausdrucke zu den durchgeführten Ausbreitungsberechnungen sind im Anhang beigefügt. Hier können die Immissionsanteile einzelner Schallquellen sowie die Basisdaten, wie Schalldruckpegel und Schalleistungspegel, Einwirkzeiten, geometrische Lage, usw., entnommen werden.

7.2 Ergebnisse

Mit den vorher beschriebenen Ausgangsdaten berechnen sich an den umliegenden Immissionsorten folgende Beurteilungspegel:

Tabelle 2: Berechnete Beurteilungspegel (Langzeit-Mittelungspegel nach DIN ISO 9613-2)

Immissionsort	Adresse	Prognose-Beurteilungspegel		Zielwerte für das Planvorhaben	
		[dB(A)]		[dB(A)]	
		tags	nachts	tags	nachts
IO 1	Fl.-Nr.: 170, Gartenstraße 40, Rödelsee	30	-	45	30
IO 2	Fl.-Nr.: 3/4, Hauptstraße 2b, Rödelsee	29	-	50	35
IO 3	Fl.-Nr.: 583, Weinbergsteige 30, Kitzingen	29	-	50	35
IO 4	Fl.-Nr.: 178, Am Sonnenstuhl 42, Kitzingen	32	-	45	30
IO 5	Fl.-Nr.: 179, Am Sonnenstuhl 25, Kitzingen	32	-	45	30
IO 6	Fl.-Nr.: 318/11, Am Wald 15, Rödelsee	54	-	55	40

Die Ergebnisse zeigen, dass die berechneten Beurteilungspegel an allen Immissionsorten um mindestens 10 dB unter dem jeweiligen Orientierungswert der DIN 18005 zur Tagzeit liegen. Die Immissionsorte befinden sich somit in Anlehnung an die TA Lärm nicht mehr im Einwirkungsberiech der Anlage. Nachts treten keine Immissionen auf, ein Nachtbetrieb ist derzeit nicht vorgesehen.

Das Planvorhaben ist somit aus schalltechnischer Sicht als immissionsverträglich zu beurteilen.

7.3 Spitzenpegel

Um auch kurzzeitig auftretende Geräuschspitzen in die Beurteilung einzubeziehen, ist das sogenannte "Spitzenpegelkriterium" gemäß Ziffer 6.1 der TA Lärm zu prüfen. Danach soll vermieden werden, dass Geräuschspitzen den Immissionsrichtwert tags um mehr als 30 dB und nachts um mehr als 20 dB überschreiten. Für die Betrachtung des Spitzenpegelkriteriums ist die nördlich gelegene Büronutzung maßgebend. Gemäß der Gebietseinstufung eines Gewerbegebietes errechnet sich zur Tagzeit ein zulässiger Spitzenpegel von $65 \text{ dB(A)} + 30 \text{ dB} = 95 \text{ dB(A)}$.

Unter Verwendung des beschriebenen Berechnungsmodells ergibt sich zurückgerechnet ein Schalleistungspegel von ca. 130 dB(A) zur Tagzeit im Bereich des Verladeplatzes. Mit der beschriebenen Betriebsweise werden Schallemissionspegel in dieser Größenordnung erfahrungsgemäß bei weitem nicht erreicht.

Die Anforderungen der TA Lärm hinsichtlich des Spitzenpegelkriteriums werden somit erfüllt.

8. Berücksichtigung von Verkehrsgeräuschen auf öffentlichen Verkehrsflächen

Die TA Lärm, Pkt. 7.4, /2.2.2/ führt zum An-/Abfahrtsverkehr folgendes aus:

"...

Fahrzeuggeräusche auf dem Betriebsgrundstück sowie bei der Ein- und Ausfahrt, die in Zusammenhang mit dem Betrieb der Anlage entstehen, sind der zu beurteilenden Anlage zuzurechnen und zusammen mit den übrigen zu berücksichtigenden Anlagengeräuschen bei der Ermittlung der Zusatzbelastung zu erfassen und zu beurteilen. [...] Für Verkehrsgeräusche auf öffentlichen Verkehrsflächen gelten die nachfolgenden Absätze.

Geräusche des An- und Abfahrtverkehrs auf öffentlichen Verkehrsflächen in einem Abstand von bis zu 500 Metern von dem Betriebsgrundstück [...] sollen durch Maßnahmen organisatorischer Art soweit wie möglich vermindert werden, soweit

- *sie den Beurteilungspegel der Verkehrsgeräusche für den Tag oder die Nacht rechnerisch um mindestens 3 dB(A) erhöhen,*
- *keine Vermischung mit dem übrigen Verkehr erfolgt ist und*
- *die Immissionsgrenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) erstmals oder weitergehend überschritten werden.*

..."

Nachdem bei Verlassen des Geländes über die Straße "Am Wald" eine sofortige Vermischung der 12 Lkw pro Tag mit dem Verkehr innerhalb des dortigen Gewerbegebietes stattfindet, sind somit keine gesonderten organisatorischen Maßnahmen im Sinne der TA Lärm zu ergreifen.

9. Qualität der Prognose

Die Qualität der durch die Schallausbreitungsberechnung auf Basis der Emissionsmessungen, Literaturangaben und Erfahrungen aus anderen Projekten bestimmten Immissionspegel hängt von den Eingangsdaten sowie von der Immissionsberechnung ab. Hierzu kann Folgendes ausgeführt werden:

1. In der DIN ISO 9613-2 /2.2.3/ wird bei der Schallimmissionsberechnung für Abstände zwischen Schallquelle und Immissionsort von mehr als 100 m für die Unsicherheit ein Wert von ± 3 dB und bei Abständen von weniger als 100 m von $\pm 1 \dots \pm 3$ dB (abhängig von Quell- und Immissionsorthöhe) angegeben. Aufgrund der auf der sicheren Seite liegenden Schallemissionsansätze wird die Unsicherheit im vorliegenden Fall als geringer eingeschätzt.
2. Bei den Ausbreitungsberechnungen wurde der Vollbetrieb der Anlage betrachtet. Bei nicht vollständiger Auslastung sind daher niedrigere Schallemissionen und -immissionen zu erwarten.

Zusammenfassend wird eingeschätzt, dass die vorliegend ermittelten Beurteilungspegel aufgrund der konservativen Annahmen die obere Grenze darstellen und die tatsächlich auftretenden Geräuschanteile der Anlage tendenziell unter den berechneten Beurteilungspegeln liegen werden.

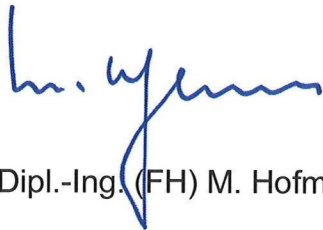
10. Zusammenfassung

Die Gemeinde Rödelsee hat den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Firma Intraprofil, Fröhstockheim" aufgestellt. Vorgesehen ist die Ausweisung eines Gewerbegebietes, das zur Erweiterung der Lagerflächen der Firma Intraprofil Bausysteme GmbH dienen soll. Der Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan wurde in der Gemeinderatssitzung am 21.04.2022 gefasst, zwischenzeitlich wurde die frühzeitige Beteiligung durchgeführt. Im Zuge dessen gingen Stellungnahmen ein – u. a. vom Technischen Umweltschutz des Landratsamtes Kitzingen – mit der eine schalltechnische Untersuchung gefordert wird.

Um möglichen Konflikten von der Lärmentwicklung her vorzubeugen und den entsprechenden gesetzlichen Anforderungen zu genügen, wurden schalltechnische Untersuchungen durchgeführt.

Eine schalltechnische Beurteilung des konkreten Planvorhabens hat gezeigt, dass sich der geplante Betrieb der Lagerflächen im Plangebiet verträglich in die schalltechnische Situation am Standort einfügt. Die Immissionspegelanteile der zu erwartenden Geräuschemissionen aus dem Plangebiet liegen um mindestens 10 dB unter den Orientierungswerten der DIN 18005. Diese können somit als irrelevant betrachtet werden. Darüber hinaus liegen die maßgeblichen Immissionsorte in Anlehnung an die TA Lärm nichtmehr im Einwirkungsbereich der zu betrachtenden Anlage.

IBAS GmbH



Dipl.-Ing. (FH) M. Hofmann



Dipl.-Ing. (FH) D. Linhardt

Dieser Bericht darf nur in seiner Gesamtheit vervielfältigt, gezeigt oder veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung von Auszügen bedarf der schriftlichen Genehmigung durch die IBAS Ingenieurgesellschaft mbH. Die Ergebnisse beziehen sich nur auf die untersuchten Gegenstände.

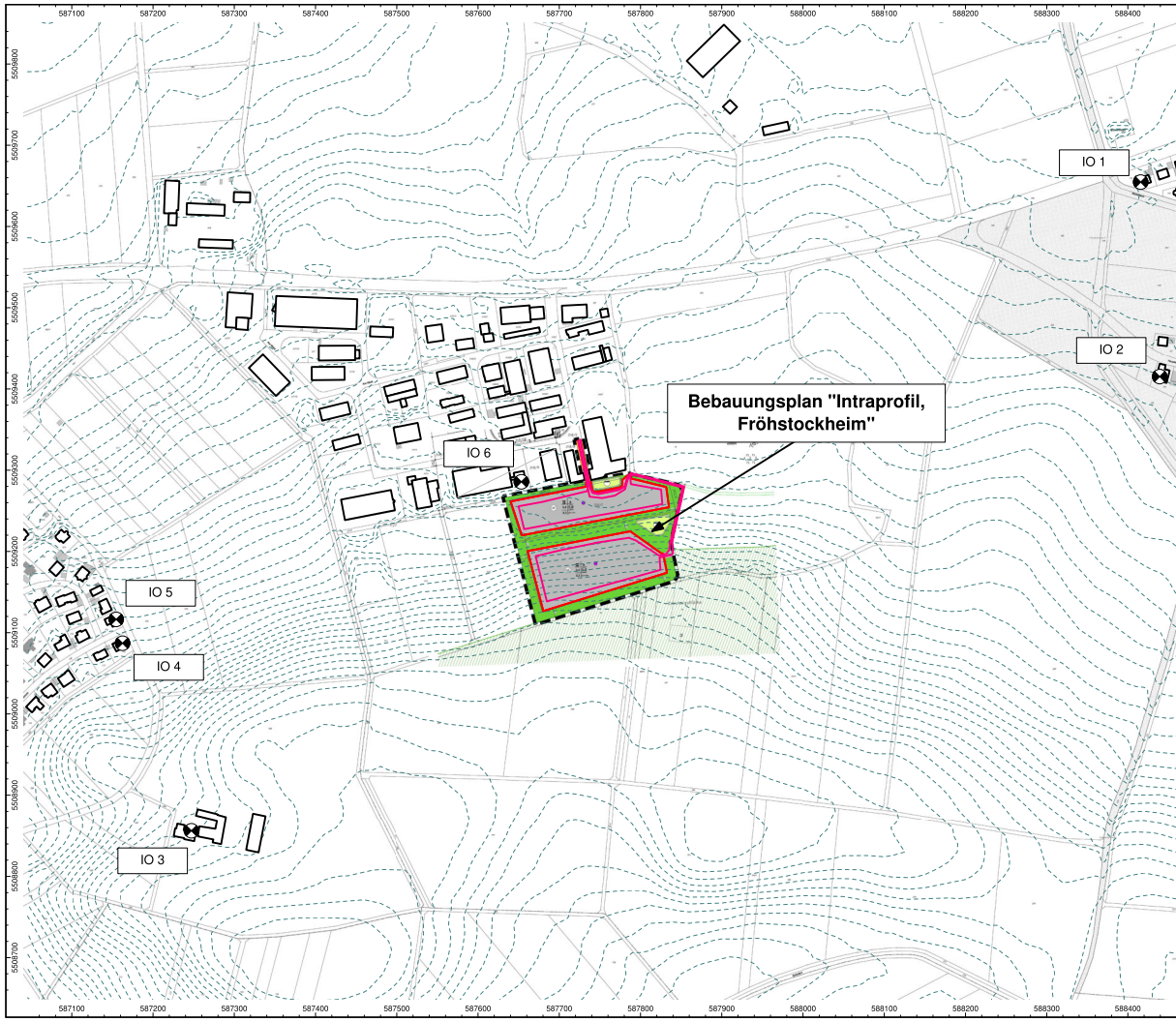
Lageplan

Bebauungsplan und
Immissionsorte

Legende

- Linienquelle
- Flächenquelle
- Haus
- Höhenlinie
- Immissionspunkt

Maßstab 1:4500
(m Original)



Lageplan

Schallquellen

Legende

- Linienquelle
- Flächenquelle
- Haus
- Höhenlinie
- Immissionspunkt

Maßstab 1:1000
 (m Original)



BAUPHYSIK | AKUSTIK | SCHWINGUNGSTECHNIK
 Nibelungenstraße 35, 95444 Bayreuth
 Tel.: 0921 757430
 email: info@ibas-mth.de
 22.13394-b01_LP_SQ.mxd, 10.08.22



EDV-Ausdruck Ausbreitungsberechnungen

Berechnungskonfiguration

Berechnungskonfiguration	
Parameter	Wert
Allgemein	
Max. Fehler (dB)	0.00
Max. Suchradius (m)	10000.00
Mindestabst. Qu-Imm	0.50
Aufteilung	
Rasterfaktor	0.50
Max. Abschnittslänge (m)	1000.00
Min. Abschnittslänge (m)	1.00
Min. Abschnittslänge (%)	0.00
Proj. Linienquellen	An
Proj. Flächenquellen	An
Bezugszeit	
Bezugszeit Tag (min)	960.00
Bezugszeit Nacht (min)	480.00
Zuschlag Tag (dB)	0.00
Zuschlag Ruhezeit (dB)	6.00
Zuschlag Nacht (dB)	0.00
Zuschlag Ruhezeit nur für	Kurgebiet
	reines Wohngebiet
	allg. Wohngebiet
DGM	
Standardhöhe (m)	0.00
Geländemodell	Triangulation
Reflexion	
max. Reflexionsordnung	3
Reflektor-Suchradius um Qu	3000.00
Reflektor-Suchradius um Imm	3000.00
Max. Abstand Quelle - Imppkt	1000.00 6000.00
Min. Abstand Imppkt - Reflektor	1.00 1.00
Min. Abstand Quelle - Reflektor	0.50
Industrie (ISO 9613)	
Seitenbeugung	mehrere Obj
Hin. in FQ schirmen diese nicht ab	An
Abschirmung	ohne Bodendämpf. über Schirm
	Dz mit Begrenzung (20/25)
Schirmberechnungskoeffizienten C1,2,3	3.0 20.0 0.0
Temperatur (°C)	10
rel. Feuchte (%)	70
Windgeschw. für Kaminrw. (m/s)	3.0
SCC_C0	2.0 2.0
Straße (RLS-90)	
Streng nach RLS-90	
Schiene (Schall 03 (2014))	
Fluglärm (???)	
Streng nach AzB	

Gerechnet mit Version 2022 MR 1 (32 Bit)
 Dateiname: 22.13394-b01.cna

Linienquellen

Bezeichnung	M. ID	Schalleistung Lw			Schalleistung Lw'			Lw / Li		Korrektur			Schalldämmung		Dämpfung	Einwirkzeit			K0	Freq.	Richtw.	Bew. Punktquellen										
		Tag (dBA)	Abend (dBA)	Nacht (dBA)	Tag (dBA)	Abend (dBA)	Nacht (dBA)	Typ	Wert	norm.	Tag (dB(A))	Abend (dB(A))	Nacht (dB(A))	R		Fläche (m²)	Tag (min)	Ruhe (min)				Nacht (min)	(dB)	(Hz)	Tag	Abend	Nacht	Anzahl	Geschw. (km/h)			
Lkw-Fahrstrecke Nord		86,1	86,1	90,4	58,7	58,7	63,0	Lw'	63		-4,3	-4,3	0,0				780,00	180,00	0,00	0,0	500	(keine)										
Lkw-Fahrstrecke Süd		88,6	88,6	92,9	58,7	58,7	63,0	Lw'	63		-4,3	-4,3	0,0				780,00	180,00	0,00	0,0	500	(keine)										

Flächenquellen

Bezeichnung	M. ID	Schalleistung Lw			Schalleistung Lw''			Lw / Li		Korrektur			Schalldämmung		Dämpfung	Einwirkzeit			K0	Freq.	Richtw.	Bew. Punktquellen											
		Tag (dBA)	Abend (dBA)	Nacht (dBA)	Tag (dBA)	Abend (dBA)	Nacht (dBA)	Typ	Wert	norm.	Tag (dB(A))	Abend (dB(A))	Nacht (dB(A))	R		Fläche (m²)	Tag (min)	Ruhe (min)				Nacht (min)	(dB)	(Hz)	Tag	Abend	Nacht	Anzahl					
Stapler Nord		98,8	98,8	100,0	60,0	60,0	61,2	Lw	100		-1,2	-1,2	0,0				780,00	180,00	0,00	0,0	500	(keine)											
Stapler Süd		98,8	98,8	100,0	58,7	58,7	59,9	Lw	100		-1,2	-1,2	0,0				780,00	180,00	0,00	0,0	500	(keine)											
Lkw-Stand- und Rangiergeräusch Nord		82,2	82,2	86,5	43,4	43,4	47,7	Lw	83++84		-4,3	-4,3	0,0				780,00	180,00	0,00	0,0	500	(keine)											
Lkw-Stand- und Rangiergeräusch Süd		82,2	82,2	86,5	42,1	42,1	46,4	Lw	83++84		-4,3	-4,3	0,0				780,00	180,00	0,00	0,0	500	(keine)											

Immissionspunkte

Langzeit-Mittelungspegel nach TA Lärm 1998 in dB(A)

Bezeichnung	M. ID	Pegel Lr		Richtwert		Nutzungsart			Höhe		Koordinaten		
		Tag (dBA)	Nacht (dBA)	Tag (dBA)	Nacht (dBA)	Gebiet	Auto	Lärmart	(m)		X (m)	Y (m)	Z (m)
IO 1		30,1	-	55,0	40,0	WA		Industrie	7,00	r	588415,76	5509654,69	227,00
IO 2		29,1	-	60,0	45,0	MI		Industrie	7,00	r	588439,21	5509415,29	231,00
IO 3		28,9	-	60,0	45,0	MI		Industrie	7,00	r	587247,21	5508856,04	256,00
IO 4		31,8	-	55,0	40,0	WA		Industrie	7,00	r	587162,35	5509087,03	240,82
IO 5		31,8	-	55,0	40,0	WA		Industrie	7,00	r	587154,69	5509116,36	239,20
IO 6		53,9	-	65,0	50,0	GE		Industrie	5,00	r	587653,44	5509285,63	233,87

Teilpegel Tagzeit

Langzeit-Mittelungspegel nach TA Lärm 1998 in dB(A)

Quelle		Teilpegel Tag					
Bezeichnung	M. ID	IO 1	IO 2	IO 3	IO 4	IO 5	IO 6
Lkw-Fahrstrecke Nord		13,6	12,6	13,2	16,3	16,3	38,7
Lkw-Fahrstrecke Süd		16,6	15,8	15,8	18,6	18,5	32,5
Stapler Nord		26,9	25,9	27,1	29,6	29,6	53,3
Stapler Süd		26,3	25,5	22,8	26,4	26,4	42,3
Lkw-Stand- und Rangiergeräusch Nord		10,4	9,3	10,6	13,1	13,1	36,6
Lkw-Stand- und Rangiergeräusch Süd		9,8	9,0	6,3	9,8	9,8	25,7